



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

04 | 2018

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Migrationshintergrund 2016

Grundsicherung 2016

Bundestagswahl 2017



Fotonachweis

T i t e l f o t o: Ulrich Pfeuffer/Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2016 hatten 22,6 Prozent der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz einen Migrationshintergrund. Das sind rund 920 000 Menschen. Ein Vergleich der Lebenssituation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zeigt, dass erstere u. a. häufiger in Familien leben, häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen sind und häufiger armutsgefährdet sind.

B e i l a g e: Faltblatt „Verbraucherpreisindex 2018“

04 | 2018

STATISTISCHE MONATSFESTE

71. Jahrgang

kurz + aktuell 213

Industrie ■ Baugewerbe ■ Wohnungsbau ■ Bruttoinlands-
produkt ■ Arbeitsvolumen ■ Außenhandel ■ Gewerbe-
anzeigen ■ Insolvenzen ■ Handwerk ■ Landwirtschaft
Bevölkerung ■ Einkommen ■ Gesundheitswesen ■ Umwelt
Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik 233

Konjunktur aktuell 236

Verbraucherpreise 238

Rheinland-Pfalz in Karten: In Krankenhäusern vollstationär
behandelte Patientinnen und Patienten (am Wohnort) mit
einer im Rahmen der Behandlung durchgeführten Operation
nach Verwaltungsbezirken 239

Bundestagswahl 2017: Aggregatdatenanalyse –
Der Einfluss sozialstruktureller und ökonomischer
Merkmale auf die Wahlbeteiligung und die
Zweitstimmenanteile der Parteien 240

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
2016 – Annähernd ein Drittel der Empfängerinnen
und Empfänger sind ältere Frauen 251

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2016 –
Ein Vergleich der Lebenssituation von Menschen
mit und ohne Migrationshintergrund 258

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 267

Neuerscheinungen 283

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Januar 2018 kräftig gestiegen

Die rheinland-pfälzische Industrie-
produktion ist im Januar 2018 kräftig
gestiegen. Nach Berechnungen
auf der Basis vorläufiger Werte lag
der preis-, kalender- und saisonbe-
reinigte Produktionsindex, der die
mengenmäßige Ausbringung der
Industrie misst, um 7,6 Prozent über
dem Niveau von Dezember 2017.

Während die bereinigte Produktion
in der Vorleistungsgüterindustrie im
Januar 2018 leicht um 0,5 Prozent
zurückging, erhöhte sich der Güter-
ausstoß in der Investitionsgüterin-
dustrie um 3,2 Prozent. Eine starke
Produktionssteigerung gab es in der
Konsumgüterindustrie (+62 Prozent),
allerdings spielt hierbei ein Sonderef-
fekt in einem Teilbereich der Konsum-
güterproduktion eine Rolle.

In den drei umsatzstärksten Bran-
chen des Verarbeitenden Gewerbes
lag der Output über dem Niveau des
Vormonats. Der Güterausstoß der
Chemischen Industrie, die zur Vor-
leistungsgüterindustrie zählt und in
Rheinland-Pfalz die umsatzstärkste
Industriebranche ist, erhöhte sich um
1,1 Prozent. In der Herstellung von
Kraftwagen und Kraftwagenteilen, der
zweitgrößten Branche, nahm die Aus-
bringung um 0,9 Prozent zu. Den kräf-
tigsten Zuwachs gab es mit +4,8 Pro-
zent im Maschinenbau, der gemessen
am Umsatz unter den Industriezwei-
gen an dritter Stelle steht.

Die bereinigte Produktion war im
Januar 2018 deutlich höher als im

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jan. 2018	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu	
	Dez. 2017	Jan. 2017
Entwicklung der Produktion		
Industrie	7,6 % ↑	27,0 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-0,5 % ↓	9,3 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	3,2 % ↑	12,4 % ↑
Konsumgüterproduzenten	61,8 % ↑	100,3 % ↑
Chemie	1,1 % ↑	12,4 % ↑
Fahrzeugbau	0,9 % ↑	9,3 % ↑
Maschinenbau	4,8 % ↑	16,7 % ↑
Entwicklung der Auftragseingänge		
Industrie	13,0 % ↑	19,5 % ↑
Inland	12,0 % ↑	23,7 % ↑
Ausland	7,3 % ↑	14,0 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,0 % ↓	12,7 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	19,2 % ↑	20,9 % ↑
Konsumgüterproduzenten	54,4 % ↑	41,7 % ↑
Chemie	-0,3 % ↓	15,2 % ↑
Fahrzeugbau	15,0 % ↑	14,3 % ↑
Maschinenbau	21,2 % ↑	24,9 % ↑

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Vorjahresmonat (+27 Prozent). In allen
drei Hauptgruppen gab es Zuwächse.
In den drei umsatzstärksten Indus-
triebranchen fiel der Output ebenfalls
höher aus als im Januar 2017.

Starker Anstieg der Auftragsein- gänge der Industrie im Januar 2018

Im Januar 2018 ist die Nachfrage
nach Erzeugnissen der rheinland-
pfälzischen Industrie stark gestie-
gen. Nach Berechnungen auf der
Basis vorläufiger Werte lag der preis-
kalender- und saisonbereinigte Auf-
tragseingangsindex 13 Prozent über

dem Niveau des Vormonats. Aus dem
In- und Ausland gingen mehr Bestel-
lungen ein als im Dezember 2017
(+12 bzw. +7,3 Prozent).

Während die Hersteller von Vorlei-
stungsgütern leichte Einbußen hinneh-
men mussten (-1 Prozent), gab es in
den anderen beiden industriellen
Hauptgruppen starke Zuwächse: In
der Investitionsgüterindustrie fielen
die bereinigten Auftragseingänge im
Januar 2018 um 19 Prozent höher aus
als im Vormonat. Die Nachfrage nach
Konsumgütern legte 54 Prozent zu;

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet
verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit
direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



diese Zunahme hängt allerdings mit einem Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterindustrie zusammen.

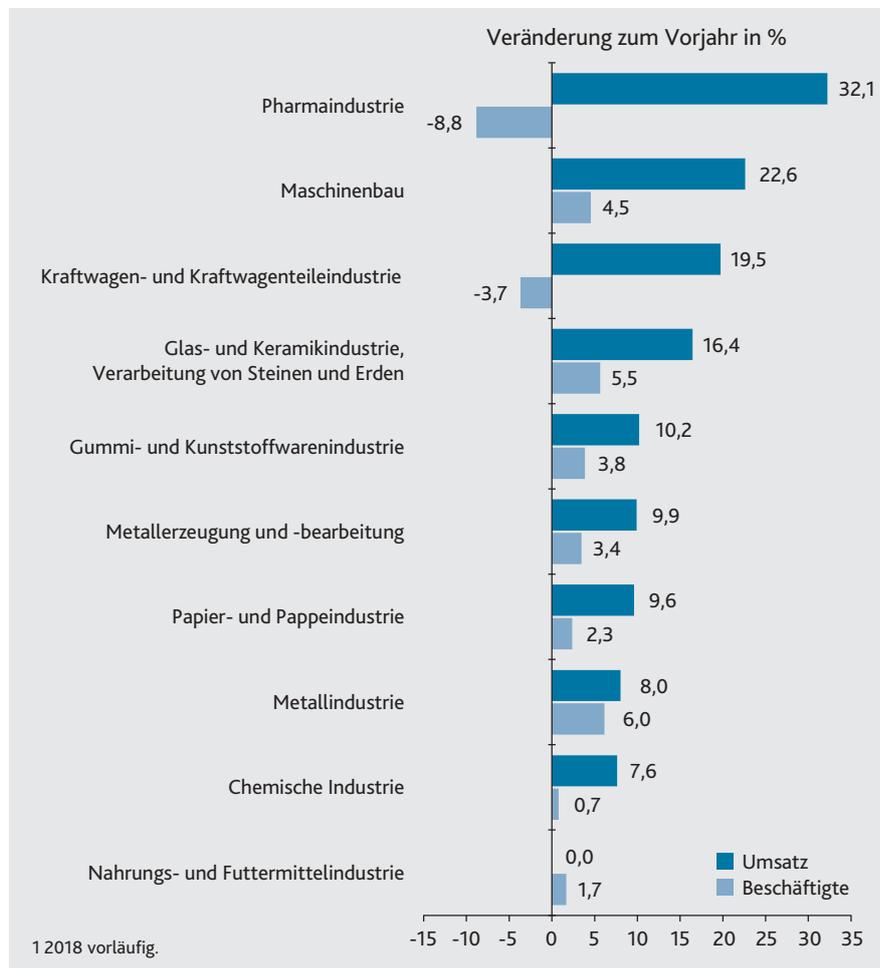
In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verlief die Entwicklung unterschiedlich. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie sowie der Maschinenbau verbuchten kräftige Zuwächse: Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen 15 Prozent mehr Aufträge ein als im Dezember 2017. Im Maschinenbau stieg das Ordervolumen um 21 Prozent. Die Bestellungen in der Chemischen Industrie waren hingegen leicht rückläufig (-0,3 Prozent).

Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Auftragseingänge kräftig gestiegen: Im Januar 2018 war die Nachfrage 19,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Das Ordervolumen aus dem In- und Ausland legte deutlich zu (+24 bzw. +14 Prozent). Alle drei industriellen Hauptgruppen verzeichneten Zuwächse, und in den drei größten Branchen lagen die Bestellungen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Industrieumsätze und Beschäftigtenzahl im Januar 2018 höher als im Vorjahresmonat

Die rheinland-pfälzische Industrie ist mit einem kräftigen Umsatz- und Beschäftigungsanstieg in das Jahr 2018 gestartet. Die Industrieunternehmen erwirtschafteten im Januar Erlöse in Höhe von 7,9 Milliarden Euro, das waren zwölf Prozent

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar 2018¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



mehr als im ersten Monat des Vorjahres (Deutschland: +9,3 Prozent).

Eine Umsatzsteigerung wurde sowohl im In- als auch im Auslandsgeschäft verzeichnet. Die Umsätze stiegen im Inland um 11,5 Prozent (Deutschland: +8,8 Prozent) und im Ausland um 13 Prozent (Deutschland: +9,8 Prozent). Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten 57,3 Prozent der Erlöse im Ausland (Deutschland: 50,2 Prozent); die Exportquote lag damit 0,3 Prozentpunkte über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Im Januar 2018 waren in der Industrie rund 256 500 Beschäftigte tätig, das waren 4 850 bzw. 1,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (Deutschland: +2,7 Prozent). Das Arbeitsvolumen belief sich auf 34,2 Millionen Arbeitsstunden, was ein Plus von 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet (Deutschland: 739,8 Millionen; +4 Prozent).

Neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen steigerten ihre Erlöse. Besonders starke Zuwächse verbuchten die Hersteller von phar-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Jan. 2018	
	Veränderung des Wertes ¹ zu	
	Dez. 2017	Jan. 2017
Auftragseingang	-3,9 % ↓	9,8 % ↑
Hochbau insgesamt	-10,5 % ↓	8,9 % ↑
Wohnungsbau	-25,7 % ↓	-17,8 % ↓
gewerblicher Hochbau	-15,5 % ↓	7,1 % ↑
öffentlicher Hochbau	41,8 % ↑	71,3 % ↑
Tiefbau insgesamt	2,9 % ↑	10,6 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-34,2 % ↓	-30,5 % ↓
Straßenbau	21,0 % ↑	12,5 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	15,1 % ↑	70,7 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	1,6 % ↗	11,8 % ↑
Hochbau insgesamt	0,1 % ↗	9,0 % ↑
Wohnungsbau	-0,8 % ↘	18,7 % ↑
gewerblicher Hochbau	7,2 % ↑	-2,2 % ↓
öffentlicher Hochbau	-11,2 % ↓	18,4 % ↑
Tiefbau insgesamt	3,0 % ↑	14,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	8,0 % ↑	26,6 % ↑
Straßenbau	2,9 % ↑	13,2 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-1,4 % ↘	6,6 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

mazeutischen Erzeugnissen (+32 Prozent) und der Maschinenbau (+23 Prozent). Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Glas- und Keramikindustrie sowie die Gummi- und Kunststoffwarenindustrie verzeichneten ebenfalls zweistellige Zuwachsraten. Der Umsatz in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie blieb unverändert.

In acht der zehn umsatzstärksten Branchen war die Beschäftigtenzahl im Januar 2018 höher als ein Jahr zuvor. Deutliche Steigerungen gab es bei den Herstellern von Metall-erzeugnissen sowie in der Glas- und Keramikindustrie (+6 bzw. +5,5 Prozent). In der Pharmaindustrie und bei den Herstellern von Kraftwagen und

Kraftwagenteilen lagen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Bauhauptgewerbe im Januar 2018: Höhere Umsätze, weniger Aufträge

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Januar 2018 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich zum Dezember 2017 – kalender- und saisonbereinigt – um 3,9 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich dagegen um 1,6 Prozent. Gegenüber Januar 2017 stieg das Ordervolumen um 9,8 Prozent, der Umsatz zog um zwölf Prozent an.

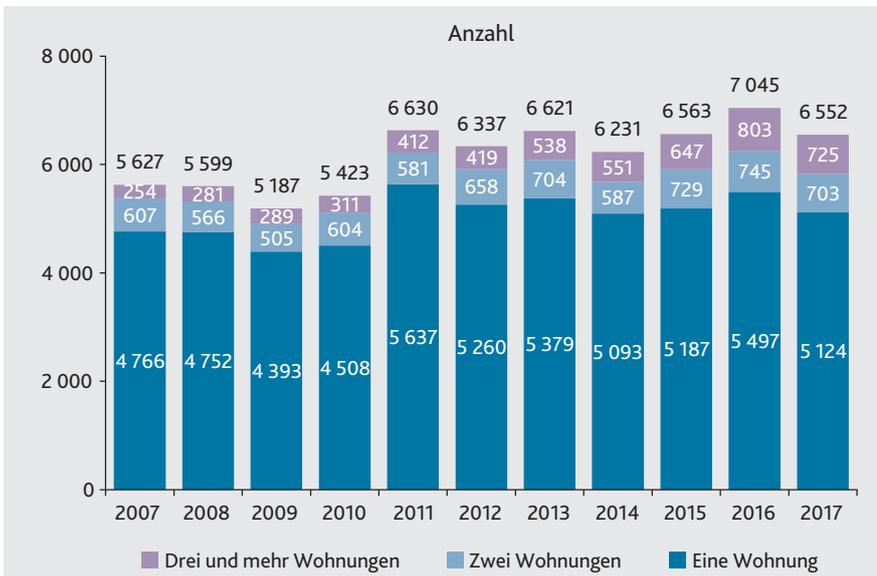
Im Vergleich zum Dezember 2017 gingen die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau kräftig zurück (-10,5 Prozent). Im Tiefbau erhöhte sich die Nachfrage dagegen um 2,9 Prozent. Die stärksten Auftrags-einbußen verzeichnete der gewerbliche Tiefbau (-34 Prozent). Im Wohnungsbau sowie im gewerblichen Hochbau blieb das Ordervolumen ebenfalls deutlich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-26 bzw. -15,5 Prozent). Dagegen errechnen sich für den öffentlichen Hochbau (+42 Prozent), den Straßenbau (+21 Prozent) sowie den sonstigen öffentlichen Tiefbau (+15 Prozent) kräftige Auftragszuwächse. Gegenüber Januar 2017 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutliche Nachfragersteigerungen registriert (+11 bzw. +8,9 Prozent).

Im Vergleich zum Dezember 2017 errechnet sich im Tiefbau ein Anstieg der bereinigten Erlöse um drei Prozent. Im Hochbau blieb der Umsatz nahezu unverändert (+0,1 Prozent). Steigende Erlöse gab es insbesondere im gewerblichen Tief- und Hochbau (+8 bzw. +7,2 Prozent). Die stärksten Umsatzeinbußen verzeichnete der öffentliche Hochbau (-11 Prozent). Gegenüber Januar 2017 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (+14 bzw. +9 Prozent).

Weniger Genehmigungen für neue Wohnungen

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen für Neubauten im Wohnbau war in Rheinland-Pfalz 2017 rückläufig.

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 2007–2017 nach Anzahl der Wohnungen



Genehmigte Nichtwohngebäude (Neubau) 2007–2017

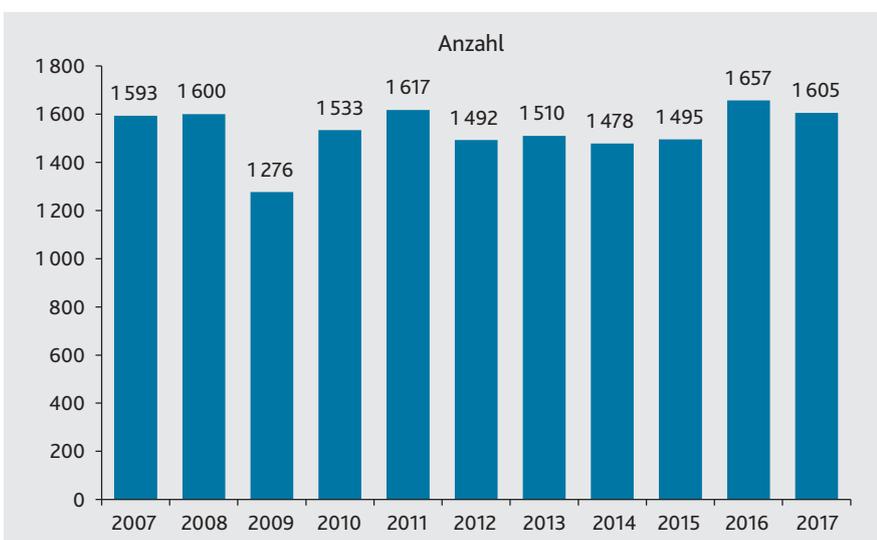


fig. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Neubau von Gebäuden mit insgesamt 13 356 Wohnungen. Dies waren rund zehn Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Die Anzahl der genehmigten neuen Wohngebäude ging gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent auf 6 552

zurück. Die meisten Genehmigungen wurden – wie für Rheinland-Pfalz üblich – für Einfamilienhäuser erteilt. Aber auch hier war ein Rückgang von 6,8 Prozent auf 5 124 Gebäude zu verzeichnen. Noch deutlicher verringerte sich die Anzahl der genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern

mit drei und mehr Wohnungen. Sie lag mit 6 826 Genehmigungen um zwölf Prozent unter dem Ergebnis des Jahres 2016, in dem der höchste Stand an Bewilligungen für Mehrfamilienhäuser seit 1997 erreicht worden war.

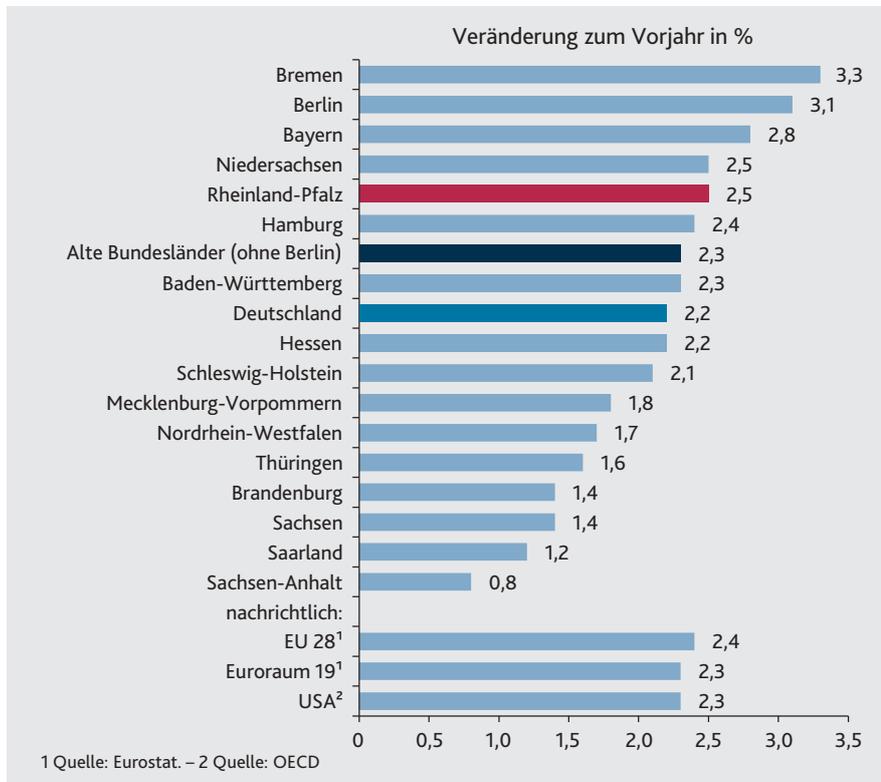
Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von rund 2,66 Milliarden Euro veranschlagt, was einer Abnahme von 4,3 Prozent gegenüber 2016 entspricht.

Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch knapp 33 genehmigte neue Wohnungen in Wohngebäuden. Unter den kreisfreien Städten hatten Landau in der Pfalz mit 72 und Trier mit 62 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchsten Durchschnittswerte. Am geringsten war der betreffende Wert in der Stadt Frankenthal mit 15 genehmigten neuen Wohnungen. Bei den Landkreisen lag der Eifelkreis Bitburg-Prüm (55) an der Spitze, gefolgt von Mainz-Bingen (54) und Ahrweiler (48). Der geringste Wert ergab sich für den Landkreis Birkenfeld mit 15 genehmigten Wohnungen.

Weniger Baugenehmigungen im Nichtwohnbau

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen für Neubauten von Nichtwohngebäuden ging in Rheinland-Pfalz 2017 im Vergleich zum Vorjahr zurück. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten im vergangenen Jahr den Bau von 1 605 neuen Nichtwohn-

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2017 nach Bundesländern



gebäuden. Das waren 3,1 Prozent weniger als 2016.

Die veranschlagte Investitionssumme betrug insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro und lag damit um fast 15 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Je Neubauvorhaben fielen die veranschlagten Baukosten um zwölf Prozent auf 660 000 Euro.

Insgesamt wurden 1 091 sogenannte nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude von den Bauaufsichtsbehörden genehmigt, insbesondere Handels- und Lagergebäude sowie Fabrik- und Werkstattgebäude. Zudem wurden Baugenehmigungen für 201 landwirtschaftliche Betriebsgebäude, 118 Büro- und Verwaltungsgebäude

sowie 177 sonstige Nichtwohngebäude erteilt.

Wirtschaft wächst um 2,5 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2017 kräftig gewachsen. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 2,5. Das Wachstum fiel damit etwas höher aus als in Deutschland (+2,2 Prozent) und in den alten Bundesländern ohne Berlin (+2,3 Prozent).

In jeweiligen Preisen erreichte das Bruttoinlandsprodukt 2017 einen Wert von 144 Milliarden Euro (+4,2 Prozent). Der Anteil von Rheinland-Pfalz am deutschen Bruttoinlandsprodukt beläuft sich damit auf 4,4 Prozent.

Großen Anteil an der guten Wirtschaftsentwicklung hatte das Verarbeitende Gewerbe, das in Rheinland-Pfalz mehr als ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet (Deutschland: 23 Prozent). Die Wirtschaftsleistung der Industrie stieg preisbereinigt um 5,9 Prozent. Der Zuwachs war damit fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (+3 Prozent). Der Beitrag der Industrie zum rheinland-pfälzischen Wachstum belief sich auf 1,6 Prozentpunkte.

Verantwortlich für die überdurchschnittliche Wertschöpfungsentwicklung war insbesondere die Vorleistungsgüterindustrie, die in Rheinland-Pfalz mehr als die Hälfte der Industrieumsätze generiert (Deutschland: 37 Prozent) und von der Chemischen Industrie dominiert wird. Die Erlöse der Vorleistungsgüterproduzenten nahmen 2017 um zwölf Prozent zu (Deutschland: +7,7 Prozent).

Auch das Baugewerbe (Wertschöpfungsanteil: 5,1 Prozent; Deutschland: 4,9 Prozent) verzeichnete ein kräftiges Wachstum. Die Bruttowertschöpfung stieg in diesem Bereich um 4,4 Prozent und trug damit 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum der Gesamtwirtschaft bei. Der Wertschöpfungszuwachs im Baugewerbe war ebenfalls deutlich höher als in Deutschland (+2,1 Prozent).

Die Umsätze nahmen im Bauhauptgewerbe nominal um zwölf Prozent zu (Deutschland: +9,8 Prozent), wobei die stärksten Impulse aus dem

Wohnungsbau kamen (+18 Prozent). Das Ausbaugewerbe erwirtschaftete ein Umsatzplus von 6,1 Prozent (Deutschland: 5,6 Prozent).

Die Wirtschaftsleistung der Dienstleistungsbereiche, die einen Anteil von 64 Prozent an der gesamten Wertschöpfung haben, erhöhte sich um 1,3 Prozent (Deutschland: +2,2 Prozent). Damit trugen die Dienstleistungen 0,8 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Den größten Zuwachs verzeichnete wie im Jahr zuvor der Teilssektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“. Im Berichtsjahr stieg die Wertschöpfung preisbereinigt um 2,1 Prozent und damit deutlich geringer als in Deutschland (+3,1 Prozent). Dabei entwickelte sich der Teilbereich „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe“ mit einem Plus von 2,3 Prozent deutlich besser als der Abschnitt „Information und Kommunikation“ (+1,1 Prozent). Der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wies den geringsten Wertschöpfungsanstieg auf. Mit einem Plus von 0,8 Prozent fiel der Zuwachs zudem niedriger als im Bundesdurchschnitt aus (+1,6 Prozent). Zum Wachstum trugen sowohl die Unternehmensdienstleister mit einem Plus von 1,4 Prozent als auch der größte Teilbereich, das Grundstücks- und Wohnungswesen, mit einem Plus von 1,2 Prozent bei. Die Wirtschaftsleistung der Finanz- und Versicherungsdienstleister war hingegen erneut rückläufig (-2,2 Prozent). Auch im Bereich „Öffentliche

und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ war das Wachstum mit einem Plus von 1,2 Prozent geringer als im Bundesdurchschnitt (Deutschland: +1,9 Prozent).

Die Zahl der Erwerbstätigen hat 2017 einen neuen Höchststand erreicht. Im Jahresdurchschnitt hatten 2,02 Millionen Personen ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das waren 20 100 Personen bzw. ein Prozent mehr als 2016 (Deutschland: +1,5 Prozent). Der Anstieg konzentrierte sich auf die Dienstleistungsbereiche (+1,2 Prozent). Im Baugewerbe stieg die Beschäftigung um ein Prozent. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe nahm die Erwerbstätigkeit dagegen nur um 0,3 Prozent zu und in der Land- und Forstwirtschaft stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen (-0,1 Prozent). Der im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliche Anstieg ist auf einen stärkeren Rückgang der Selbstständigen (-1 Prozent; Deutschland: -0,6 Prozent) sowie eine schwächere Zunahme der Arbeitnehmer (+1,2 Prozent; Deutschland: +1,7 Prozent) zurückzuführen.

Auch das Arbeitsvolumen ist 2017 erneut gestiegen. Es erhöhte sich jedoch nur um 0,5 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent) auf knapp 2,7 Milliarden Arbeitsstunden. Je Erwerbstätigen wurden damit durchschnittlich 1 323 Stunden geleistet, in Deutschland waren es 1 354 Stunden. Im Ländervergleich ist allerdings zu beachten, dass Rheinland-Pfalz den höchsten Anteil an marginal Beschäftigten aufweist. Auch die Teilzeit-

quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt über dem Bundesdurchschnitt. Während das Arbeitsvolumen in den Dienstleistungsbereichen stieg, nahm es im Produzierenden Gewerbe trotz steigender Erwerbstätigenzahlen ab.

Da das reale Bruttoinlandsprodukt wesentlich stärker zunahm als das Arbeitsvolumen, ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, im Berichtsjahr ebenfalls kräftig gestiegen, und zwar um zwei Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent). Je Erwerbstätigenstunde wurden in Rheinland-Pfalz 2017 in jeweiligen Preisen 53,94 Euro erwirtschaftet. In Deutschland war das Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde um 0,48 Euro und in den alten Bundesländern ohne Berlin um 2,85 Euro höher.

Arbeitsvolumen erreicht 2017 neuen Höchststand

Im Jahr 2017 leisteten die gut zwei Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz rund 2,68 Milliarden Arbeitsstunden. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz angehört, waren dies 0,5 Prozent bzw. 13,5 Millionen Stunden mehr als 2016. Damit wurde – wie bei der Zahl der Erwerbstätigen – ein neuer Höchststand erreicht.

Im Bundesdurchschnitt war mit +1,1 Prozent ein etwas stärkerer

Anstieg des Arbeitsvolumens zu verzeichnen als in Rheinland-Pfalz. Dabei betrug der Zuwachs in den alten Ländern (ohne Berlin) 1,1 Prozent; in den neuen Bundesländern ohne Berlin nahm die Zahl der Arbeitsstunden um 0,7 Prozent zu.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung des Arbeitsvolumens war, wie in den vergangenen Jahren, der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen ging dagegen 2017 um sieben auf 1 323 Stunden zurück (Deutschland: –5 auf 1 354 Stunden). Selbstständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten mit 1 943 Stunden deutlich mehr als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (1 255 Stunden). Bei der Darstellung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit ist zu beachten, dass es sich hierbei nicht um die durchschnittliche jährliche Stundenzahl eines Vollzeitbeschäftigten handelt. Bei der Ermittlung der Arbeitsstunden fließen beispielsweise die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit ihrer reduzierten Arbeitszeit in die Berechnungen ein. Bei der rechnerisch ermittelten Arbeitszeit je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen werden die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten jedoch wie Vollzeitbeschäftigte behandelt. Rheinland-Pfalz weist im Vergleich der Bundesländer den höchsten Anteil an marginal Beschäftigten auf. Auch die Teilzeitquote liegt über dem Bundesdurchschnitt. Dadurch erklärt sich zum Teil das geringere Arbeitsvolumen je

Arbeitsvolumen 2017 nach Wirtschaftsbereichen



Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz.

Die durchschnittliche Arbeitszeit ist in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. In der Land- und Forstwirtschaft ist die Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1 538 Stunden (Deutschland: 1 623 Stunden) aufgrund des großen Selbstständigenanteils am höchsten. Das waren allerdings 19 Stunden weniger als 2016.

Im Produzierenden Gewerbe leistete jeder Erwerbstätige durchschnittlich 1 458 Stunden (Deutschland: 1 475 Stunden). Dabei liegt das Baugewerbe mit 1 559 Stunden (Deutschland: 1 589 Stunden) deutlich vor dem Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 1 426 Stunden (Deutschland: 1 441 Stunden). Auch

im Baugewerbe ist ein vergleichsweise hoher Anteil der Erwerbstätigen selbstständig. Gegenüber 2016 nahm das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen im Baugewerbe deutlich um 30 Stunden ab, während es sich im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe nur um neun Stunden verringerte.

Im Durchschnitt erbringen die Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor deutlich weniger Stunden. Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wurden 1 324 Arbeitsstunden geleistet (Deutschland: 1 339 Stunden). Dies bedeutet einen Rückgang um zwei Stunden im Vergleich zum Vorjahr. Erwerbstätige im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe,

Information und Kommunikation“ arbeiteten 1 310 Stunden (Deutschland: 1 345 Stunden). Dieser Bereich verzeichnete ebenfalls eine Abnahme der durchschnittlichen Arbeitszeit (-6 Stunden). Mit 1 218 Stunden ist die durchschnittliche Arbeitszeit im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit Abstand am geringsten (Deutschland: 1 264 Stunden). In diesem Abschnitt sank die Pro-Kopf-Arbeitszeit um zwei Stunden. Die niedrigeren Werte für den Dienstleistungssektor sind unter anderem auf den überdurchschnittlichen Anteil von Teilzeit- und marginal Beschäftigten zurückzuführen. Besonders hoch ist die Teilzeitquote im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“.

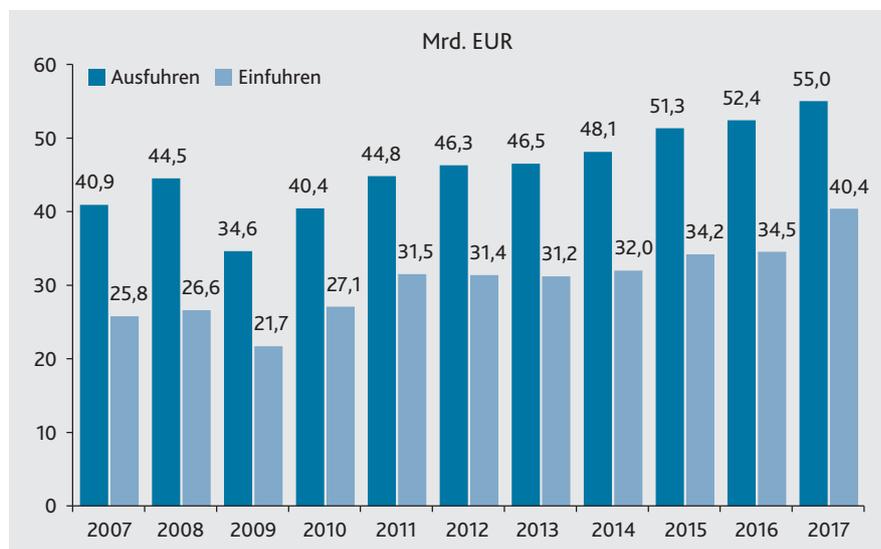
Exporte steigen das achte Jahr in Folge

Die rheinland-pfälzischen Exporte sind 2017 kräftig gestiegen. Die Ausfuhren beliefen sich auf der Basis vorläufiger Werte auf 55 Milliarden Euro, was eine Steigerung um fünf Prozent gegenüber 2016 bedeutet (Deutschland: +6,2 Prozent). Der Wert der Exporte lag das achte Mal in Folge über dem Niveau des jeweiligen Vorjahres.

Bei den Importen fiel der Zuwachs noch größer aus: Ihr Wert erhöhte sich um 17 Prozent auf 40,4 Milliarden Euro (Deutschland: +8,3 Prozent).

In fast alle Weltregionen wurde 2017 mehr exportiert als im Jahr zuvor. Die Warenlieferungen in Länder der Europäischen Union lagen bei 34,5 Milli-

Ausfuhren und Einfuhren 2007–2017



arden Euro, was einen Zuwachs um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Der Absatz in die Länder der Eurozone erhöhte sich um 6,3 Prozent, obwohl das Geschäft mit dem wichtigsten Handelspartner Frankreich leicht rückläufig war (-0,8 Prozent). Der Anstieg der Exporte in die EU-Länder außerhalb der Eurozone fiel mit +1,1 Prozent vergleichsweise gering aus; unter anderem lagen die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich unter dem Vorjahresniveau (-1,5 Prozent). In europäische Länder, die nicht der EU angehören, gingen Ausfuhren im Wert von 4,1 Milliarden Euro, was einem Zuwachs um acht Prozent entspricht.

Die Exporte in asiatische Länder beliefen sich 2017 auf 7,6 Milliarden Euro; das waren 5,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dabei fielen insbesondere die Warenlieferungen nach China ins Gewicht, die um 15 Prozent zulegten. Der Wert der auf den amerikani-

schen Kontinent exportierten Waren stieg um 3,7 Prozent auf 6,9 Milliarden Euro. Einem moderaten Zuwachs im Auslandsgeschäft mit den USA (+3 Prozent) standen kräftige Steigerungen im Handel mit Mexiko, Kanada und Argentinien gegenüber. Die Ausfuhren auf den afrikanischen Kontinent gingen um 3,4 Prozent zurück. Zwar nahmen die Lieferungen nach Australien und Ozeanien um 33 Prozent zu, aufgrund des geringen Anteils machte sich dieser Anstieg im gesamten Exportwert jedoch kaum bemerkbar.

Die Ausfuhr der wichtigsten Exportgüter hat sich 2017 überwiegend günstig entwickelt. So gab es zweistellige Zuwachsraten bei der Ausfuhr von Metallen und Pharmazeutischen Erzeugnissen (jeweils +11 Prozent). Der Export von Maschinen lag um sieben Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse legte um 4,3 Prozent

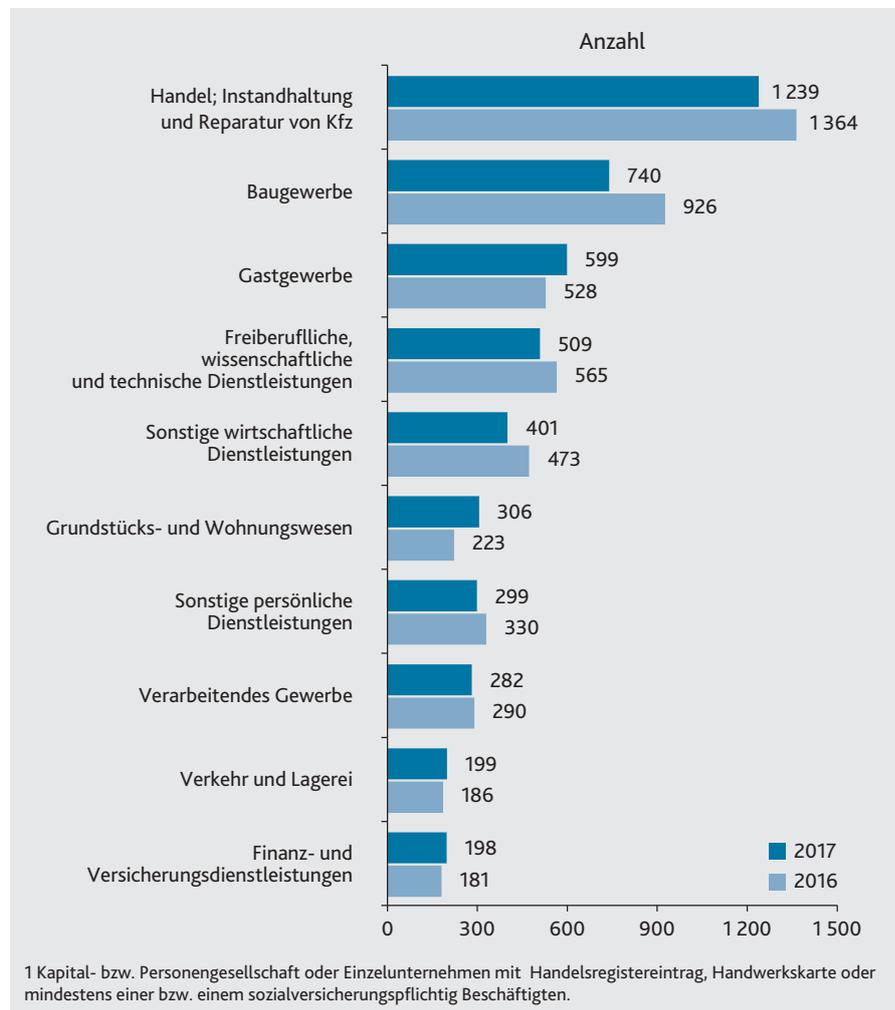
zu. Einbußen gab es hingegen beim Export von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-1,6 Prozent).

Die Einfuhren aus den Mitgliedstaaten der EU sind 2017 kräftig um 16 Prozent auf 27,4 Milliarden Euro gestiegen. Die Importe aus dem Euroraum legten um 14,5 Prozent zu. Bei den Einfuhren aus den drei bedeutendsten Lieferländern Niederlande, Belgien und Frankreich gab es jeweils zweistellige Zuwächse. Noch stärker erhöhten sich die Importe aus den EU-Ländern, die nicht der Eurozone angehören (+23 Prozent). Die Einfuhren aus den europäischen Staaten außerhalb der EU stiegen um 17 Prozent. Aus Asien wurden 26 Prozent mehr Waren eingeführt als 2016; bei den Lieferungen aus China gab es ein Plus von 14,5 Prozent. Die Importe aus amerikanischen Ländern nahmen um 7,7 Prozent zu. Das wichtigste Lieferland auf dem amerikanischen Kontinent sind die USA. Die Importe aus den Vereinigten Staaten lagen um 8,5 Prozent über dem Niveau von 2016. Auch aus afrikanischen Ländern wurden mehr Waren eingeführt (+11 Prozent), hingegen gingen die Importe aus Australien und Ozeanien um 6,4 Prozent zurück.

Weniger Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben im Jahr 2017

In Rheinland-Pfalz wurden 2017 insgesamt 31 658 Gewerbe angemeldet; das waren 4,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen ging gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent zurück.

Betriebsgründungen¹ 2016 und 2017 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Unter den Anmeldungen waren 5 305 sogenannte Betriebsgründungen, 5,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Bei den Betriebsgründungen kann eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden. Den

höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 23 Prozent nach wie vor der Wirtschaftszweig „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Den zweithöchsten Anteil stellte mit knapp 14 Prozent das Baugewerbe.

Unter den kreisfreien Städten erreichte Zweibrücken mit 25,3 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner den höchsten, Pirmasens mit 11,4 den niedrigsten Wert. Bei den Landkreisen nahm der Landkreis

Mainz-Bingen mit 14,5 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die Spitzenposition ein. Der geringste Wert errechnete sich für den Landkreis Kusel mit 6,2.

Neben den Betriebsgründungen gab es im Jahr 2017 insgesamt 20 781 sogenannte sonstige Neugründungen. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl um rund 2,4 Prozent zurück. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Unter den sonstigen Neugründungen waren 11 862 Gründungen im Nebenerwerb, 2,9 Prozent weniger als im Vorjahr.

Neben den Betriebsgründungen und sonstigen Neugründungen waren im Jahr 2017 noch 5 572 weitere Gewer-

beanmeldungen zu verzeichnen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

Insgesamt wurden 32 139 Gewerbe abgemeldet und damit vier Prozent weniger als im Vorjahr (33 461). Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie sind das Pendant zu den Betriebsgründungen – ging um 4,2 Prozent auf 4 617 zurück. Die sonstigen Stilllegungen lagen mit 21 774 um 4,2 Prozent unter dem Wert des Jahres 2016.

Zahl der Insolvenzen weiterhin rückläufig

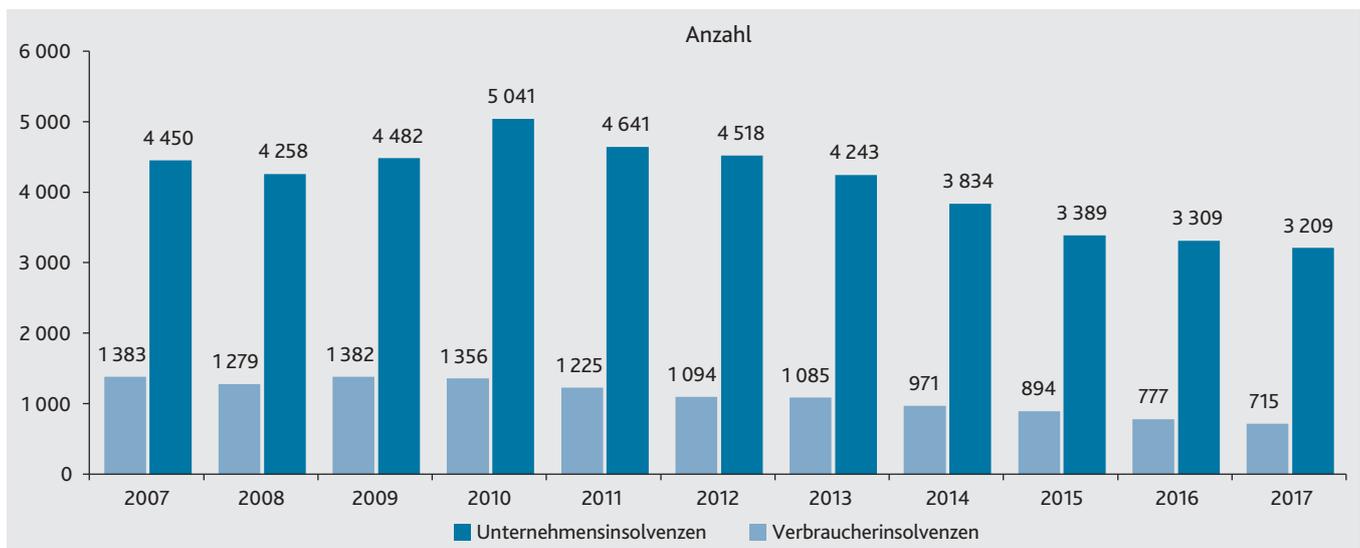
Die Zahl der Insolvenzen ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. Im Jahr 2017 stellten 715 Unternehmen einen Insolvenzantrag. Dies waren rund acht Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging um drei Prozent auf 3 209 Fälle zurück.

Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten lag mit 2 740 um gut 40 Prozent niedriger als im Jahr 2016. Die Summe der von den Gläubigern geltend gemachten Forderungen erreichte 235 Millionen Euro und damit rund 36 Prozent weniger als 2016. Damit hatte jedes im vergangenen Jahr insolvent gewordene Unternehmen durchschnittlich rund 328 000 Euro Schulden (2016: 472 000).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Wirtschaftsabschnitt „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (133) und aus dem Baugewerbe (118). Mit deutlichem Abstand folgen das „Verarbeitende Gewerbe“ (81) sowie das „Gastgewerbe“ (76).

Die Insolvenzhäufigkeit war bei den kreisfreien Städten in Koblenz und Ludwigshafen mit jeweils 6,9 sowie bei den Landkreisen in Ahrweiler mit

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2007–2017



8,4 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen am höchsten. Demgegenüber lag sie bei den kreisfreien Städten in Landau mit 3,4 und bei den Landkreisen im Donnersbergkreis mit 0,8 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen am niedrigsten.

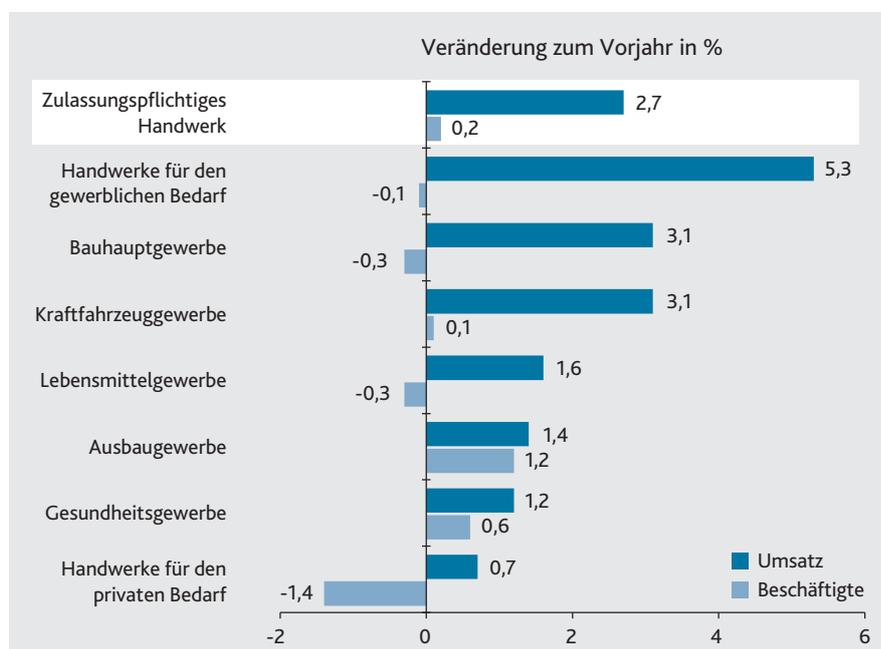
Bei den Verbraucherinsolvenzen belief sich die Summe der voraussichtlichen Forderungen im Jahr 2017 auf 169 Millionen Euro, das waren 0,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die durchschnittliche Verschuldung der im vergangenen Jahr insolvent gewordenen Verbraucherinnen und Verbraucher betrug rund 52 700 Euro (2016: 50 800 Euro).

Die relativ meisten Verbraucherinsolvenzen gab es unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 30,8 Fällen und unter den Landkreisen in Kusel mit 16,5 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Am niedrigsten lag die Insolvenzhäufigkeit unter den kreisfreien Städten in Mainz mit 5,6 und unter den Landkreisen in Cochem-Zell mit 3,2 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Zulassungspflichtiges Handwerk 2017 mit Umsatzplus

Die Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks in Rheinland-Pfalz sind 2017 gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Erlöse um 2,7 Prozent höher als 2016 (Deutschland: +3,6 Prozent). Sie übertrafen in allen vier Quartalen das Niveau des jeweiligen Vorjahreszeitraums.

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2017 nach Gewerbegruppen



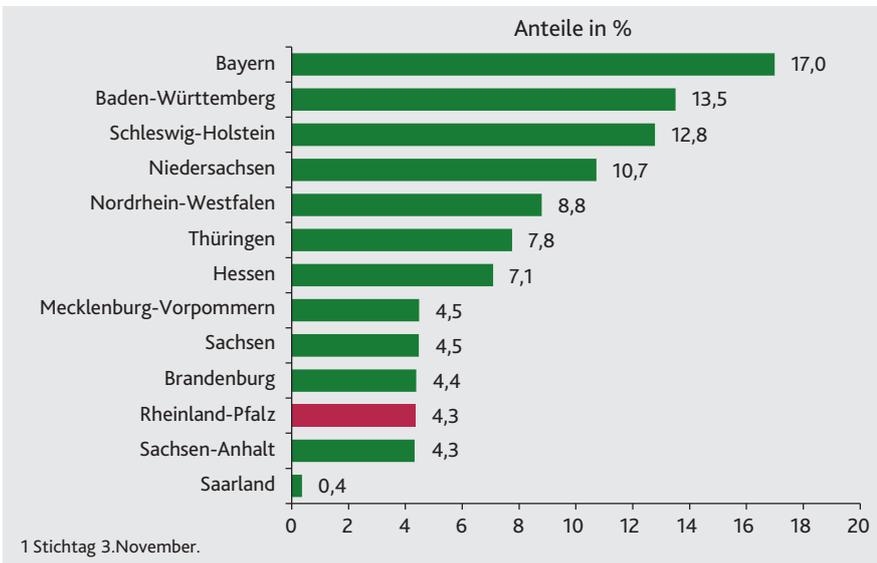
Die Umsätze fielen 2017 in allen sieben Gewerbegruppen höher aus als im Vorjahr. Die größte Erlössteigerung erzielten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (+5,3 Prozent). Im Bauhauptgewerbe sowie im Kraftfahrzeuggewerbe legten die Umsätze ebenfalls deutlich zu (jeweils +3,1 Prozent). Am geringsten war der Zuwachs bei den Handwerken für den privaten Bedarf (+0,7 Prozent).

Die Beschäftigung im zulassungspflichtigen Handwerk blieb gegenüber 2016 mit +0,2 Prozent nahezu unverändert (Deutschland: +0,6 Prozent). Einen merklichen Beschäftigungszuwachs gab es im Ausbaugewerbe (+1,2 Prozent). Im Gesundheitsgewerbe erhöhte sich die Beschäftigtenzahl um 0,6 Prozent. Den größten Rückgang verzeichneten die Handwerke für den privaten Bedarf

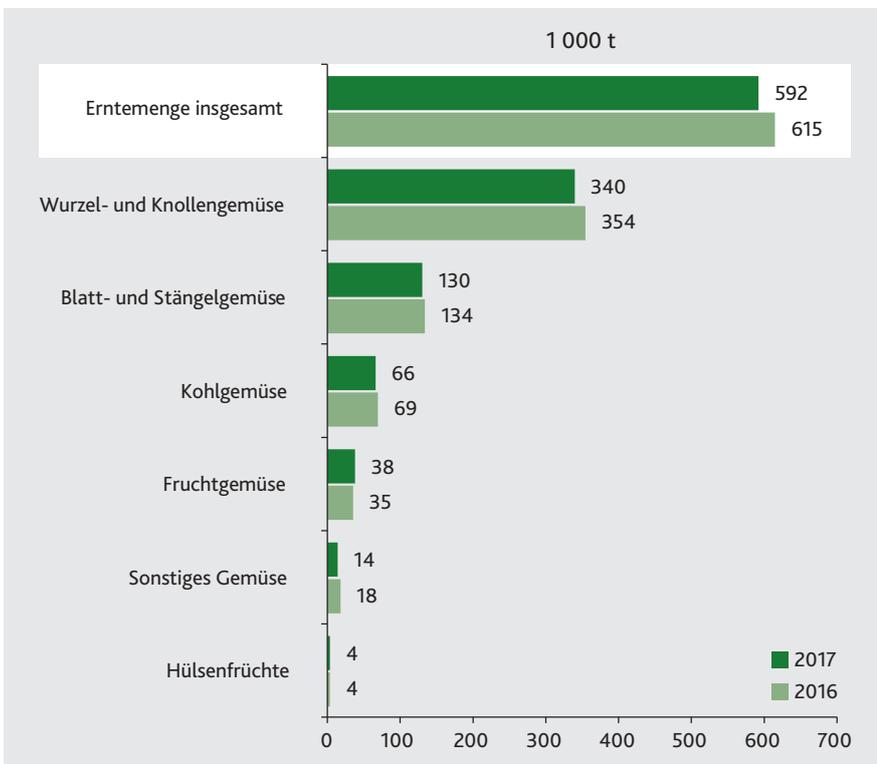
(-1,4 Prozent). Im Bauhauptgewerbe und im Lebensmittelgewerbe nahm die Beschäftigtenzahl leicht ab (jeweils -0,3 Prozent). In den Handwerken für den gewerblichen Bedarf und im Kraftfahrzeuggewerbe lagen sie in etwa auf Vorjahresniveau.

In Rheinland-Pfalz weiden weniger als fünf Prozent der in Deutschland gehaltenen Schafe

Im November 2017 hielten in Rheinland-Pfalz rund 600 landwirtschaftliche Betrieben mit mindestens 20 Schafen insgesamt etwa 68 700 Schafe. Mehr als 70 Prozent der Tiere waren Mutterschafe und gut ein Viertel des Bestandes Lämmer. Milchschafe werden selten gehalten; auf sie entfallen weniger als ein Prozent des Bestandes. Annähernd die Hälfte der Schafe steht in Beständen zwischen 50 und 500 Tieren.

Schafe 2017¹ nach Flächenländern

Gemüseernte 2016 und 2017 nach Gemüseartengruppen



In Deutschland (ohne die Stadtstaaten) gibt es rund 1,6 Millionen Schafe. Die Schafhaltung konzentriert sich

auf die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit gut der Hälfte

des Bestandes. Dagegen lag der Anteil der in Rheinland-Pfalz weidenden Schafe bei unter fünf Prozent.

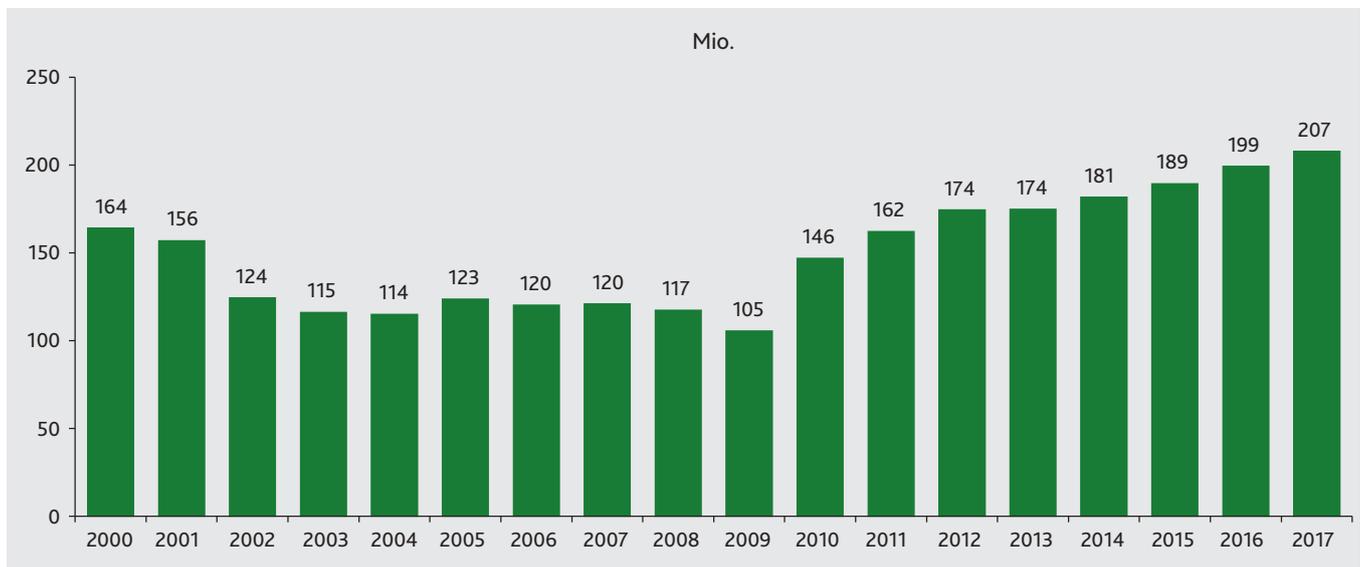
Gemüseernte 2017: Einbußen bei Salat und Zwiebeln

Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz etwa 592 000 Tonnen Freilandgemüse geerntet. Die Erntemenge lag leicht unter dem vorjährigen Aufkommen von rund 615 000 Tonnen. Die Anbaufläche umfasste ähnlich wie im Vorjahr 19 500 Hektar. Der ökologische Anbau, der bei der allgemeinen Erhebung 2016 sechs Prozent umfasste, hat tendenziell zugenommen.

Rund 57 Prozent der Freilandernte und 43 Prozent des Anbaus entfielen auf Wurzel- und Knollengemüse, gefolgt von Blatt- und Stängelgemüse mit 22 Prozent der Erntemenge und 34 Prozent der Anbauflächen. Von beiden Gemüseartengruppen wurde etwas weniger geerntet als im Vorjahr. Bei Blatt- und Stängelgemüse war auch der Anbauumfang tendenziell niedriger.

Zum Wurzel- und Knollengemüse gehören u. a. Radieschen, Möhren bzw. Karotten, Frühlingzwiebeln und Trockenzwiebeln, die unverändert zu den anbaustärksten Gemüsearten in Rheinland-Pfalz zählen. Die niedrigere Ernte bei Wurzel- und Knollengemüse ist auf einen geringeren Anbau und Ernteeinbußen bei Trockenzwiebeln zurückzuführen. Die anbaustärksten Gemüsearten beim Blatt- und Stängelgemüse sind Spargel und Feldsalat. Einbußen bei allen angebauten Salatarten haben bei Blatt- und Stän-

Eierzeugung in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen 2000–2017



gelgemüse zu dem niedrigeren Ernteaufkommen geführt.

Eier kommen selten, aber zunehmend häufiger aus Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz rund 737 100 Hennen in spezialisierten Betrieben gehalten. Im Durchschnitt legte eine Henne 281 Eier. Insgesamt wurden gut 207 Millionen Eier erzeugt; das waren 1,7 Prozent der deutschen Produktion von zwölf Milliarden Eiern. Nur eins von 58 produzierten Eiern stammt somit aus Rheinland-Pfalz.

In den vergangenen Jahren wurde die Eierzeugung in Rheinland-Pfalz wieder gesteigert. Im Jahr 2017 hat sie um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die meisten Eier, nämlich 92 Prozent, kommen aus der Bodenhaltung (Deutschland: 65 Prozent). Eier aus Freilandhaltung machen 3,6 Prozent der Erzeugung aus

(Deutschland: 16 Prozent). Die übrigen Eier stammen aus ökologischer Produktion mit eigenen Vorschriften zum Freigang der Tiere, zur maximalen Herdengröße und zum eingesetzten Futter oder aus der nach wie vor erlaubten Kleingruppenhaltung in ausgestalteten Käfigen. Die Zahlen zur Produktion aus den beiden Haltungsformen können für Rheinland-Pfalz aus Gründen der statistischen Geheimhaltung nicht dargestellt werden.

Die Statistik erfasst Betriebe von Unternehmen mit 3 000 und mehr Haltungsplätzen. Von 1 826 Betrieben in Deutschland produzieren 53 in Rheinland-Pfalz. Seit 2012 ist die Zahl der Betriebe in Rheinland-Pfalz um 21 angestiegen, nachdem sie in den Jahren zuvor abgenommen hatte. Hierzu hatte auch das absehbare Verbot der konventionellen Käfighaltung in Form von Legebatterien beigetragen, das zum 1. Januar 2010 in Kraft

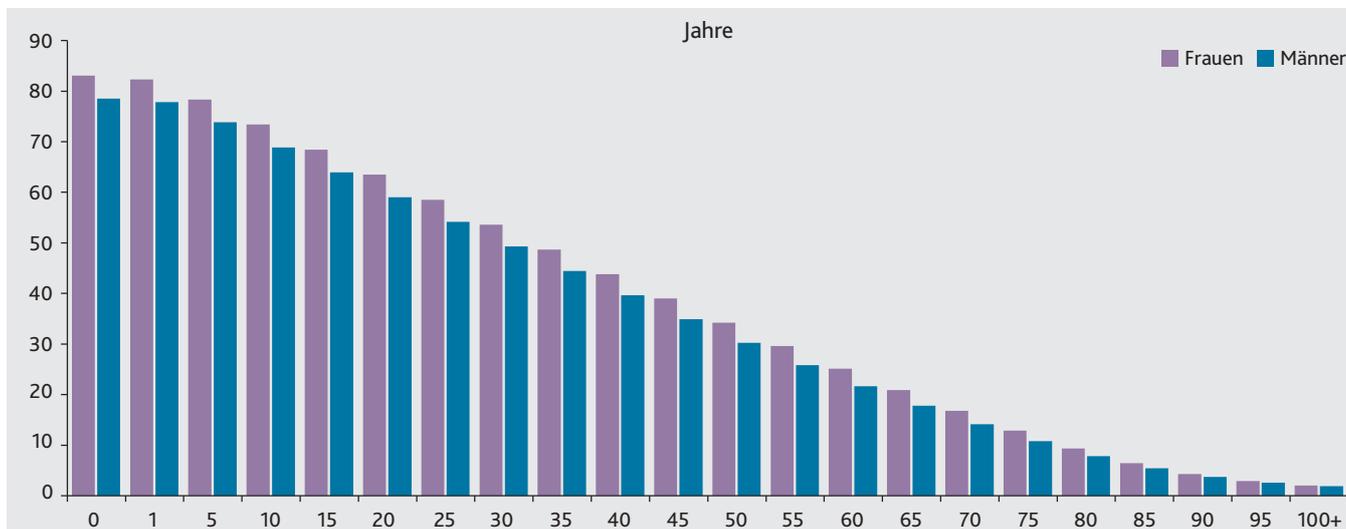
trat. Mit der Erhebung bei spezialisierten Erzeugern werden nicht alle Legehennen in landwirtschaftlichen Betrieben erfasst. Außen vor bleiben kleine Bestände, die der Eigenversorgung dienen oder auch eine begrenzte regionale Versorgung bieten.

Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler werden immer älter

Eltern dürfen bei der Geburt eines Mädchens inzwischen erwarten, dass ihr Kind das 83. Lebensjahr vollenden wird. Rheinland-pfälzische Jungen haben nach Berechnungen derzeit eine Lebenserwartung von rund 78,5 Jahren und sterben somit im Schnitt rund 4,5 Jahre früher als weibliche Lebendgeborene.

Wie aus aktuellen Auswertungen der rheinland-pfälzischen Bevölkerungsstatistiken hervorgeht, hat sich der langfristige Trend einer zunehmenden Lebenserwartung fortgesetzt. Die

Durchschnittliche Lebenserwartung 2014/2016 nach Alter und Geschlecht



Lebenserwartung neugeborener Mädchen ist seit Anfang der 1970er Jahre um rund 9,5 Jahre, die neugeborener Knaben sogar um knapp 11,5 Jahre angestiegen. In den seither vergangenen fast fünf Dekaden haben sich die Differenzen in den Lebenserwartungen von Frauen und Männern demnach von 6,5 auf 4,5 Jahre verringert.

Nicht nur die Lebenserwartung Neugeborener, auch die älterer Menschen hat sich in den zurückliegenden knapp fünf Jahrzehnten deutlich erhöht. Ein Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidet, kann sich noch auf durchschnittlich nahezu 18 Jahre im Ruhestand freuen, bei einer Frau dieses Alters sind es sogar fast 21 Jahre. Gegenüber Anfang der 70er Jahre sind dies bei den Männern 5,7 und bei den Frauen 5,9 Jahre mehr. Ein Mann, der bereits seinen 80. Geburtstag erleben durfte, kann aktuell noch mit fast acht weiteren Lebensjahren

rechnen; bei einer Frau sind es sogar mehr als neun Jahre.

Bei all diesen Angaben handelt es sich um Durchschnittswerte, die im Einzelfall – beispielsweise bei schwerer Krankheit – durchaus niedriger ausfallen können. Andererseits ist – beispielsweise aufgrund einer bewusst gesunden Lebensweise – auch ein deutliches Überschreiten dieser Werte möglich. So weist die Statistik Ende 2016 im Land 650 über 100-jährige Frauen sowie 133 Männer in dieser Altersgruppe aus.

Equal Pay Day: Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern unverändert

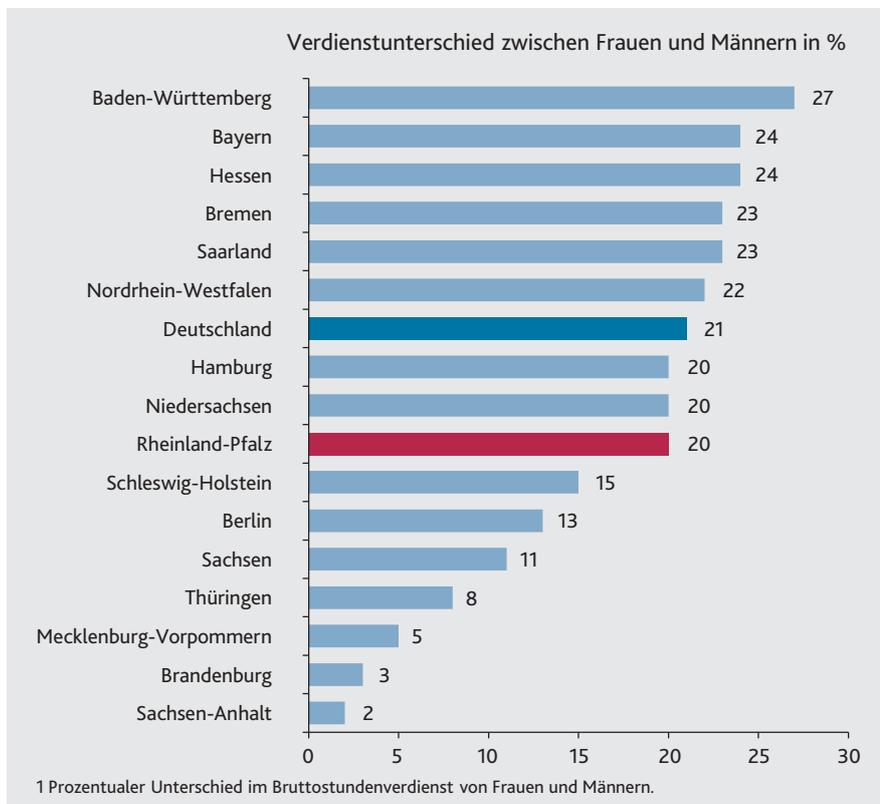
Der Gender Pay Gap, der prozentuale Unterschied der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Frauen und Männern, blieb 2017 gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen war in Rheinland-Pfalz

2017 um 20 Prozent niedriger als der Verdienst der Männer.

Der Equal Pay Day markiert den Tag des Jahres, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um das gleiche durchschnittliche Gehalt zu erzielen wie Männer.

Mit 20 Prozent lag der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt (21 Prozent). Im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) wies das Land zusammen mit Hamburg und Niedersachsen den zweitniedrigsten Wert auf; geringere Unterschiede in den Bruttostundenverdiensten gab es mit 15 Prozent in Schleswig-Holstein. Deutschlandweit führt Sachsen-Anhalt das Ranking mit einem Wert von zwei Prozent an.

Im Zeitverlauf erweist sich der Gender Pay Gap als relativ stabil, da die ursächlichen Faktoren nur langsa-

Gender Pay Gap¹ 2017 nach Bundesländern

men Veränderungsprozessen unterliegen. Der Verdienstabstand rührt aus unterschiedlichen Faktoren her: So unterscheiden sich Frauen und Männer zum Beispiel in der Wahl der Berufe und der Branchen, in der sie tätig sind, sowie in der Erwerbsbiografie. Frauen sind darüber hinaus nach wie vor häufiger als Teilzeitkraft oder geringfügig beschäftigt.

Reallöhne steigen 2017 um 0,8 Prozent

Die realen Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozent gestiegen (Deutschland: ebenfalls +0,8 Prozent). Der Zuwachs des Reallohnindex lag nach den end-

gültigen Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung damit um 0,1 Prozentpunkte über dem vorläufigen Wert vom 16. Februar 2018.

Der Reallohnindex wird errechnet, indem die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenübergestellt wird. Mit einem Plus von 2,4 Prozent fiel die Steigerung der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen höher aus als im Jahr zuvor (2016: +2,1 Prozent), lag aber etwas unter den deutschlandweiten Verdienstzuwächsen von +2,5 Prozent. Trotz des stärkeren Anstiegs der Nominallöhne war die Reallohnsteigerung aufgrund der höheren Teuerungsrate niedriger als

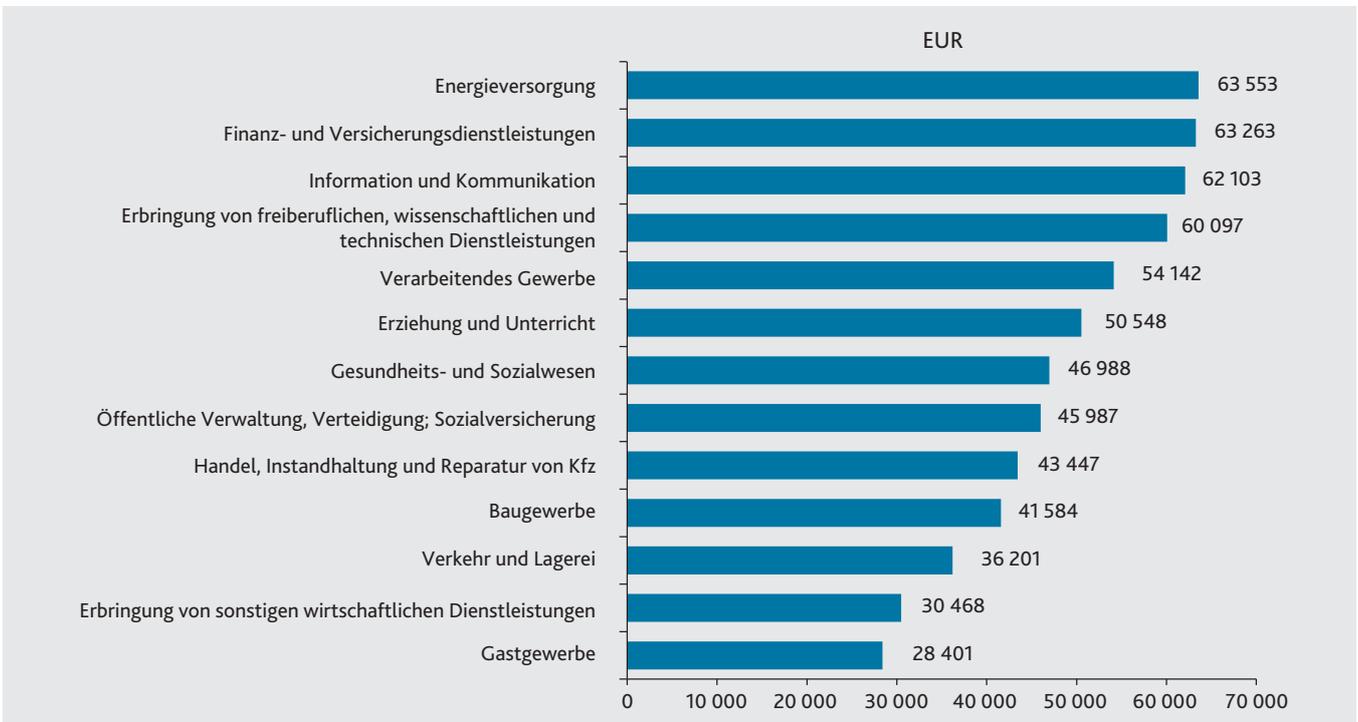
2016. Die Verbraucherpreise legten 2017 mit +1,6 Prozent deutlich stärker zu als in den Jahren zuvor (Deutschland: +1,8 Prozent).

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst einschließlich Sonderzahlungen der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich belief sich 2017 auf 47 982 Euro. Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienten 41 794 Euro, vollzeitbeschäftigte Männer 50 575 Euro. Erkennbare Unterschiede gab es zwischen den Wirtschaftsbereichen: Während eine Vollzeitkraft im Produzierenden Gewerbe im Durchschnitt 52 033 Euro verdiente, lagen die Jahresverdienste im Dienstleistungsbereich bei 45 599 Euro.

Noch deutlicher fallen die Verdienstunterschiede bei der Betrachtung einzelner Wirtschaftszweige aus. Vergleichsweise hoch wurden die Tätigkeiten in den Bereichen Energieversorgung (63 553 Euro), Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (63 263 Euro) sowie Information und Kommunikation (62 103 Euro) vergütet. Deutlich niedriger sind die Verdienste zum Beispiel im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (30 468 Euro) und im Gastgewerbe (28 401 Euro).

Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich durch die ausgeübte Tätigkeit bestimmt. Am unteren Ende der Verdienstskala stehen die ungelerten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Leistungsgruppe 5). Mit 27 681 Euro

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2017 nach Wirtschaftszweigen



betrug der Bruttojahresverdienst einer Vollzeitkraft in der Leistungsgruppe 5 weniger als ein Drittel des Vergütungsniveaus der Leistungsgruppe 1 (Beschäftigte in leitenden Positionen). Hier lagen die jährlichen Bruttoverdienste bei 90 684 Euro.

Gesundheitsberichterstattung um Indikatoren zur Beschäftigung und zu Ausgaben erweitert

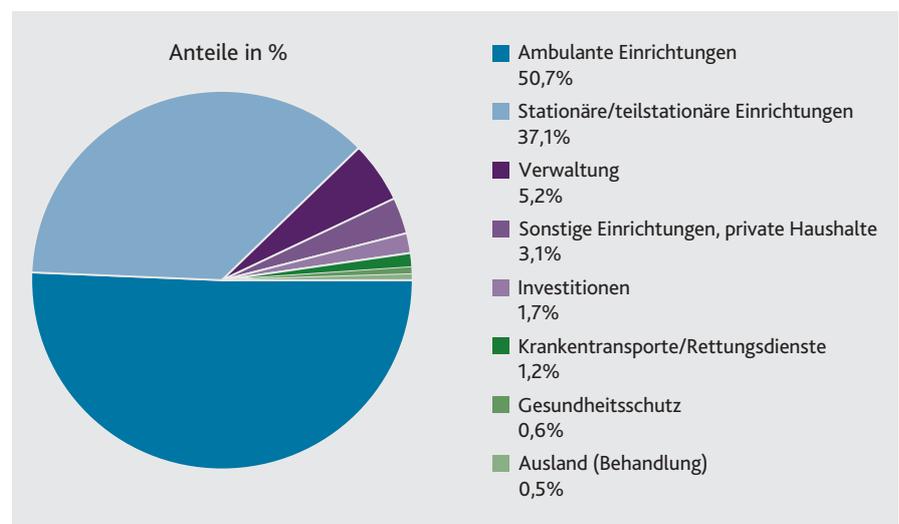
Im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen arbeiteten 2015 rund 256 000 Menschen. Für ärztliche Leistungen wurden 4,7 Milliarden Euro ausgegeben. Diese und weitere Informationen hält die Gesundheitsberichterstattung für Rheinland-Pfalz bereit, die nun um Indikatoren zu der Beschäftigung und den Ausgaben im Gesundheitswesen erweitert wurde.

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz stellt im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit, und Demografie ausgewählte statistische Basisdaten aus der

Gesundheitsberichterstattung des Landes zur Verfügung.

Zwischen 2008 und 2015 nahm die Zahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen um gut

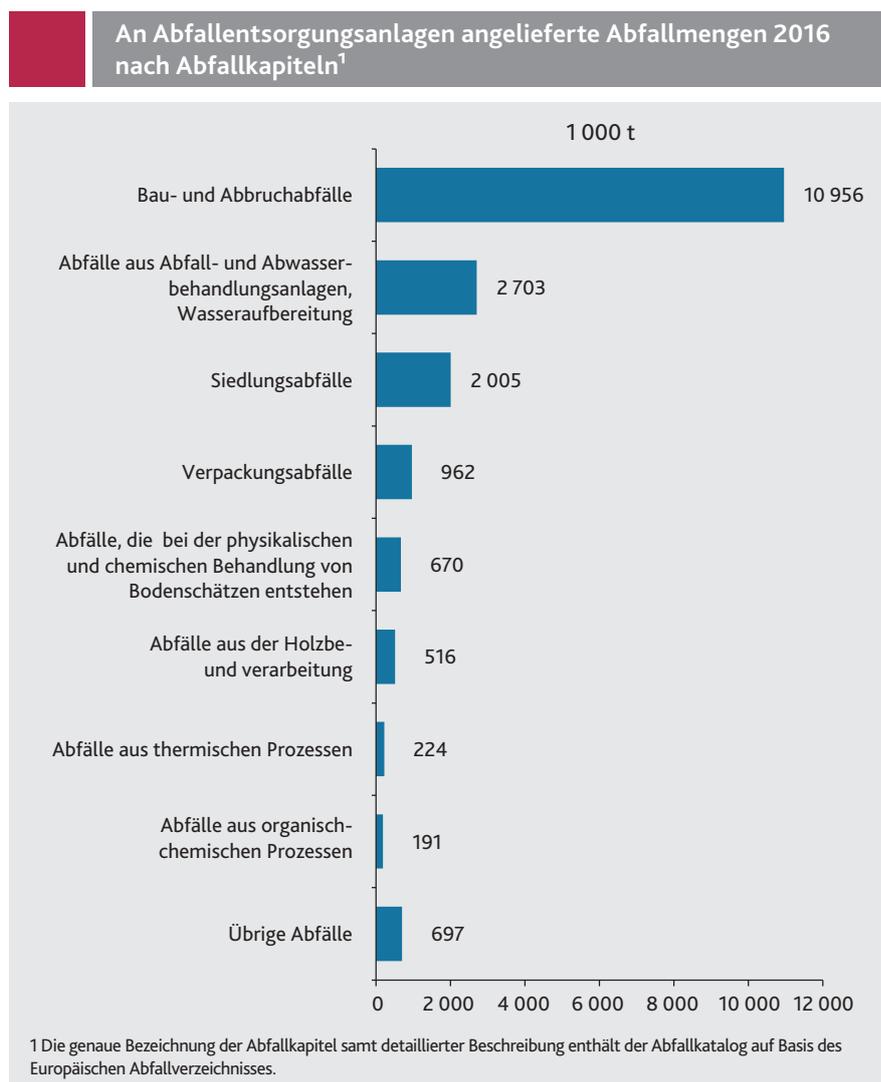
Gesundheitsausgaben 2015 nach Art der Einrichtung



33 000 Personen bzw. 15 Prozent zu. Den größten Zuwachs verzeichneten die ambulanten und stationären wie auch teilstationären Einrichtungen (+11 700 bzw. +11 000 Beschäftigte).

Im Jahr 2015 beliefen sich die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit in Rheinland-Pfalz auf 17,3 Milliarden Euro. Das sind 28 Prozent bzw. 3,8 Milliarden Euro mehr als 2008. Die meisten Ausgaben entfielen auf Waren wie z. B. Arzneimittel (4,8 Milliarden Euro), auf ärztliche Leistungen (4,7 Milliarden Euro) sowie auf pflegerische und therapeutische Leistungen (4,5 Milliarden Euro). Die gesetzlichen Krankenversicherungen übernahmen insgesamt gut 55 Prozent der Gesundheitsausgaben. Außer bei den Leistungsarten „Investitionen“ und „Unterkunft/Verpflegung“ waren sie bei allen anderen Leistungsarten der größte Ausgabenträger. Mit 284 Millionen Euro bzw. 99 Prozent investierten die öffentlichen Haushalte am meisten in das Gesundheitswesen. Zu den Investitionen zählen beispielsweise Zuschüsse für Krankenhäuser. Als „Unterkunft/Verpflegung“ werden Hotelleistungen in stationären und teilstationären Einrichtungen bezeichnet. Größter Ausgabenträger dieser Leistungsart sind die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Ausgaben für Güter und Dienstleistungen im ambulanten Bereich machten 2015 die Hälfte der Gesundheitsausgaben aus. Zum ambulanten Bereich zählen Arztpraxen und Apothe-



ken. An zweiter Stelle folgen stationäre und teilstationäre Einrichtungen wie Krankenhäuser sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (37 Prozent).

Abfallentsorgungsanlagen nehmen 4,4 Prozent mehr Abfälle entgegen

Im Jahr 2016 nahmen die Abfallentsorgungsanlagen in Rheinland-Pfalz 18,9 Millionen Tonnen Abfälle entgegen. Das waren 4,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Bei dem größten Teil der Abfälle, den die heimischen Entsorgungsanlagen annehmen und für die Weiterverarbeitung bzw. für eine endgültige Beseitigung aufbereiten, handelt es sich um Bau- und Abbruchabfälle. Im Jahr 2016 belief sich der Anteil an der gesamten angenommenen Abfallmenge auf 58 Prozent; dies entspricht 11 Millionen Tonnen Abfall. Gegenüber 2015 gab es einen Anstieg von 2,5 Prozent. An zweiter Stelle folgen mit 2,7 Millionen Tonnen bzw. 14 Prozent der Gesamtmenge die Abfälle

aus Abfall- und Abwasserbehandlungsmaßnahmen sowie der Wasseraufbereitung; im Vergleich zum Jahr zuvor nahmen diese Abfälle um 13 Prozent zu. Die drittgrößte Position bei den Abfallentsorgungsanlagen entfällt auf die Siedlungsabfälle: Sie umfassen gut zwei Millionen Tonnen Haushaltsabfälle sowie vergleichbare gewerbliche und industrielle Abfälle. Die Siedlungsabfälle machten 2016 rund elf Prozent der gesamten Abfallmenge aus. Gegenüber 2015 gab es eine Zunahme von 2,6 Prozent. Die Entsorgungsanlagen haben zudem mehr Verpackungsabfälle angenommen (+3,4 Prozent). Der Verpackungsmüll kommt mit gut 960 000 Tonnen auf 5,1 Prozent des gesamten Abfalls. Diese vier Abfallkategorien (Abfallkapitel) machen gemeinsam fast 90 Prozent des gesamten entgegengenommen Abfalls der Entsorgungsanlagen aus.

Die größte Abfallmenge nahmen die Anlagen zur Verfüllung bergbaufremder Abfälle in übertägigen Abbaustätten an (4,8 Millionen Tonnen). Auf diesen Anlagentyp entfiel gut ein Viertel der gesamten Abfälle. Die Bauschutt- aufbereitungsanlagen folgten mit 17 Prozent. Die Abfallverbrennungsanlagen (Thermische Abfallbehandlungsanlagen und Feuerungsanlagen mit energetischer Verwertung der Abfälle) nahmen 12 Prozent der Abfälle entgegen. Sortieranlagen kamen mit 1,5 Millionen Tonnen auf 8,1 Prozent der Gesamtmenge.

Mehr Beschäftigte in der Energie- und Wasserversorgung

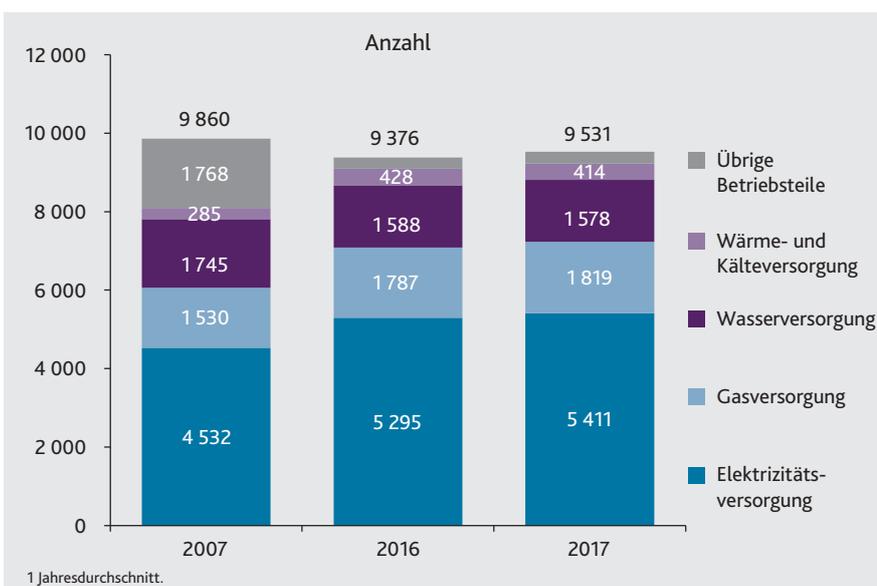
Rund 9 500 Beschäftigte waren im Jahresmittel 2017 in der rheinland-pfälzischen Energie- und Wasserversorgung beschäftigt. In den rund 170 befragten Betrieben arbeiteten 155 Beschäftigte mehr als im Jahr

zuvor. Dies entspricht einem Plus von 1,7 Prozent.

Im Vergleich zu 2007 sank die Zahl der Beschäftigten dagegen um 3,3 Prozent. Dieser langfristige Rückgang erklärt sich vor allem durch die Ausgliederung sonstiger Betriebsteile wie etwa den Busbetrieben.

Der Großteil der Beschäftigten ist im Bereich der Elektrizitätsversorgung tätig. Dieser umfasst die Erzeugung, die Übertragung, die Verteilung und den Handel mit Strom und hat in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen: Im Jahr 2007 arbeiteten hier 46 Prozent der Beschäftigten, heute sind es bereits 57 Prozent; ihre Zahl hat gegenüber 2007 um 19 Prozent und gegenüber 2016 um 2,2 Prozent zugenommen. Von relativ hoher Bedeutung für die Branche sind auch die Gasversorger mit 19 Prozent der Beschäftigten und die Wasserversorger mit 17 Prozent.

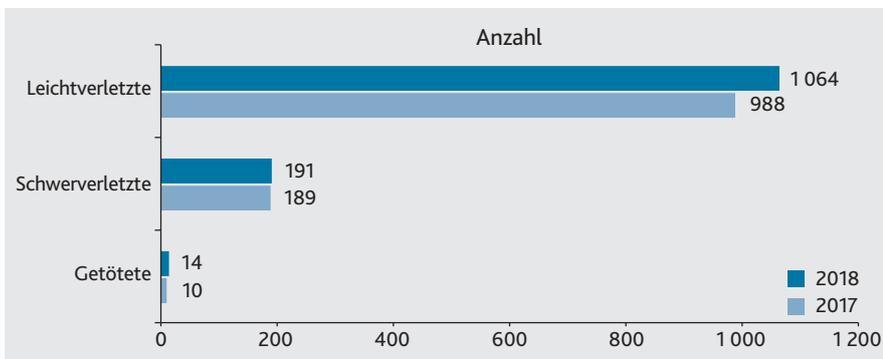
Beschäftigte¹ in den fachlichen Betriebsteilen der Energie- und Wasserversorgung 2007–2017 nach Wirtschaftszweigen



Leichter Anstieg der Verkehrsunfälle zum Jahresbeginn

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen hat es zum Jahresbeginn 2018 mehr Unfälle gegeben als im Vorjahr. Die Polizei registrierte im Januar 11 669 Unfälle und damit 1,4 Prozent mehr als im ersten Monat des Vorjahres. Insgesamt 14 Menschen verloren bei Verkehrsunfällen ihr Leben; das waren vier Todesopfer mehr als im Januar 2017. Schwer verletzt wurden 191 Unfallbeteiligte, zwei mehr als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Leichtverletzten erhöhte sich um 76 auf 1 064.

Verunglückte im Straßenverkehr im Januar 2017 und Januar 2018



Deutschlandvergleich: Rheinland-pfälzische Kommunen mit vierthöchster Pro-Kopf-Verschuldung

Die rheinland-pfälzischen Kommunen waren Ende des Jahres 2016 zusammen mit 17,9 Milliarden Euro verschuldet. Mit 4 420 Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner wiesen sie nach einer von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vorgelegten Untersuchung den vierthöchsten Wert aller Flächenländer auf. Die Ver-

schuldung lag 26 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (rund 3 510 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Die Kommunen im Saarland (6 890 Euro), in Hessen (5 350 Euro) und in Nordrhein-Westfalen (4 590 Euro) wiesen eine noch höhere durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung auf.

Unter den fünf deutschlandweit am stärksten verschuldeten kreisfreien Städten finden sich drei aus Rheinland-Pfalz: Pirmasens (Platz 2 mit

11 530 Euro), Kaiserslautern (Platz 3 mit 11 380 Euro) und Mainz (Platz 5 mit 10 790 Euro). Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung betrug bei den kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz rund 8 160 Euro. Sie lag damit rund 51 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt (5 420 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

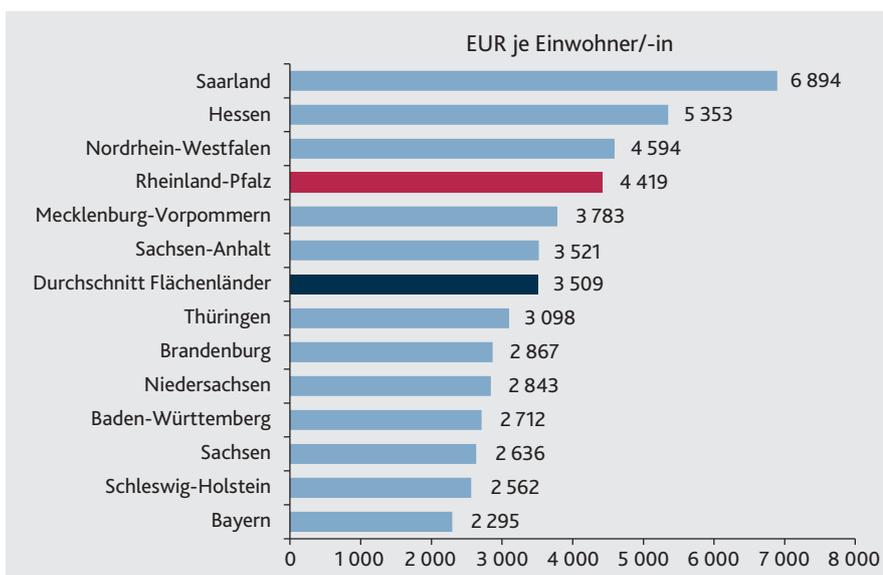
Innerhalb der Landkreisbereiche – Landkreise einschließlich der kreisangehörigen Kommunen – ist Rheinland-Pfalz deutschlandweit unter den am höchsten verschuldeten Gebieten einmal vertreten: Kusel weist mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 7 350 Euro den zweithöchsten Wert auf. Die rheinland-pfälzischen Landkreisbereiche liegen mit durchschnittlich 3 060 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner rund 10,5 Prozent über dem Bundesdurchschnitt der Landkreisbereiche (rund 2 770 Euro).

Diese sogenannte integrierte Betrachtung der Schulden weicht von den Vorgaben des Europäischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) ab und zeichnet ein deutlich umfassenderes Bild der kommunalen Schuldenlage. Das geschieht insbesondere durch die konsequente Einbeziehung der Schulden aller Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist.

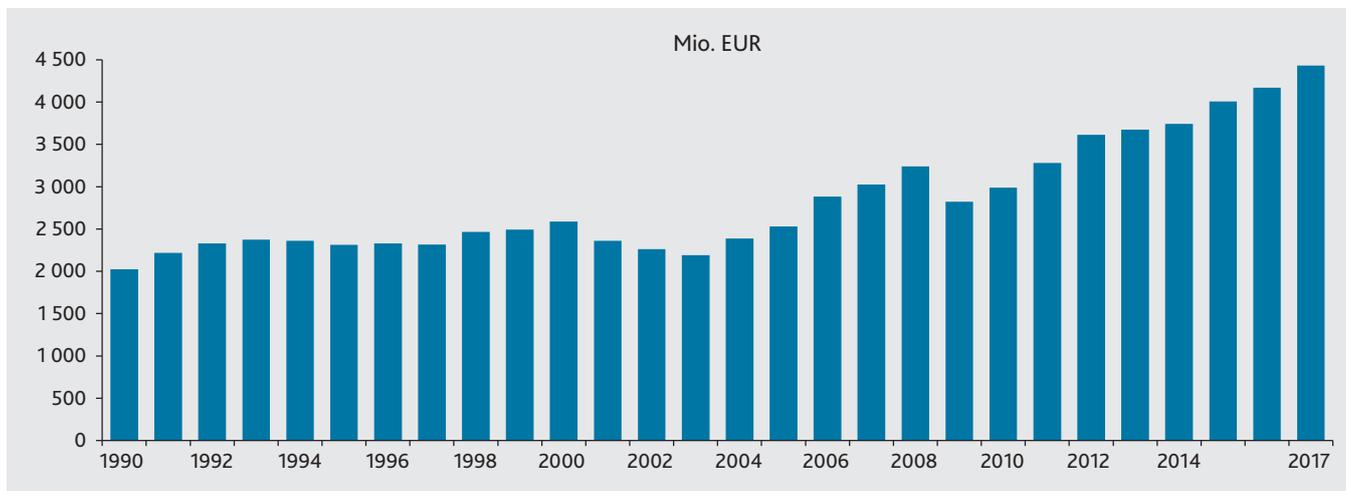
Steuereinnahmen der Kommunen 2017 auf neuem Höchststand

Im Jahr 2017 stiegen die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Kommunen in Rheinland-Pfalz auf 4,43 Milliar-

Verschuldung der Kommunen 2016 nach Flächenländern



Steuereinnahmen der Kommunen 1990–2017



den Euro. Das waren 6,2 Prozent bzw. 261 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor. Die Statistiker beobachteten damit das achte Jahr in Folge steigende kommunale Einnahmen. Seit 2009 sind die Steuereinnahmen insgesamt um rund 57 Prozent gestiegen. Das Jahr 2017 markiert somit einen neuen historischen Höchststand.

Mehr als die Hälfte der Einnahmen erzielten die Kommunen durch die Realsteuern. Sie stiegen insgesamt um 2,5 Prozent auf 2,39 Milliarden Euro. Durch die darin enthaltene Gewerbesteuer nahmen die Kommunen rund 1,81 Milliarden Euro ein (+2,7 Prozent). Die Grundsteuer B trug mit rund 560 Millionen Euro zu den Einnahmen bei; das waren 2,1 Prozent mehr als im Vorjahr.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Einnahmen stammte aus den Gemeindeanteilen an den Gemeinschaftssteuern. Sie stiegen um elf Prozent auf 1,95 Milliarden Euro. Der größte Anteil entfiel dabei auf den

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Hierdurch erzielten die Kommunen 2017 Einnahmen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro (+9,1 Prozent).

Eine Kenngröße zur Finanzlage der Kommunen ist der sogenannte Finanzierungssaldo. Er berücksichtigt sowohl die Einzahlungen als auch die Auszahlungen und zeigt, ob am Ende des Jahres noch „Geld in der Kasse“ verblieben ist. Für alle rheinland-pfälzischen Kommunen zusammen wurde ein positiver Finanzierungssaldo von 431,3 Millionen Euro ermittelt.

Der Finanzierungssaldo war in den verschiedenen Gebietskörperschaften unterschiedlich. So kamen acht kreisfreie Städte auf einen positiven, vier auf einen negativen Saldo. Damit wiesen zwei von drei kreisfreien Städten einen Finanzierungsüberschuss auf. Ein ähnliches Bild war auch für die restlichen Gebietskörperschaftsebenen zu beobachten: Der Anteil der Kommunen mit positivem Saldo schwankte zwischen 60 Prozent

in den verbandsfreien Gemeinden und gut 70 Prozent bei den Landkreishaushalten. Über alle Ebenen betrachtet wiesen rund 70 Prozent der Gebietskörperschaften ein positives und 30 Prozent ein negatives Ergebnis des Finanzhaushaltes auf.

In der langfristigen Perspektive zeigt sich die Besonderheit des vergangenen Jahres. Der für 2017 ermittelte positive Finanzierungssaldo stellt einen neuen Höchststand in der Geschichte des Bundeslandes Rheinland-Pfalz dar. Während der Saldo seit den 90er-Jahren stets negativ ausfiel – 2009 war das Finanzierungsdefizit am größten –, konnte 2015 erstmalig ein in Summe ausgeglichener Finanzhaushalt der Kommunen dokumentiert werden. Er betrug damals rund 80 Millionen Euro. Im Folgejahr sank er zunächst mit –14,6 Millionen Euro knapp wieder in den negativen Bereich. Mit aktuell 431,3 Millionen Euro setzte er den seit 2009 anhaltenden Trend jedoch fort.

Gutes Jahr für die rheinland-pfälzische Wirtschaft



„2017 war für die rheinland-pfälzische Wirtschaft ein gutes Jahr“, ist das gemeinsame Resümee von Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing und Marcel Hürter, Präsident des Statistischen Landesamtes, anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts.

Wichtige gesamtwirtschaftliche Kennzahlen belegen diese Einschätzung: Das Bruttoinlandsprodukt nahm nach vorläufigen Berechnungen der amtlichen Statistik preisbereinigt um 2,5 Prozent zu (Deutschland: +2,2 Prozent).

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern liegt Rheinland-Pfalz (gemeinsam mit Niedersachsen) auf dem vierten Platz. In jeweiligen Preisen belief sich das Bruttoinlandsprodukt auf gut 144 Milliarden Euro (+4,2 Prozent). Folglich wurden in Rheinland-Pfalz 4,4 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet.

Den mit Abstand größten Wachstumsbeitrag erwirtschaftete die Industrie. Die Wertschöpfung in der Industrie wuchs 2017 um 5,9 Prozent; sie trug damit 1,6 Prozentpunkte, also mehr als 60 Prozent, zum Wachstum der Gesamtwirtschaft bei. „Rheinland-Pfalz ist ein Industrieland“, stellte Minister Wissing fest. „Die Industrie erbringt mehr als ein Viertel der gesamten Wertschöpfung in unserem Land“, erläuterte der Wirtschaftsminister. Das waren 2017 in jeweiligen Preisen gut 35 Milliarden Euro. Da die Industrie aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. im Baugewerbe oder in den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen) Pro-

duktionsleistungen nachfragt, ist der Gesamteinfluss auf die Wertschöpfung noch viel größer.

Die Industrie erzielte 2017 mit knapp 94 Milliarden Euro einen neuen Umsatzrekord. Der Erlöszuwachs war mit einem Plus von 8,3 Prozent außergewöhnlich hoch (Deutschland: +6 Prozent). Die Inlandsumsätze legten um 7,2 Prozent zu (Deutschland: +4,9 Prozent). Noch besser lief das Auslandsgeschäft mit einem Plus von 9,1 Prozent (Deutschland: +7,2 Prozent). Damit nahm die Exportquote weiter zu. Mit 55,9 Prozent (2016: 55,4 Prozent) liegt die rheinland-pfälzische Industrie hinter Baden-Württemberg (57 Prozent) auf dem zweiten Platz unter den Flächenländern. „Die Daten verdeutlichen es: Rheinland-Pfalz ist auch ein starkes Exportland. Unsere Industrieunternehmen produzieren Güter, die in der ganzen Welt gefragt sind. Das zeigt, wie wichtig ein weltweit freier Handel für uns ist“, sagte Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing.

Die größten Wachstumsimpulse kamen aus der Vorleistungsgüterindustrie, die im Land mehr als die Hälfte des Industrieumsatzes erwirtschaftet (Deutschland: 37 Prozent). Die Erlöse der Vorleistungsgüterproduzenten stiegen um knapp zwölf Prozent. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung leistete die Chemische Industrie (+14 Prozent).

Die Zahl der Industriearbeitsplätze nahm 2017 um 0,9 Prozent auf 255 500 zu und erreichte damit ebenfalls einen neuen Höchstwert (Deutschland: +1,6 Prozent). Diese Arbeitsplätze sind hochproduktiv: Jeder Beschäftigte erwirtschaftete durchschnittlich einen Umsatz von 367 300 Euro. Das sind 42 600 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt (324 800 Euro).

Auch das Baugewerbe erlebte 2017 ein Rekordjahr. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Wachstumsdynamik deutlich zu.

Im Bauhauptgewerbe stieg der Umsatz um zwölf Prozent auf einen neuen Höchstwert von 3,4 Milliarden Euro (Deutschland: +8,5 Prozent). Hochbau und Tiefbau trugen

gleichermaßen zu diesem Zuwachs bei. „Wie bereits im Jahr zuvor war der Wohnungsbau der stärkste Wachstumstreiber“, stellte Hürter fest. Nach einem Plus von 15 Prozent 2016 stiegen die Erlöse 2017 um weitere 18 Prozent. Die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe legte um 4,5 Prozent zu (Deutschland: +5,9 Prozent).

Im Ausbaugewerbe erhöhte sich der Umsatz um 6,1 Prozent auf gut 1,9 Milliarden Euro (Deutschland: +5,6 Prozent) und markierte damit ebenfalls einen neuen Rekord. Die Beschäftigung im Ausbaugewerbe stieg das elfte Jahr in Folge. Das Beschäftigungsplus war 2017 mit 4,8 Prozent deutlich stärker als im Vorjahr (Deutschland: +4,4 Prozent).

Die Umsätze des rheinland-pfälzischen Einzelhandels sind 2017 erneut gestiegen (real +1,3 Prozent; Deutschland: +2,3 Prozent). „Rekordbeschäftigung, steigende Löhne und niedrige Zinsen sorgten auch 2017 für gute Kauflaune bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern“, erläutert Minister Dr. Volker Wissing. Auch im Kraftfahrzeughandel lagen die preisbereinigten Erlöse über dem Vorjahresniveau (+2,8 Prozent; Deutschland: +4,2 Prozent). Der Umsatz im Großhandel war dagegen rückläufig (-1,3 Prozent; Deutschland: +3 Prozent).

Die Ausfuhren erreichten 2017 erneut einen Spitzenwert. Sie lagen das achte Mal in Folge über dem Niveau des jeweiligen Vorjahres. Die Unternehmen exportierten Waren im Wert von 55 Milliarden Euro ins Ausland (+5 Prozent; Deutschland: +6,2 Prozent). Das Exportwachstum hat sich 2017 beschleunigt; begünstigt wurde die Entwicklung durch das weltwirtschaftliche Umfeld. Aus Rheinland-Pfalz wurden in fast alle Weltregionen mehr Waren geliefert als 2016. Die Ausfuhren in die EU erhöhten sich um 4,7 Prozent (Deutschland: +6,3 Prozent). Etwas stärker fiel der Zuwachs bei den Exporten in asiatische Länder aus (+5,8 Prozent; Deutschland: +6 Prozent). Die Lieferungen in Länder auf dem amerikanischen Kontinent legten um 3,7 Prozent zu (Deutschland: +4,6 Prozent).

Die Verbraucherpreise lagen 2017 im Jahresdurchschnitt um 1,6 Prozent über dem Vorjahresniveau (Deutschland: +1,8 Prozent). Die jährliche Preisentwicklung blieb damit seit 2013 durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (unter, aber nahe zwei Prozent).

Den Höchststand erreichte die Teuerungsrate mit +2,2 Prozent im Februar. Die niedrigsten Preissteigerungen wurden im März und im Oktober registriert (jeweils +1,3 Prozent).

Die Preisentwicklung bei den Energieprodukten (+2,9 Prozent) hatte auch 2017 einen merklichen Einfluss auf die Teuerungsrate. Sie trug 0,31 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei. Außerdem gab es in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ den höchsten Preisanstieg im Jahresdurchschnitt (+3 Prozent). Diese Hauptgruppe trug ebenfalls 0,31 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei.

Die als Kerninflationsrate bezeichnete Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ lag im Jahresdurchschnitt 2017 bei +1,3 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

Die gute Wirtschaftsentwicklung sorgte dafür, dass sich der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt fortsetzte. Die Erwerbstätigkeit stieg weiter, und die Arbeitslosigkeit nahm weiter ab. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im Berichtsjahr um 20 100 auf gut zwei Millionen (+1 Prozent; Deutschland: +1,5 Prozent). Der Anstieg ist vor allem auf einen Zuwachs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zurückzuführen (+1,8 Prozent; Deutschland: +2,3 Prozent). Die geringfügige Beschäftigung stieg ebenfalls (+0,6 Prozent; Deutschland: +0,6 Prozent), vor allem durch einen Zuwachs bei der geringfügigen Beschäftigung im Nebenjob.

Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich 2017 um 5 100 auf jahresdurchschnittlich 106 300 Personen (-4,6 Prozent; Deutschland: -5,9 Prozent). Im Oktober wurde das erste Mal seit 25 Jahren die Zahl von 100 000 arbeitslosen Menschen unterschritten. Die Arbeitslosenquote sank um 0,3 Prozentpunkte auf 4,8 Prozent. Sie war damit deutlich niedriger als der Bundesdurchschnitt (5,7 Prozent). Im Ländervergleich hat Rheinland-Pfalz seit 2003 die drittniedrigste Arbeitslosenquote hinter Bayern und Baden-Württemberg.

Diese und weitere Ergebnisse finden Sie in der Veröffentlichung „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017“. Sie kann kostenfrei unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/analysen/ heruntergeladen oder beim Statistischen Landesamt per E-Mail vertrieb@statistik.rlp.de bestellt werden.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018



Machen auch Sie mit! Das statistische Landesamt sucht Haushalte für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018



Alle fünf Jahre findet eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) statt – im nächsten Jahr ist es wieder soweit. Gesucht werden Haushalte, die auf freiwilliger Basis in einem Quartal Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben, über den Besitz bestimmter Güter wie Auto, Telefon und Computer sowie über ihre Wohnverhältnisse geben.

Die Ergebnisse der EVS helfen, ein realistisches Bild der Lebensverhältnisse in unserem Land zu zeichnen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft benötigen die Ergebnisse ebenso wie auch – und das zeigen uns zahlreiche Anfragen – viele Bürgerinnen und Bürger.

Aber auch die mitwirkenden Haushalte selbst erhalten einen Einblick in ihr eigenes „Wirtschaften“. Wenn Sie also einen Überblick über Ihre Haushaltskasse erhalten möchten, bietet die EVS 2018 dafür die beste Gelegenheit.

Bei uns sind Ihre Daten sicher! Ihre Angaben werden selbstverständlich streng vertraulich behandelt. Die Ergebnisse werden so zusammengefasst, dass Ihre Einzelangaben

nicht erkennbar sind. Es werden auch keine Einzeldaten an andere staatliche Behörden weitergegeben. Datenschutz und Geheimhaltung sind unsere obersten Prinzipien.

Für diese Erhebung suchen wir noch Haushalte aus bestimmten Schichten, insbesondere Selbstständige, Arbeiter-Haushalte mit einem oder zwei Kindern sowie Haushalte mit nicht erwerbstätigen Personen (jedoch nur in wenigen Fällen Pensionärs- oder Rentnerhaushalte).

Unter www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/evs-2018 finden Sie eine genaue Aufstellung der benötigten Schichten. Hier können Sie sich auch direkt für eine Teilnahme anmelden. Hierbei bitte das Land „Rheinland-Pfalz“ auswählen und Ihre Daten in das Formular eingeben. Bei der letzten Frage des Onlinefragebogens bitte „Durch eine andere Informationsquelle“ auswählen und das Formular absenden. Sie können die Teilnahme-Unterlagen aber auch bei uns anfordern.

Sollten Sie für die Befragung ausgewählt werden, erhalten Sie ab Dezember die Erhebungsunterlagen per Post zugesandt; zunächst jeweils einen Erhebungsbogen für die „Allgemeinen Angaben“ zu Ihrem Haushalt sowie zu Ihrem „Geld- und Sachvermögen“. Außerdem werden wir Sie bitten, in 2018 in einem Quartal ein „Haushaltsbuch“ über die Einnahmen und Ausgaben Ihres Haushalts zu führen. Jeder fünfte Haushalt soll zudem für einen Monat die genauen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (NGT) notieren.

Als kleine Entschädigung erhalten Sie nach Rücksendung aller korrekt ausgefüllten Unterlagen eine **Prämie in Höhe von 100 Euro, bei NGT-Teilnahme 127 Euro**.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Herr Winfried Kahl

Telefon: 0800 387 2003 (kostenlos)

Telefax: 02603 71-194960

E-Mail: haushaltserhebungen@statistik.rlp.de

Bruttoinlandsprodukt steigt im vierten Quartal um 0,2 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist auch im vierten Quartal 2017 gewachsen. Die Wachstumsdynamik ließ aber weiter nach. Vorläufigen, indikatorgestützten Berechnungen zufolge nahm das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2017 gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2 Prozent zu. Im Vergleich zum vierten Quartal 2016 stieg die Wirtschaftsleistung im Land um 2,5 Prozent.

Wachstumsimpulse kamen ausschließlich aus der Industrie. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stieg gegenüber dem dritten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um ein Prozent. Ein Blick auf die kalender- und saisonbereinigten Umsätze der Industrie zeigt, dass vor allem die Investitions- und die Vorleistungsgüterproduzenten zum Wachstum beitrugen. Die Erlöse der drei größten Branchen – die Che-

mische Industrie, der Fahrzeugbau und der Maschinenbau – stiegen fast in gleichem Ausmaß.

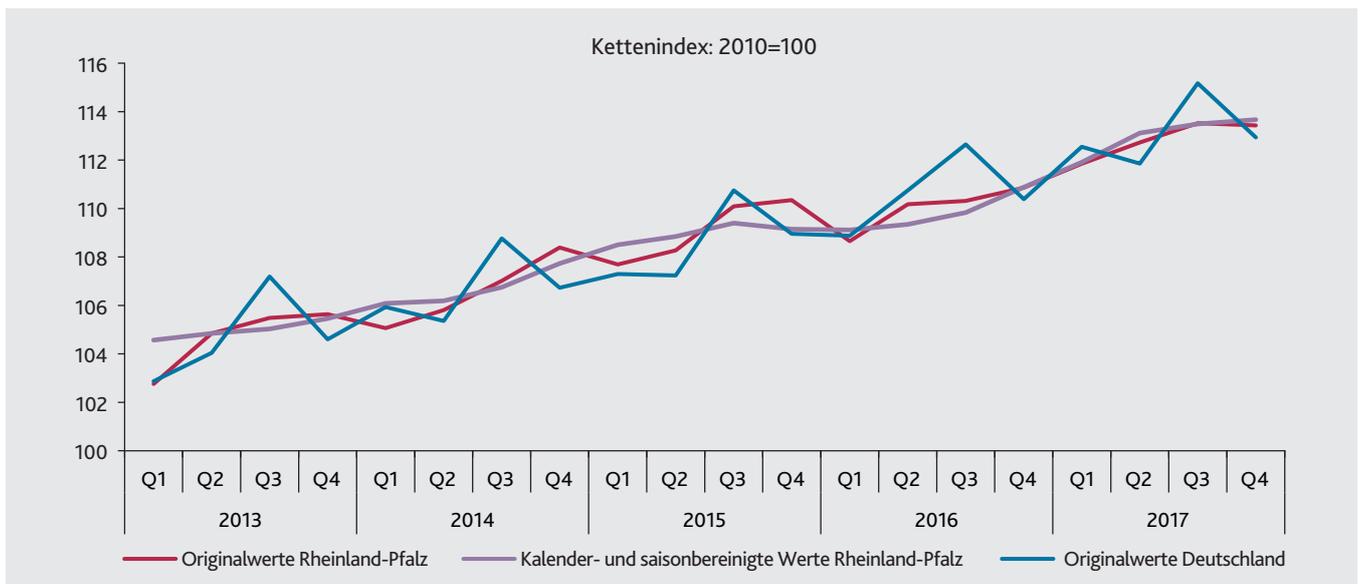
Im Baugewerbe war die Wertschöpfung dagegen rückläufig. Sie nahm preis-, kalender- und saisonbereinigt leicht um 0,2 Prozent ab. Sowohl das Bauhauptgewerbe als auch das Ausbaugewerbe verzeichneten Umsatzeinbußen.

In den Dienstleistungsbereichen stagnierte die Wertschöpfung nahezu (-0,1 Prozent). Ein Blick auf die Umsatzentwicklungen in einzelnen Branchen der Dienstleistungsbereiche zeigt, dass sich kalender- und saisonbereinigt vor allem der Kfz-Handel sowie der Bereich „Verkehr und Logerei“ positiv entwickelten. Dagegen gingen die Umsätze im Bereich „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister“ sowie im Großhandel im vierten Quartal deutlich zurück.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbe- reichen) auf die Quartale verteilt werden. Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell“. Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/konjunktur-aktuell/konjunkturanalyse/ kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013–2017 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q2 2017	Q3 2017	Q4 2017	Q2 2017	Q3 2017	Q4 2017
	Veränderung zum Vorquartal in %			Veränderung zum Vorjahresquartal in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt	1,1 ↗	0,3 ↗	0,2 ↗	3,5 ↑	3,3 ↑	2,5 ↑
Erwerbstätige	0,3 ↗	0,3 ↗	0,2 ↗	1,0 ↗	1,1 ↗	1,1 ↗
Originalwerte						
Arbeitsmarkt^{1,2}						
Arbeitslose	-7,8 ↓	-3,1 ↓	-2,1 ↓	-2,9 ↓	-6,3 ↓	-8,9 ↓
Gemeldete Stellen	5,1 ↑	7,2 ↑	-2,6 ↓	12,6 ↑	18,7 ↑	20,1 ↑
Verbraucherpreisindex²						
Insgesamt	0,1	0,6	0,9	1,5	1,7	1,5
Kerninflation ³	0,2	0,5	0,8	1,5	1,3	1,4
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	-14,6 ↓	4,0 ↑	-4,3 ↓	-11,6 ↓	-1,7 ↘	4,2 ↑
Betriebsaufgaben	-29,6 ↓	25,7 ↑	21,1 ↑	-24,9 ↓	2,1 ↑	13,2 ↑
Unternehmensinsolvenzen	10,1 ↑	5,9 ↑	-15,3 ↓	-2,1 ↓	2,1 ↑	-23,9 ↓
Außenhandel⁴						
Ausfuhr	1,0 ↗	-1,2 ↘	-0,7 ↘	1,5 ↗	5,2 ↑	8,6 ↑
Einfuhr	5,5 ↑	-1,1 ↘	4,9 ↑	18,9 ↑	18,5 ↑	18,1 ↑
Gästeübernachtungen ⁵	86,5 ↑	23,1 ↑	-32,6 ↓	3,9 ↑	-0,2 ↘	2,4 ↑
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	2,8 ↑	3,1 ↑	1,5 ↗	10,6 ↑	13,0 ↑	10,2 ↑
Inland	2,3 ↑	3,3 ↑	1,5 ↗	6,7 ↑	10,1 ↑	9,0 ↑
Ausland	3,1 ↑	2,9 ↑	1,6 ↗	13,1 ↑	14,9 ↑	11,1 ↑
Chemische Industrie	3,2 ↑	2,2 ↑	2,9 ↑	13,4 ↑	13,5 ↑	13,0 ↑
Fahrzeugbau	1,2 ↗	4,2 ↑	2,4 ↑	6,2 ↑	9,8 ↑	6,8 ↑
Maschinenbau	1,1 ↗	1,3 ↗	-0,7 ↘	10,0 ↑	10,9 ↑	5,5 ↑
Bauhauptgewerbe ⁶	-9,4 ↓	0,8 ↗	4,5 ↑	0,1 ↗	-0,3 ↘	4,4 ↑
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	1,8 ↗	3,9 ↑	3,8 ↑	2,7 ↑	7,5 ↑	11,1 ↑
Chemische Industrie	0,4 ↗	6,4 ↑	7,0 ↑	-6,7 ↓	2,8 ↑	12,9 ↑
Fahrzeugbau	-0,1 ↘	2,1 ↑	8,1 ↑	-6,7 ↓	-4,5 ↓	8,8 ↑
Maschinenbau	4,1 ↑	1,0 ↗	1,4 ↗	12,8 ↑	11,1 ↑	11,0 ↑
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	5,2 ↑	1,4 ↗	-3,9 ↓	12,6 ↑	13,9 ↑	6,3 ↑
Ausbaugewerbe	2,5 ↑	-3,0 ↓	-1,2 ↘	11,5 ↑	4,8 ↑	-0,8 ↘
Sonstige Dienstleistungsbereiche ⁴	4,4 ↑	3,3 ↑	0,0 →	1,3 ↗	8,7 ↑	8,4 ↑
Umsatz (preisbereinigt)⁴						
Großhandel	0,0 →	-0,2 ↘	-4,0 ↓	3,1 ↑	4,0 ↑	-3,9 ↓
Einzelhandel	1,3 ↗	-1,5 ↘	-0,5 ↘	4,4 ↑	1,3 ↗	0,1 ↗
Kfz-Handel	0,5 ↗	1,7 ↗	1,6 ↗	1,1 ↗	3,0 ↑	4,5 ↑

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie. – 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen -2 und 0% (↘), mehr als -2% (↓) oder 0 (→).

Stand der Daten: 23. März 2018

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im März 2018

Der Verbraucherpreisindex lag im März 2018 um 1,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Energiepreise erhöhten sich nur leicht um 0,7 Prozent und die Mineralölprodukte waren um 1,8 Prozent teurer, was auf den Anstieg der Heizölpreise zurückzuführen ist (+8,8 Prozent). Gas wurde billiger (-1,6 Prozent).

Die Preise für Nahrungsmittel lagen mit +2,5 Prozent deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Preisrückgänge waren beim Gemüse zu verzeichnen (-7,3 Prozent). Preissenkungen gab es auch bei Kaffee, Tee und Kakao (-0,8 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflation bezeichnet wird, ist weiter gestiegen. Sie lag im März 2018 bei 1,6 Prozent nach 1,5 Prozent im Februar.

In zehn der zwölf Hauptgruppen gab es Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahresmonat. Die größten Erhöhungen waren bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren zu verzeichnen (+4 Prozent). In den Hauptgruppen „Bekleidung und Schuhe“ sowie „Nachrichtenübermittlung“ sank das Preisniveau (-0,8 bzw. -0,4 Prozent).

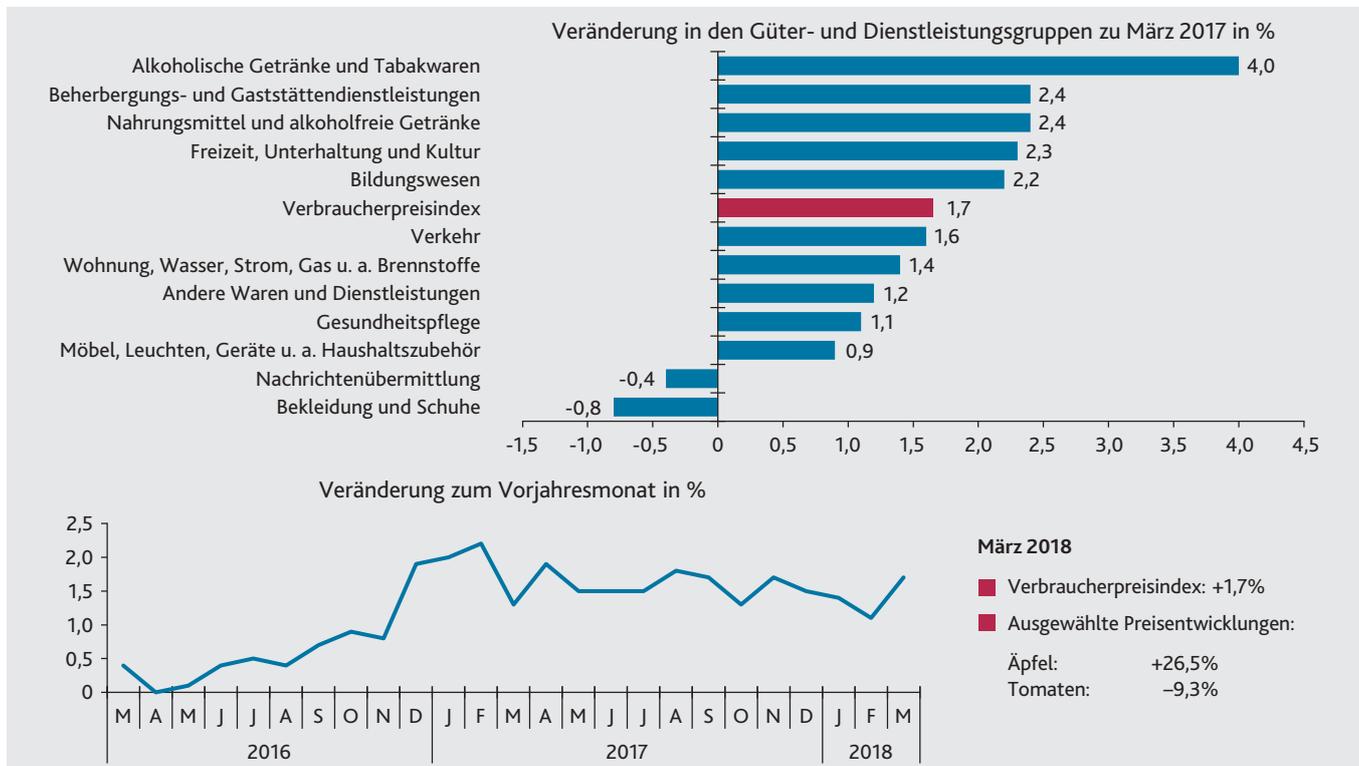
Gegenüber dem Vormonat ist der Verbraucherpreisindex im März 2018 um 0,5 Prozent gestiegen. Insbesondere für Bekleidung und Schuhe mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher wesentlich tiefer in die Tasche greifen als im Februar (+3,9 Prozent). Hierbei dürften saisonale Gründe eine Rolle spielen. In vier weiteren Hauptgruppen waren leichte Preissteigerungen zwischen 0,3 und 0,5 Prozent zu verzeichnen.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im März 2018

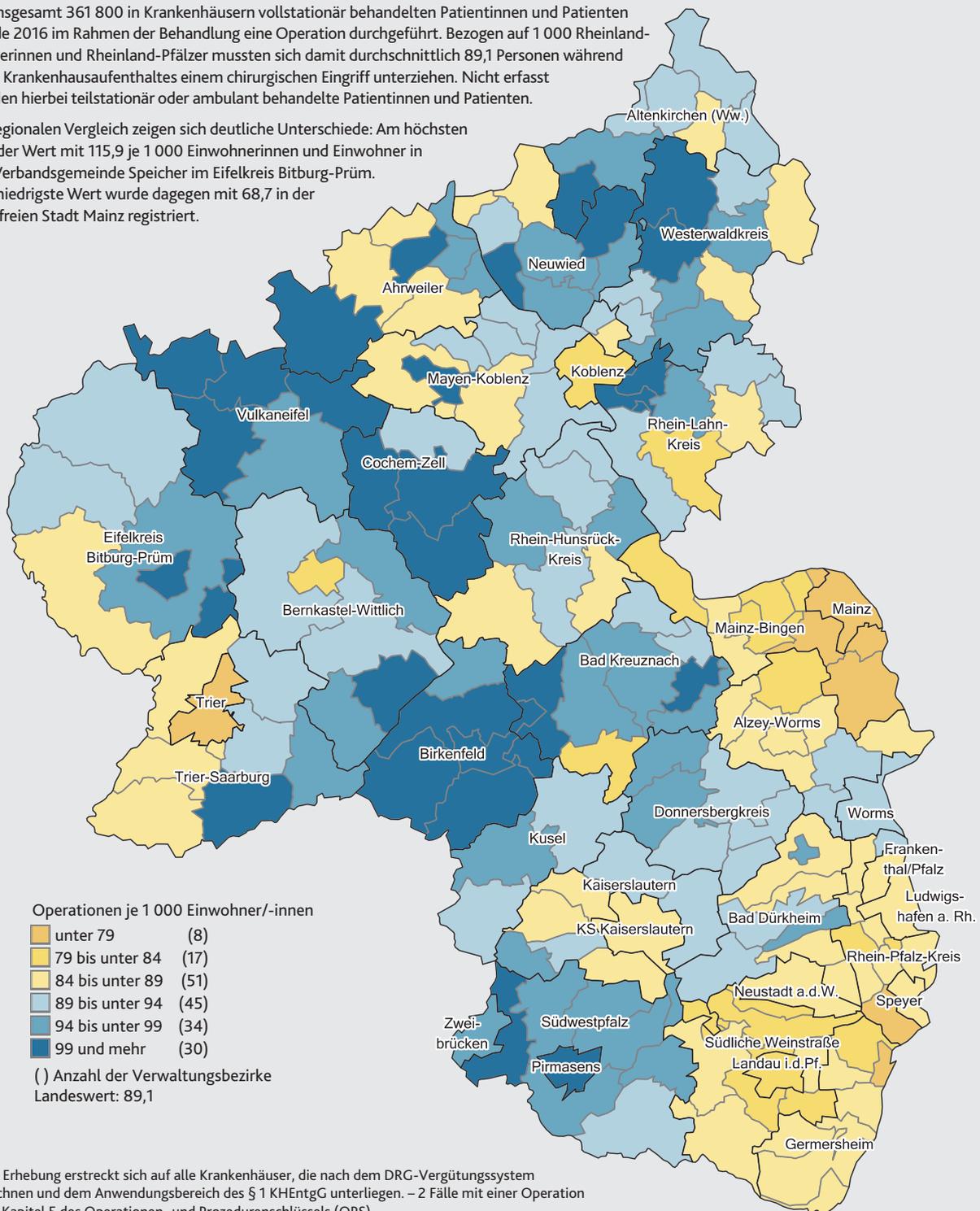


In Krankenhäusern¹ vollstationär behandelte Patientinnen und Patienten (am Wohnort) mit einer im Rahmen der Behandlung durchgeführten Operation² nach Verwaltungsbezirken

Hohe Schwankungsbreite

Bei insgesamt 361 800 in Krankenhäusern vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten wurde 2016 im Rahmen der Behandlung eine Operation durchgeführt. Bezogen auf 1 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mussten sich damit durchschnittlich 89,1 Personen während ihres Krankenhausaufenthaltes einem chirurgischen Eingriff unterziehen. Nicht erfasst werden hierbei teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten.

Im regionalen Vergleich zeigen sich deutliche Unterschiede: Am höchsten war der Wert mit 115,9 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Verbandsgemeinde Speicher im Eifelkreis Bitburg-Prüm. Der niedrigste Wert wurde dagegen mit 68,7 in der kreisfreien Stadt Mainz registriert.



1 Die Erhebung erstreckt sich auf alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 KHEntgG unterliegen. – 2 Fälle mit einer Operation nach Kapitel 5 des Operationen- und Prozedurenschlüssels (OPS).
Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), DRG-Statistik

Bundestagswahl 2017: Aggregatdatenanalyse

Der Einfluss sozialstruktureller und ökonomischer Merkmale auf die Wahlbeteiligung und die Zweitstimmenanteile der Parteien



Von Dr. Annette Illy

Am 24. September 2017 fand die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag statt. Noch in der Wahlnacht hat das Statistische Landesamt die Ergebnisse dieser Wahl analysiert. Die Auswertungen umfassten im Rahmen einer Aggregatdatenanalyse auch eine Korrelationsanalyse, die auf Ebene der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden durchgeführt wurde. Die Korrelationsanalyse gibt Auskunft über statistische Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung bzw. den Zweitstimmenanteilen der Parteien einerseits und ausgewählten sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen andererseits. In diesem Beitrag wird die Korrelationsanalyse um die Ergebnisse multivariater Regressionen ergänzt.

Zusammenhänge zwischen Partei-stimmenanteilen und sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen

Große Unterschiede in Wahlbeteiligung und Parteistimmenanteilen

Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 unterschieden sich die Wahlbeteiligung und die Zweitstimmenanteile der Parteien in den einzelnen kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden von Rheinland-Pfalz teils beträchtlich. Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung und dem Wählerverhalten stehen mit einer Vielzahl von Strukturmerkmalen in Zusammenhang. Das zeigen die Ergebnisse einer Regressionsanalyse, in der ausgewählte sozialstrukturelle und ökonomische Merkmale von 139 Verwaltungsbezirken berücksichtigt wurden.

Bei einigen Merkmalen zeigen sich Unterschiede zu den Ergebnissen der Korrelationsanalyse. Dies ist methodisch bedingt: Im Rahmen der Korrelationsanalyse werden

nur statistische Zusammenhänge zwischen einer Strukturvariable (z. B. der Bevölkerungsdichte) und dem Wahlergebnis einer Partei bzw. der Wahlbeteiligung untersucht. Die Zusammenhänge können jedoch auch durch weitere Merkmale induziert sein. In der Regressionsanalyse werden alle Merkmale gleichzeitig berücksichtigt. So könnte die negative Korrelation zwischen Bevölkerungsdichte und Wahlbeteiligung beispielsweise auch auf den höheren Anteil von jungen Menschen, Akademikerinnen und Akademikern, Ausländerinnen und Ausländern oder den höheren Schuldenstand in Verwaltungsbezirken mit höherer Bevölkerungsdichte zurückzuführen sein. Dies wäre eine Erklärung dafür, dass die Bevölkerungsdichte im Regressionsmodell einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung hat, während die Korrelationsanalyse zu einem negativen statistischen Zusammenhang kommt.

Methodik

Der statistische Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung bzw. den Zweitstimmenanteilen der Parteien einerseits und ausgewählten sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen als erklärenden Variablen andererseits wird mithilfe multivariater linearer Regressionen auf Ebene der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden untersucht. Es werden insgesamt sieben Regressionsmodelle für die abhängigen Variablen „Wahlbeteiligung“ und „Landesstimmenanteile“ der sechs in den neuen Bundestag gewählten Parteien geschätzt.

Für diese Regressionsmodelle werden die standardisierten Regressionskoeffizienten Beta und das korrigierte Bestimmtheitsmaß (korrigiertes R^2) ausgewiesen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden in allen Modellen die gleichen unabhängigen Variablen und die gleiche Anzahl an Untersuchungseinheiten berücksichtigt.

Der **standardisierte Regressionskoeffizient Beta** gibt die Stärke und Richtung des linearen Einflusses der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable an. Im multivariaten Modell wird dieser Einfluss unter Berücksichtigung des Einflusses der übrigen unabhängigen Variablen geschätzt (statistisch kontrolliert).

Ein Beta-Wert von +1 weist auf einen perfekten positiven Einfluss, ein Beta-Wert von -1 auf einen perfekten negativen Einfluss der unabhängigen Variable auf die abhängige Variable hin. Bei einem Beta-Wert von Null existiert kein linearer Zusammenhang. Ob ein Regressionskoeffizient signifikant von null verschieden ist, wird bei gängigen Irrtumswahrscheinlichkeiten (zehn, fünf und ein Prozent) getestet.

Multikollinearität zwischen den erklärenden Variablen, die die Stabilität und die Genauigkeit der Schätzung beeinträchtigt, liegt in keinem problematischen Ausmaß vor (Varianzinflationsfaktoren < 10).

Die Beschreibung der Ergebnisse konzentriert sich auf die signifikanten Effekte. Das **korrigierte Bestimmtheits-**

maß gibt an, wie gut die abhängige Variable durch das Modell „erklärt“ wird. Im bestmöglichen Fall nimmt es den Wert Eins an, im schlechtesten Fall wird es negativ.

Bei der Interpretation der Ergebnisse gilt es Folgendes zu bedenken:

- Grundsätzlich sollten weitreichende Schlussfolgerungen nie allein auf Basis statistischer Analysen gezogen werden, sondern sich auch auf ein fachwissenschaftliches theoretisches Modell stützen.
- Aus den Ergebnissen der Regression kann nicht auf das individuelle Wählerverhalten geschlossen werden. Ein starker Einfluss beispielsweise des Arbeitslosenanteils auf den Stimmenanteil einer bestimmten Partei muss nicht bedeuten, dass diese Partei überwiegend von Arbeitslosen gewählt wird. Eine hohe Arbeitslosigkeit kann auch die Wahlentscheidung von Erwerbstätigen beeinflussen.
- Der Einfluss einer unabhängigen Variablen kann sich ändern, wenn weitere, hier nicht berücksichtigte unabhängige Variablen ins Modell aufgenommen werden. Gleiches gilt für die Berücksichtigung weiterer Verwaltungsbezirke, die aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht untersucht werden konnten.
- Die zeitliche Reihenfolge wurde nicht kontrolliert. Selbst ein hoher und signifikanter Einfluss berechtigt damit nicht zu Schlüssen über Ursache und Folge. Ein hoher Regressionskoeffizient des verfügbaren Einkommens je Einwohnerin bzw. Einwohner auf den Stimmenanteil einer bestimmten Partei könnte durch den Einfluss des Wohlstandsniveaus auf das Wählerverhalten entstehen oder umgekehrt durch den Einfluss der Politik auf die Einkommenssituation.
- Ein Regressionskoeffizient mit dem Wert Null bedeutet, dass kein linearer Zusammenhang vorliegt. Es könnte dennoch ein nicht-linearer Zusammenhang bestehen. Beispielsweise könnte eine Partei in Regionen ohne Bevölkerungswachstum sehr erfolgreich sein, während sie in Regionen mit Bevölkerungswachstum bzw. -rückgang nur geringe Stimmenanteile erhält.

Starker statistischer Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Zahl der SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher

Wahlbeteiligung zwischen 65,4 und 86,8 Prozent

Eine hohe Wahlbeteiligung gilt als erstrebenswert, da sie die Funktionsfähigkeit der Demokratie sichert und politische Entscheidungsträger legitimiert. In Rheinland-Pfalz war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 mit 77,7 Prozent höher als bei den beiden Bundestagswahlen zuvor (2009 und 2013). Gleichwohl fiel sie in den 139 Verwaltungsbezirken des Landes, die in die Untersuchung einbezogen wurden, sehr unterschiedlich aus. Am größten war das Wahlinteresse in der Verbandsgemeinde Bodenheim im Landkreis Mainz-Bingen (86,8 Prozent) und am geringsten in der verbandsfreien Gemeinde Germersheim (65,4 Prozent).

Bei der Wahlbeteiligung zeigt sich in dem multiplen Regressionsmodell der mit Abstand stärkste statistische Zusammenhang zum Merkmal SGB II-Bezug („Hartz IV“). Je höher der Anteil von SGB II-Bezieherinnen und -Beziehern an der unter 65-jährigen Bevölkerung ist, desto geringer ist die Wahlbeteiligung (Beta = -0,70). Die SGB II-Quote gilt als Indikator für die soziale Lage bzw. für die Armut in einer Region.

Stark negativer Effekt der SGB II-Quote auf die Wahlbeteiligung

Neben der SGB II-Quote haben noch andere sozialstrukturelle Merkmale Einfluss auf die Wahlbeteiligung. In kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden mit höherem Akademikeranteil bzw. mit höherem Bevölkerungsanteil ohne beruflichen Abschluss nehmen mehr Wahlberechtigte ihr Stimmrecht in Anspruch

T 1 Übersicht der in der Aggregatdatenanalyse verwendeten Strukturmerkmale

Merkmal	Zeitpunkt	Datenquelle
Bevölkerungsdichte (Bevölkerung je km ²)	31.12.15	Bevölkerungsfortschreibung, Gebietsstand
Bevölkerungsentwicklung 2005 bis 2015 (in Prozent)	31.12.15	Bevölkerungsfortschreibung
Entwicklung des Ausländeranteils 2011 bis 2015 (in Prozentpunkten)	31.12.15	Bevölkerungsfortschreibung
Anteil der ... an der Bevölkerung		
unter 18-jährigen	31.12.15	Bevölkerungsfortschreibung
18- bis unter 30-jährigen	31.12.15	Bevölkerungsfortschreibung
65-jährigen und Älteren	31.12.15	Bevölkerungsfortschreibung
Frauen	31.12.15	Bevölkerungsfortschreibung
Ausländer/-innen	31.12.15	Bevölkerungsfortschreibung
Katholiken/-innen minus Protestanten/-innen	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2017)
Ledigen	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2017)
Verwitweten	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2017)
Anteil der ... an allen Haushalten		
Haushalte von Alleinerziehenden	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2017)
... je Einwohner/-in		
Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich insgesamt	2015	Schuldenstatistik, Bevölkerungsfortschreibung
... je Steuerpflichtige/-m		
Zu versteuerndes Einkommen	2013	Lohn- und Einkommensteuerstatistik
Anteil der ... an der unter 65-jährigen Bevölkerung		
Regelleistungsberechtigten in SGB II-Bedarfsgemeinschaften	31.12.15	Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungsfortschreibung
Anteil der ... an allen Wohnungen		
leer stehenden Wohnungen	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2017)
Anteil der ... an den Erwerbspersonen insgesamt		
Erwerbspersonen im Dienstleistungsbereich	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)
Arbeiter/-innen sowie Angestellten	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)
Selbstständigen	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)
Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren ...		
(noch) ohne beruflichen Abschluss	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)
mit (Fach-)Hochschulabschluss	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)

(Beta = 0,27 bzw. 0,16) als in Verwaltungsbezirken mit einem hohen Anteil an Menschen mit Berufsabschluss.

Wahlbeteiligung höher in Verwaltungsbezirken mit weniger Einwohnern unter 30 und ab 65 Jahren

Zudem ist die politische Partizipation in Verwaltungsbezirken höher, die geringere Bevölkerungsanteile von unter 30-Jährigen (unter 18-Jährige: Beta = -0,16; 18- bis unter 30-Jährige: -0,26) sowie von 65-Jährigen und Älteren (Beta = -0,23) aufweisen.

Die multiple Regression zeigt einen positiven Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Bevölkerungsdichte. In stärker verdichteten Verwaltungsbezirken, also in Städten und Ballungsräumen, ist die Wahlbeteiligung tendenziell höher als in dünner besiedelten Gebieten (Beta = 0,21).

Der Familienstand hat ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung. In Verwaltungsbezirken mit einem hohen Anteil Lediger gehen weniger Wahlberechtigte wählen (Beta = -0,33).

Verwendete Strukturdaten

Die in die Aggregatdatenanalyse einbezogenen Daten stammen aus der amtlichen Statistik der Jahre 2013 und 2015 und dem letzten Zensus mit dem Stichtag 9. Mai 2011.

Ein Teil der Zensusdaten wurde mit einer Stichprobe erhoben, in die ausschließlich Gemeinden einbezogen waren, die am 31. Dezember 2009 mindestens 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner aufwiesen. In die Regressionsanalyse konnten daher nur die 139 Gebietseinheiten (Gebietsstand 2017: zwölf kreisfreie Städte, 26 verbandsfreie Gemeinden und 101 Verbandsgemeinden) einbezogen werden, die diese Mindestgröße erreichten und seit 2011 von keiner Gebietsreform betroffen waren.

Je stärker der Ausländeranteil zwischen 2011 und 2015 stieg, umso höher war tendenziell die Wahlbeteiligung (Beta = 0,12).

Von den ökonomischen Merkmalen zeigt sich in der Regressionsanalyse nur ein signifikanter statistischer Zusammenhang zur Erwerbsstruktur. Eine höhere Wahlbeteiligung weisen Verwaltungsbezirke mit einem höheren Anteil von Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich auf (Beta = 0,14).

CDU erzielt gute Ergebnisse in katholisch geprägten Gebieten

Bei der Bundestagswahl 2017 stimmte etwa jede dritte Wählerin bzw. jeder dritte Wähler für die Christdemokraten (35,9 Prozent). Die CDU wurde damit wieder stärkste Partei, musste aber im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 deutliche Stimmenverluste hinnehmen (-7,4 Prozentpunkte). Ihr bestes Ergebnis erzielte die Union in der Verbandsgemeinde Ulmen im Landkreis Cochem-Zell. Mit 51,6 Prozent votierte dort jede zweite Wählerin bzw. jeder zweite Wähler für die Christdemokraten. In der Verbandsgemeinde Altenglan im Landkreis Kusel war der Stimmenanteil der CDU mit 26,1 Prozent am niedrigsten.

26,1 bis 51,6 Prozent der Stimmen für die CDU

Die konfessionelle Bevölkerungsstruktur eines Verwaltungsbezirks hat den mit Abstand stärksten Einfluss auf den Wahlausgang für die CDU. Je größer die Differenz zwischen Katholiken- und Protestantenanteil zugunsten der Katholikinnen und Katholiken ausfällt, desto besser schneidet die Union ab (Beta = 0,83).

CDU vor allem in überwiegend katholisch geprägten Verwaltungsbezirken stark

Bei der Altersstruktur der Bevölkerung zeigt sich ein positiver Effekt des Seniorenanteils. Das CDU-Ergebnis fällt in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Anteil der 65-Jäh-

rigen und Älteren tendenziell besser aus (Beta = 0,21).

Positiver Effekt des Selbstständigenanteils auf den CDU-Stimmenanteil

Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbspersonen wirkt ebenfalls positiv auf das Wahlergebnis der Christdemokraten. Je höher der Anteil der Selbstständigen in einer kreisfreien Stadt, verbandsfreien Gemeinde und Verbandsgemeinde ist, desto höher ist der Stimmenanteil der CDU (Beta = 0,17).¹

Auch der Anteil der SGB II-Regelleistungsberechtigten („Hartz IV“) hat Einfluss auf das CDU-Ergebnis, allerdings einen inversen. Für die Christdemokraten wird umso eher gestimmt, je geringer die SGB II-Quote ist (Beta = -0,16).

CDU-Anteil höher in Verwaltungsbezirken mit unterdurchschnittlichem öffentlichen Schuldenstand

Die Union ist zudem in kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgreicher, in denen der öffentliche Schuldenstand unterdurchschnittlich und das zu versteuernde Einkommen der Einwohnerinnen und Einwohner überdurchschnittlich ist. Je höher der Schuldenstand eines Verwaltungsbezirks ist, desto unwahrscheinlicher ist ein hoher CDU-Stimmenanteil (Beta = -0,10). In Verwaltungsbezirken mit einem höheren zu versteuernden Einkommen je Steuerpflichtigem erreichen die Christdemokraten überdurchschnittliche Ergebnisse (Beta = 0,10).

Die CDU ist außerdem erfolgreicher in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Anteil von Personen, die (noch) keinen beruflichen Abschluss haben (Beta = 0,11), sowie in Verwaltungsbezirken, in denen der Ausländeranteil seit 2011 unterdurchschnittlich zunahm (Beta = -0,11).

¹ Am Beispiel des Selbstständigenanteils wird sichtbar, dass die in der Wahlnachtanalyse durchgeführten Korrelationen Zusammenhänge zeigten, die in der hier durchgeführten Regressionsanalyse der Kontrolle von Drittvariablen nicht stand hielten und umgekehrt.

SPD ist vor allem in Verwaltungsbezirken mit hohem Protestantenanteil erfolgreich

Die SPD errang 24,1 Prozent der gültigen Zweitstimmen und wurde damit hinter der CDU zweitstärkste Partei. Auch die Sozialdemokraten mussten kräftige Einbußen hinnehmen. Sie konnten in der Verbandsgemeinde Altenglan die meisten Wählerinnen und Wähler mobilisieren, also in der Verbandsgemeinde, in der die CDU ihr schlechtestes Wahlergebnis verzeichnete. In Altenglan stimmten 35 Prozent für die SPD. Das schwächste Ergebnis erzielten die Sozialdemokraten mit 16,4 Prozent in Adenau im Landkreis Ahrweiler, also dort, wo die CDU stark war.

SPD-Stimmenanteil zwischen 16,4 und 35 Prozent

Die SPD ist besonders erfolgreich in Verwaltungsbezirken, in denen mehr Menschen der evangelischen als der römisch-katholischen Kirche angehören. Je höher der Anteil von Katholikinnen und Katholiken an der Bevölkerung ist, desto geringer ist der Stimmenanteil für die SPD (Beta = -0,66). Der Effekt ist also gegenläufig zu dem bei der CDU beobachteten Zusammenhang.

Stärkster Zusammenhang zwischen Protestantenanteil und SPD-Stimmenanteil

Die Stellung im Beruf hat ebenfalls einen Einfluss auf das Stimmenergebnis der Sozialdemokraten. Je höher der Anteil der Selbstständigen ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass die SPD dort überdurchschnittliche Resultate erzielt (Beta = -0,39). Auch hier ist der Effekt entgegengesetzt zur CDU.

SPD-Anteil geringer in Verwaltungsbezirken mit hohem Selbstständigenanteil

Ein schwächeres Ergebnis erzielt die SPD auch in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Anteil von Menschen, die (noch) ohne Berufsabschluss sind (Beta = -0,24).

Ein statistischer Einfluss auf das Stimmenergebnis der SPD zeigt sich auch beim Familienstand der Einwohnerinnen und Einwohner. Die Sozialdemokraten sind in kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und

SPD erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit hohem Anteil Verwitweter

Verbandsgemeinden umso erfolgreicher, je größer der Bevölkerungsanteil der Verwitweten ist (Beta = 0,31).

SPD-Anteil höher in Verwaltungsbezirken mit relativ junger Bevölkerung

In Verwaltungsbezirken mit einer jüngeren Bevölkerung schneidet die SPD vergleichsweise günstiger ab. Je größer der Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung ist, desto höher ist der Stimmenanteil der Sozialdemokraten (Beta = 0,18). Zudem erzielt die SPD bessere Ergebnisse in Verwaltungsbezirken, in denen der Ausländeranteil zwischen 2011 und 2015 überdurchschnittlich zunahm (Beta = 0,19).

Für den öffentlichen Schuldenstand zeigt sich ebenfalls ein positiver Zusammenhang zum Wahlergebnis der Sozialdemokraten. Je höher der öffentliche Schuldenstand ist,

umso besser fällt das Ergebnis der SPD aus (Beta = 0,15).

AfD-Stimmenanteil zeigt stärkeren statistischen Zusammenhang zum Familienstand

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist erst zum zweiten Mal bei einer Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz angetreten. Sie konnte ihr Ergebnis gegenüber der Wahl 2013 deutlich verbessern. Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die AfD 11,2 Prozent der gültigen Zweitstimmen und wurde damit hinter CDU und SPD drittstärkste Partei. Den höchsten Stimmenanteil erreichte die Partei in der verbandsfreien Gemeinde Germersheim (22,1 Prozent). Mit 6,8 Prozent entfielen in der Verbandsgemeinde Prüm von den

AfD erreicht Stimmenanteil von 6,8 bis 22,1 Prozent

T 2 Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung und die Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 2017

Merkmal	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	AfD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE
Bevölkerungsdichte	0,21 ***	-0,03	-0,02	0,02	0,01	0,01	0,04
Bevölkerungsentwicklung	0,05	-0,07	-0,01	0,03	0,09	0,16 **	-0,14
Entwicklung des Ausländeranteils	0,12 *	-0,11 *	0,19 *	-0,03	-0,21 *	0,06	0,22 **
Anteil der ... an der Bevölkerung							
unter 18-Jährigen	-0,16 **	0,05	0,18 *	-0,14	-0,09	-0,17 **	0,17 *
18- bis unter 30-Jährigen	-0,26 **	0,05	-0,19	0,13	0,07	-0,20 *	0,20
65-Jährigen und Älteren	-0,23 **	0,21 *	-0,05	-0,39 **	0,14	0,04	0,27 *
Frauen	0,04	-0,06	-0,08	-0,04	-0,05	0,18 ***	0,17 **
Ausländer/-innen	-0,13	-0,07	-0,06	-0,05	0,27 **	0,07	0,08
Katholiken/-innen minus Protestanten/-innen	-0,04	0,83 ***	-0,66 ***	-0,32 ***	0,08	-0,17 ***	-0,34 ***
Ledigen	-0,33 ***	-0,01	0,19	-0,62 ***	-0,14	0,48 ***	0,49 ***
Verwitweten	-0,14	-0,05	0,31 *	-0,10	-0,15	-0,11	-0,05
Anteil der ... an allen Haushalten							
Haushalte von Alleinerziehenden	-0,04	0,01	-0,09	0,13 *	-0,07	-0,10 *	0,09
... je Einwohner/-in							
Öffentlicher Schuldenstand	0,05	-0,10 *	0,15 *	0,02	-0,26 ***	0,01	0,13 *
... je Steuerpflichtige/-m							
Zu versteuerndes Einkommen	0,00	0,10 *	-0,13	-0,14 *	0,10	0,10 *	-0,05
Anteil der ... an der unter 65-jährigen Bevölkerung							
SGB II-Bezieher/-innen	-0,70 ***	-0,16 *	0,04	0,40 ***	0,00	0,02	-0,15
Anteil der ... an allen Wohnungen							
leer stehenden Wohnungen	0,01	0,05	-0,03	-0,20 **	0,13	-0,12 *	0,16 *
Anteil der ... an den Erwerbspersonen insgesamt							
Erwerbspersonen im Dienstleistungsbereich	0,14 *	-0,02	0,10	-0,04	0,02	-0,06	0,06
Arbeiter/-innen sowie Angestellten	-0,03	0,01	-0,13	0,33 **	-0,07	-0,19 *	-0,12
Selbstständigen	0,07	0,17 **	-0,39 ***	0,18	0,32 **	-0,01	-0,41 ***
Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren ...							
(noch) ohne beruflichen Abschluss	0,16 ***	0,11 *	-0,24 ***	0,09	-0,07	-0,01	0,00
mit (Fach-)Hochschulabschluss	0,27 ***	-0,05	-0,22	-0,01	0,17	0,26 ***	0,13
korrigiertes R ²	0,82	0,83	0,60	0,60	0,55	0,79	0,69
Zahl der Verwaltungseinheiten	139	139	139	139	139	139	139

Ausgewiesen sind die standardisierten Regressionskoeffizienten (Beta). Alle Modelle wurden mit einer Konstante geschätzt. ***/**/*: signifikant zum 1-/5-/10-Prozent-Niveau.

139 Verwaltungseinheiten, die insgesamt in die Analyse einbezogen wurden, relativ die wenigsten Stimmen auf die AfD. Aufgrund des Wandels der Parteienlandschaft ist die Frage von besonderem Interesse, wodurch Verwaltungsbezirke gekennzeichnet sind, in denen die AfD erfolgreich ist bzw. in denen sie nur wenig Zuspruch erhält.

Negativer Zusammenhang zwischen Anteil der Ledigen und AfD-Stimmenanteil

Der im Vergleich zu allen anderen berücksichtigten Merkmalen stärkste Einfluss ergibt sich beim Familienstand. Das Ergebnis für die AfD fällt umso besser aus, je geringer der Anteil der Ledigen an der Bevölkerung ist (Beta = -0,62). Die AfD ist damit in Verwaltungsbezirken besonders stark, in denen die meisten in einer Ehe oder Lebenspartnerschaft leben oder gelebt haben.

Zudem schneidet die AfD in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Anteil von Haushalten von Alleinerziehenden besser ab (Beta = 0,13).

Unabhängig vom Familienstand ist die AfD in Verwaltungsbezirken mit einer älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter; Beta = -0,39) weniger erfolgreich.

AfD-Anteil steigt mit SGB II-Quote

Eine relativ hohe SGB II-Quote erhöht die Wahrscheinlichkeit für einen Wahlerfolg der AfD. Je mehr SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher ein Verwaltungsbezirk zählt, desto besser schneidet die AfD ab (Beta = 0,40).

Verwaltungsbezirke mit überdurchschnittlichen Ergebnissen für die AfD weisen zudem einen überdurchschnittlichen Anteil an Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten an den Erwerbstätigen insgesamt auf (Beta = 0,33).

AfD weniger erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit hohem Katholikenanteil

Je höher der Katholikenanteil im Vergleich zum Protestantenanteil ausfällt, desto schlechter ist das Wahlergebnis für die AfD (Beta = -0,32).

Auch der Wohnungsleerstand, ein Merkmal für die Attraktivität einer Region, hat einen Einfluss auf das AfD-Ergebnis. Je höher der Anteil der leer stehenden Wohnungen ist, desto seltener wird in den entsprechenden Verwaltungsbezirken für die AfD gestimmt (Beta = -0,20).

Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen dem zu versteuernden Einkommen je Steuerpflichtigen und dem Abschneiden der „Alternative für Deutschland“. Je höher das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen ist, umso niedriger ist der Stimmenanteil der AfD (Beta = -0,14).

Der Ausländeranteil in einem Verwaltungsbezirk hat keinen signifikanten statistischen Einfluss auf den Stimmenanteil der AfD. Es besteht also kein linearer Zusammenhang zwischen der Höhe des Ausländeranteils und dem Stimmenanteil der AfD. Das gleiche gilt für die Veränderung des Ausländeranteils zwischen 2011 und 2015.

Kein signifikanter Einfluss des Ausländeranteils auf AfD-Stimmenanteil

FDP wird in Verwaltungsbezirken mit hohem Selbstständigenanteil gewählt

Die Freien Demokraten konnten ihr Wahlergebnis im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 deutlich verbessern. Die FDP kam 2017 auf 10,4 Prozent der gültigen Zweitstimmen (+4,9 Prozentpunkte), wobei sie in der Verbandsgemeinde Freinsheim im Kreis Bad Dürkheim mit 15,5 Prozent ihr bestes Ergebnis erzielte. Relativ gesehen votierten die wenigsten Wählerinnen und Wähler für die FDP in der Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau im Landkreis Kaiserslautern (6,7 Prozent).

FDP-Stimmenanteil zwischen 6,7 und 15,5 Prozent

Prozentual machen besonders viele Wählerinnen und Wähler auf dem Wahlzettel ihr Kreuz bei der FDP in Verwaltungsbezirken mit vergleichsweise hohem Selbstständigenanteil.

Starker Zusammenhang zwischen Selbstständigenanteil und FDP-Ergebnis

genanteil. Je höher der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbspersonen ist, desto besser fällt das Wahlergebnis für die Freien Demokraten aus (Beta = 0,32).

FDP-Anteil höher in Verwaltungsbezirken mit geringem öffentlichen Schuldenstand

Eine geringe Verschuldung der öffentlichen Haushalte wirkt sich ebenfalls positiv auf den Stimmenanteil der Partei aus. Je geringer der Schuldenstand in einem Verwaltungsbezirk ist, desto höher ist der Stimmenanteil für die FDP (Beta = -0,26).

FDP erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit hohem Ausländeranteil

Die Freien Demokraten erzielen in Verwaltungsbezirken mit einem hohen Ausländeranteil besonders gute Ergebnisse. Je größer der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung ist, desto höher fällt der FDP-Stimmenanteil aus (Beta = 0,27). Dagegen schneidet die FDP in Verwaltungsbezirken mit einem starken Anstieg des Ausländeranteils schwächer ab (Beta = -0,21).

GRÜNE schneiden in Verwaltungsbezirken mit hohem Ledigenanteil besser ab

GRÜNE erreichen zwischen 3,3 und 15,2 Prozent

Die GRÜNEN erzielten bei der Bundestagswahl 7,6 Prozent der Zweitstimmen. Im Vergleich aller in die Analyse einbezogenen kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erreichten die GRÜNEN ihr bestes Ergebnis in der Landeshauptstadt Mainz (15,2 Prozent). In der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land im Landkreis Südwestpfalz verbuchten die GRÜNEN ihren niedrigsten Zweitstimmenanteil (3,3 Prozent).

Stärkster Einfluss des Ledigenanteils auf Stimmenanteil der GRÜNEN

In Verwaltungsbezirken mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Ledigen schneiden die GRÜNEN tendenziell besser ab. Je höher der Bevölkerungsanteil von Personen ist, die nicht verheiratet bzw. verpartnert sind bzw. es nie waren, desto höher ist auch der Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = 0,48).

Die Art des beruflichen Ausbildungsniveaus und des Berufs, dem die Einwohnerinnen und Einwohner eines Verwaltungsbezirkes nachgehen, hat ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlchancen der GRÜNEN. In Verwaltungsbezirken mit hohem Akademikeranteil schneiden die GRÜNEN besser ab (Beta = 0,26). Je mehr Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte unter den Erwerbspersonen sind, desto unwahrscheinlicher ist dagegen ein hoher Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = -0,19).

Auch die Altersstruktur der Bevölkerung hat einen statistischen Einfluss auf das Wahlergebnis der GRÜNEN. In Verwaltungsbezirken mit einer relativ jungen Bevölkerung erzielen die GRÜNEN geringere Stimmenanteile (Anteil der unter 18-Jährigen: Beta = -0,17; Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen: Beta = -0,20). Eine wachsende Bevölkerung wirkt sich dagegen positiv auf den Erfolg der GRÜNEN aus. Je stärker die Einwohnerzahl zwischen 2005 und 2015 gestiegen ist, umso höher ist der Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = 0,16).

GRÜNE schneiden besser ab in Verwaltungsbezirken mit niedrigem Anteil der unter 30-Jährigen

Das Wahlergebnis der GRÜNEN wird auch von der Geschlechterstruktur der Bevölkerung beeinflusst. Wohnen in einem Verwaltungsbezirk mehr Frauen als Männer, steigen die Wahlchancen der GRÜNEN (Beta = 0,18).

Positiver Zusammenhang zwischen Frauenanteil und Wahlergebnis der GRÜNEN

Die GRÜNEN sind erfolgreicher in Verwaltungsbezirken, in denen relativ mehr Menschen der evangelischen als der römisch-katholischen Kirche angehören. Je höher der Anteil von Katholikinnen und Katholiken an der Bevölkerung, desto geringer ist der Stimmenanteil für die GRÜNEN (Beta = -0,17).

Leben in einem Verwaltungsbezirk vergleichsweise viele Alleinerziehende, verringern sich die Wahlchancen der GRÜNEN. Je

Stimmenanteil der GRÜNEN niedriger in Verwaltungsbezirken mit hohem Anteil Alleinerziehender

höher der Bevölkerungsanteil von Müttern bzw. Vätern ist, die ihr Kind ohne Partner bzw. Partnerin großziehen, desto geringer ist der Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = -0,10).

Kreisfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden mit einem hohen Wohnungsleerstand zählen ebenfalls nicht zu den Verwaltungsbezirken, in denen die GRÜNEN erfolgreich sind. Je größer der Anteil leer stehender Wohnungen ist, desto geringer fällt der Stimmenanteil der GRÜNEN aus (Beta = -0,12).

Positiver Zusammenhang zwischen durchschnittlichem Einkommen und GRÜNEN-Anteil

Auch die Einkommensstruktur der Bevölkerung beeinflusst das Abschneiden der GRÜNEN. Ist das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen in einem Verwaltungsbezirk relativ hoch, erreichen die GRÜNEN tendenziell bessere Wahlergebnisse (Beta = 0,10).

DIE LINKE erfolgreicher in Verwaltungsbezirken mit junger Bevölkerung

DIE LINKE erreicht zwischen vier und 10,9 Prozent

Die Partei DIE LINKE kam bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz lediglich 6,8 Prozent der gültigen Zweitstimmen. In den 139 analysierten Verwaltungsbezirken erzielte die Partei ihr bestes Ergebnis in der kreisfreien Stadt Trier. Dort erreichte sie einen Stimmenanteil von 10,9 Prozent. In Ulmen im Landkreis Cochem-Zell, der Verbandsgemeinde mit dem höchsten CDU-Stimmenanteil, schnitt die Linkspartei mit vier Prozent der Stimmen am schlechtesten ab.

DIE LINKE stärker in Verwaltungsbezirken mit relativ hohem Ledigenanteil

DIE LINKE ist – wie die GRÜNEN – besonders erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit einem hohen Anteil von Ledigen. Je höher der Anteil der Ledigen an der Bevölkerung ist, desto höher ist der Stimmenanteil der Linkspartei (Beta = 0,49).

In Verwaltungsbezirken, in denen relativ viele Erwerbspersonen selbstständig sind, erreicht DIE LINKE nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. Je höher der Anteil der Selbstständigen ist, desto geringer ist der Stimmenanteil, den die Partei erzielt (Beta = -0,41).

Die Konfession hat bei den meisten Parteien einen signifikanten Einfluss auf den Stimmenanteil, so auch bei der Linkspartei. Wie bei SPD, GRÜNEN und AfD ist der Stimmenanteil der Linkspartei umso höher, je höher der Protestantenanteil im Vergleich zum Katholikenanteil ist (Beta = -0,34).

Ein positiver Zusammenhang zeigt sich auch mit einigen demografischen Merkmalen. Bessere Ergebnisse erzielen DIE LINKEN in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Seniorenanteil (Anteil der 65-Jährigen und Älteren: Beta = 0,27), mit einem höheren Anteil an unter 18-Jährigen und einem höheren Frauenanteil (jeweils Beta = 0,17) sowie mit überdurchschnittlich zunehmendem Ausländeranteil (Beta = 0,22).

Weitere positive Effekte ergeben sich für den Wohnungsleerstand und den öffentlichen Schuldenstand. Die Partei DIE LINKE erzielt bessere Ergebnisse in Verwaltungsbezirken mit einer höheren Leerstandsquote (Beta = 0,16). Je höher eine kreisfreie Stadt, verbandsfreie Gemeinde oder Verbandsgemeinde verschuldet ist, desto eher erzielt die Partei DIE LINKE gute Ergebnisse (Beta = 0,13). Ein ähnlicher Effekt ist auch bei der SPD zu beobachten. Bei CDU und FDP dagegen hängt der Stimmenanteil negativ mit der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zusammen.

Für die SGB II-Quote, den Anteil an Personen ohne beruflichen Abschluss sowie den

Negativer Zusammenhang zwischen Selbständigenanteil und Stimmenanteil der Partei DIE LINKE

Auch DIE LINKE stärker in eher protestantisch geprägten Verwaltungsbezirken

Wohnungsleerstand mit positivem Einfluss auf Stimmenanteil der Partei DIE LINKE

Erwerbspersonenanteil von Arbeitern und Angestellten zeigt sich kein Zusammenhang mit dem Stimmenanteil der Partei DIE LINKE. Mit den im Modell berücksichtigten Einflussfaktoren können auf Ebene der 139 untersuchten Verwaltungsbezirke jedenfalls keine signifikanten statistischen Zusammenhänge beobachtet werden.

Fazit

Starke Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen und der Wahlbeteiligung bzw. den Parteistimmenanteilen

Die Höhe der Wahlbeteiligung und die Zweitstimmenanteile der Parteien variieren zwischen kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zum Teil erheblich. Eine Erklärung dafür können unterschiedliche soziale und ökonomische Strukturen sein.

Die Wahlbeteiligung zeigt den stärksten statistischen Zusammenhang zum Anteil von Sozialleistungsempfängern an der Bevölkerung. Das Wahlinteresse ist in Verwaltungsbezirken unterdurchschnittlich, in denen der Anteil von SGB II- bzw. Hartz IV-Bezieherinnen und -Beziehern überdurchschnittlich ist.

Die Stimmenanteile der beiden großen Volksparteien werden maßgeblich von der konfessionellen Struktur beeinflusst. In vorwiegend katholisch geprägten Gebieten fällt das Ergebnis für die CDU besser aus, wohingegen in protestantisch geprägten Gebieten der SPD-Stimmenanteil tendenziell höher ist.

Der Wahlerfolg der AfD hängt statistisch nicht mit dem Ausländeranteil zusammen. Vielmehr erweist sich der Familienstand der Bevölkerung als wichtigstes Kriterium für das Abschneiden der AfD. Die „Alternative für Deutschland“ ist besonders dort erfolgreich, wo der Anteil der Ledigen vergleichsweise gering ist. Dieses Merkmal hat auch den stärksten statistischen Einfluss auf das Ergebnis der GRÜNEN und der Partei DIE LINKE, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Wo der Ledigenanteil hoch ist, sind die GRÜNEN und DIE LINKEN tendenziell stark.

Der FDP-Stimmenanteil wird am stärksten durch den Anteil der Selbstständigen beeinflusst. In Gebieten, in denen ein höherer Anteil der Erwerbstätigen selbstständig ist, sind die Liberalen besonders erfolgreich.

Info

Die Statistische Analyse N° 42 „Bundestagswahl 2017 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“ steht im Internet unter www.statistik.rlp.de/wahlnachtanalyse-bw2017 zum kostenfreien Download zur Verfügung.

In der darin enthaltenen Aggregatdatenanalyse wurden Korrelationskoeffizienten für ausgewählte Strukturmerkmale und die Wahlbeteiligung bzw. Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien berechnet. Zusätzlich wurden in Kreuztabellen Abweichungen von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bzw. den durchschnittlichen Stimmenanteilen in Verwaltungsbezirken mit den höchsten bzw. niedrigsten Merkmalsausprägungen dargestellt.



Wahlbeteiligung und Wählerverhalten hängen nicht nur mit strukturellen Charakteristika der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zusammen, sondern auch mit individuellen Merkmalen der Stimmberechtigten. Detaillierte Analysen nach Alter und Geschlecht werden auf Basis der Repräsentativen Wahl-

statistik durchgeführt, deren Ergebnisse in der Januar-Ausgabe der Statistischen Monatshefte veröffentlicht wurden.

Dr. Annette Illy ist Referentin im Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2016

Annähernd ein Drittel der Empfängerinnen und Empfänger sind ältere Frauen

Von Sonja Lehmler

Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten im Dezember 2016 rund 43 400 Personen. Diese Sozialleistung steht Personen zu, die nicht bzw. nicht mehr erwerbsfähig sind und deren grundsätzlicher Bedarf nicht durch eigenes Vermögen oder Einkommen gedeckt werden kann. Bezieherinnen und Bezieher können sowohl Personen ab dem 18. Lebensjahr sein, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, als auch Seniorinnen und Senioren, die die Regelaltersgrenze erreicht haben. Die Grundsicherung soll den Rückgriff auf nahe Verwandte vermeiden, wenn das jährliche Gesamteinkommen von 100 000 Euro nicht überschritten wird. Ziel ist es, „verschämte (Alters-)Armut“ einzuschränken.

Sozialhilfe in Deutschland

In Deutschland haben Personen, die durch finanzielle Not ihren Lebensunterhalt nicht selbstständig bestreiten können oder die erforderliche Leistung nicht von anderen – insbesondere von Angehörigen oder Trägern anderer Sozialleistungen – erhalten, Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II bzw. Sozialhilfe nach SGB XII.

Erwerbsfähigkeit
entscheidend

Die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II bzw. von Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung nach SGB XII unterscheiden sich nach ihrer Erwerbsfähigkeit. Erwerbsfähige Personen sind berechtigt, Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch zu erhalten. Können Bedürftige unter den herrschenden Bedingungen des Arbeitsmarktes jedoch nicht mindestens drei Stunden täglich dem Erwerbsleben nachgehen und haben mindestens das 18. Lebensjahr erreicht, liegen

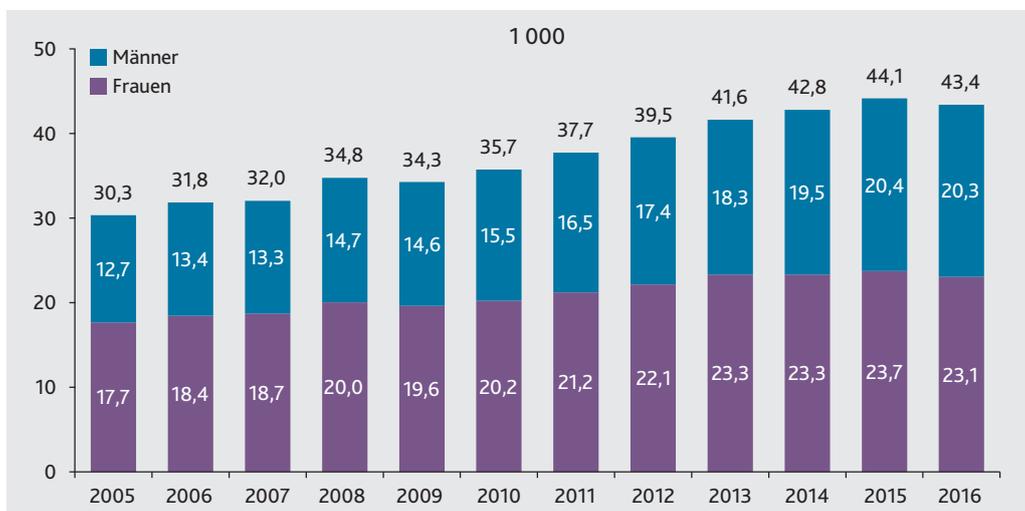
aber noch unter der Regelaltersgrenze, gelten sie als voll erwerbsgemindert und fallen somit – wie auch die bedürftigen Personen, die die Regelaltersgrenze erreicht haben – unter die Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch. Die verschiedenen Leistungsarten der Sozialhilfe sind in den Kapiteln 3 bis 9 SGB XII festgelegt.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde 2003 eingeführt und unterstützt neben dauerhaft voll Erwerbsgeminderten auch Menschen im Alter und dient somit der Bekämpfung von Altersarmut. Die zunächst unabhängige Sozialleistung wurde 2005 als Teil der Sozialhilfe in das SGB XII, Kapitel 4 eingebettet. Im Wesentlichen entspricht der Leistungsumfang dieser Hilfe dem der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des SGB XII. Ein Unterschied ergibt sich jedoch im Hinblick auf den Rückgriff auf Verwandte ersten Grades. Bei der Grundsicherung werden aufgrund einer hohen

Grundsicherung
als Teil der
Sozialhilfe

G 1

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2005–2016 nach Geschlecht



Freigrenze im Regelfall weder Kinder von Grundsicherung beziehenden Seniorinnen und Senioren noch Eltern erwerbsgeminderter Kinder für ihre bedürftigen Angehörigen in Anspruch genommen.

eine quartalsweise Erhebung. Im Zuge der Umstellung wurden auch neue Merkmale und Merkmalsausprägungen hinzugefügt. Die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten ist dennoch weitgehend gegeben.

Umstellung der Erhebung

Die statistische Datenerhebung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde bis einschließlich 2014 jährlich von den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Im Jahr 2015 wurde diese Vollerhebung mit Auskunftspflicht zum Statistischen Bundesamt verlagert. Anstatt einer Bestandserhebung zum 31. Dezember eines Jahres (bis 2014) erfolgt seitdem

Fast 43 400 Empfängerinnen und Empfänger in Rheinland-Pfalz

Im Dezember 2016 erhielten in Rheinland-Pfalz rund 43 400 Personen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und damit 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Eine Ursache für diesen Rückgang war eine Wohngeldreform. Durch die zum

Weniger Bezieherinnen und Bezieher wegen Wohngeldreform

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII ist Personen zu leisten, die die Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 SGB XII erreicht haben oder das 18. Lebensjahr vollendet haben und im Sinne des § 43 Absatz 2 SGB VI dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sofern sie ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus

eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere aus ihrem Einkommen und Vermögen, bestreiten können. Personen, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichen die Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Für Personen, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird die Altersgrenze sukzessive bis auf 67 Jahre angehoben.

1. Januar 2016 in Kraft getretene Reform erhielten einige frühere Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung nun vorrangig zu gewährende Wohngeldleistungen und – aufgrund dieser zusätzlichen Sozialleistung – keine Grundsicherung mehr.

Inanspruchnahme der Grundsicherung steigt langfristig

Zwischen 2005 und 2016 stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung annähernd kontinuierlich. Neben dem genannten Rückgang im Jahr 2016 ist lediglich für 2009 eine leichte Abnahme von rund 1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr festzuhalten, welche ebenfalls auf eine Wohngeldreform zurückzuführen ist. Durchschnittlich stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger zwischen 2005 und 2016 um fast vier Prozent jährlich, insgesamt um etwa 43 Prozent.

Rund die Hälfte der Bezieherinnen und Bezieher hat die Regelaltersgrenze erreicht

Unterteilt in dauerhaft Erwerbsgeminderte und Personen, welche die Regelaltersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII erreicht haben, sind in Rheinland-Pfalz beide Gruppen etwa gleich stark vertreten. Ende 2016 erhielten in Rheinland-Pfalz 21 300 voll Erwerbsgeminderte (49 Prozent) und 22 100 Seniorinnen und Senioren (51 Prozent) die Grundsicherung. Fast ein Fünftel aller Leistungsempfängerinnen und -empfänger war 2016 in stationären Einrichtungen – beispielsweise Alten- oder Pflegeheimen – untergebracht, die übrigen 81 Prozent lebten nicht in einer solchen Einrichtung. Unter den Personen, welche die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben, lebten fast 25 Prozent in stationären Einrichtungen, bei älteren Empfängerinnen und Empfängern sind es lediglich rund 14 Prozent.

Im Jahr 2016 bezogen in Rheinland-Pfalz 1,3 Prozent der Bevölkerung ab 18 Jahren Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Frauen beziehen häufiger Grundsicherung als Männer

Werden die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Geschlecht differenziert dargestellt, zeigt sich, dass 53 Prozent der Bedürftigen weiblich sind. Annähernd ein Drittel (31 Prozent) der gesamten Zahl der Empfängerinnen und Empfänger sind Frauen über der Regelaltersgrenze. Während Frauen häufiger die Grundsicherung im Alter beziehen, empfangen Männer aufgrund dauerhafter, vollumfänglicher Erwerbsminderung häufiger die Grundsicherung.

Fast ein Drittel der Empfängerinnen und Empfänger sind ältere Frauen

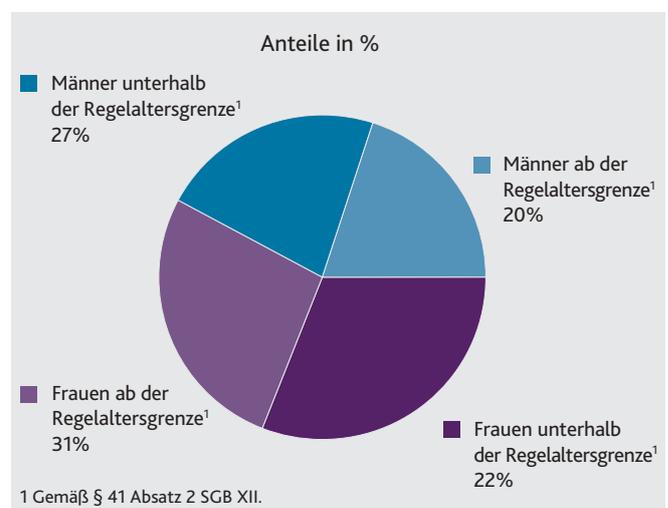
Die Differenz zwischen weiblichen und männlichen Beziehern unterhalb der Regelaltersgrenze betrug im Dezember 2016 rund 2 000 Personen. Annähernd 55 Prozent der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung bei Erwerbsminderung waren männlich.

Mehr Männer als Frauen beziehen Grundsicherung wegen Erwerbsminderung

Wie oben beschrieben ändert sich die Geschlechterverteilung im Alter. Von den knapp 22 100 Personen, welche Grundsicherung im Alter erhalten, sind 61 Prozent

G 2

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2016 nach Geschlecht



T 1

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2005–2016 nach Alter, Geschlecht und Herkunft

Merkmal	2005	2010	2015	2016			
	Insgesamt			Anteil	Veränderung zu		
	Anzahl				2005	2015	
				%			
Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung insgesamt	30 325	35 719	44 134	43 394	100	43,1	-1,7
Frauen	17 659	20 223	23 724	23 057	53,1	30,6	-2,8
Männer	12 666	15 496	20 410	20 337	46,9	60,6	-0,4
Empfänger/-innen von Grundsicherung bei dauerhaft voller Erwerbsminderung	14 458	17 342	21 439	21 277	100	47,2	-0,8
Frauen	6 678	7 962	9 684	9 615	45,2	44,0	-0,7
Männer	7 780	9 380	11 755	11 662	54,8	49,9	-0,8
Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter	15 867	18 377	22 695	22 117	100	39,4	-2,5
Frauen	10 981	12 261	14 040	13 442	60,8	22,4	-4,3
Männer	4 886	6 116	8 652	8 675	39,2	77,5	0,3
Deutsche Empfänger/-innen	27 167	31 476	38 453	37 466	100	37,9	-2,6
dauerhaft voll Erwerbsgeminderte	13 712	16 178	19 874	19 626	52,4	43,1	-1,2
Ältere ab der Regelaltersgrenze	13 455	15 298	18 579	17 840	47,6	32,6	-4,0
Ausländische Empfänger/-innen	3 158	4 243	5 681	5 928	100	87,7	4,3
dauerhaft voll Erwerbsgeminderte	746	1 164	1 565	1 651	27,9	121,3	5,5
Ältere ab der Regelaltersgrenze	2 412	3 079	4 116	4 277	72,1	77,3	3,9

Frauen. Da Frauen in dieser Generation aufgrund von Schwangerschaft, Kindererziehung und Haushaltsführung öfter ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder (vorübergehend) aufgeben als Männer, fällt der Rentenanspruch häufig geringer aus.

Ausländische Empfängerinnen und Empfänger erhalten in erster Linie Grundsicherung im Alter

Fast drei Viertel der ausländischen Empfängerinnen und Empfänger haben die Altersgrenze erreicht

Unter den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherung waren Ende 2016 rund 14 Prozent ausländische Bürgerinnen und Bürger. Im Vergleich hierzu lag der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ab der Volljährigkeit bei zehn Prozent. Im Dezember 2016 bezog die überwiegende Mehrheit der ausländischen Empfängerinnen und Empfänger (72 Prozent) Grundsicherung im Alter, die übrigen 28 Prozent erhielten demnach Grundsicherung wegen Erwerbsminderung.

Mehr als drei Viertel der Empfängerinnen und Empfänger mit angerechnetem Einkommen

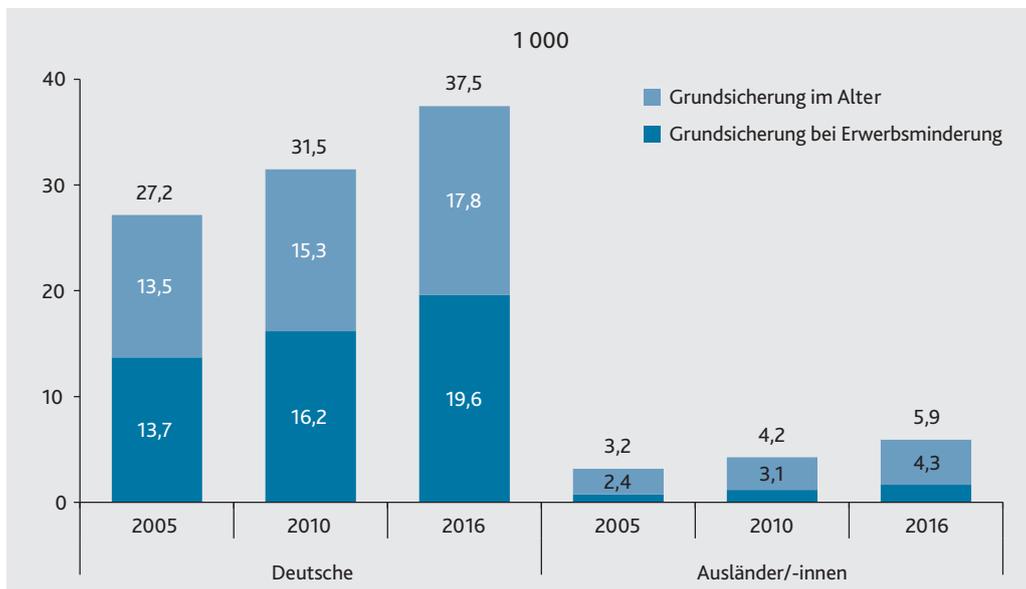
Im Dezember 2016 lag der durchschnittliche Bruttobedarf aller Empfängerinnen und Empfänger bei 745 Euro, für Leistungsberechtigte ab der Altersgrenze mit 757 Euro leicht über dem der dauerhaft voll Erwerbsgeminderten mit 733 Euro. Mehr als drei Viertel der Leistungsbezieherinnen und -bezieher verfügten über Einkommen oder Vermögen, welches bei der Berechnung ihres persönlichen Bedarfs angerechnet wurde (33 200 Personen bzw. 77 Prozent). Das durchschnittliche angerechnete Einkommen belief sich Ende 2016 auf 367 Euro (bezogen auf Leistungsberechtigte mit angerechneten Einkommen) bzw. 281 Euro (bezogen auf alle Leistungsberechtigte).

Durchschnittlicher Bruttobedarf: 745 Euro

Hieraus ergibt sich ein durchschnittlicher Nettobedarf von 464 Euro; wobei Emp-

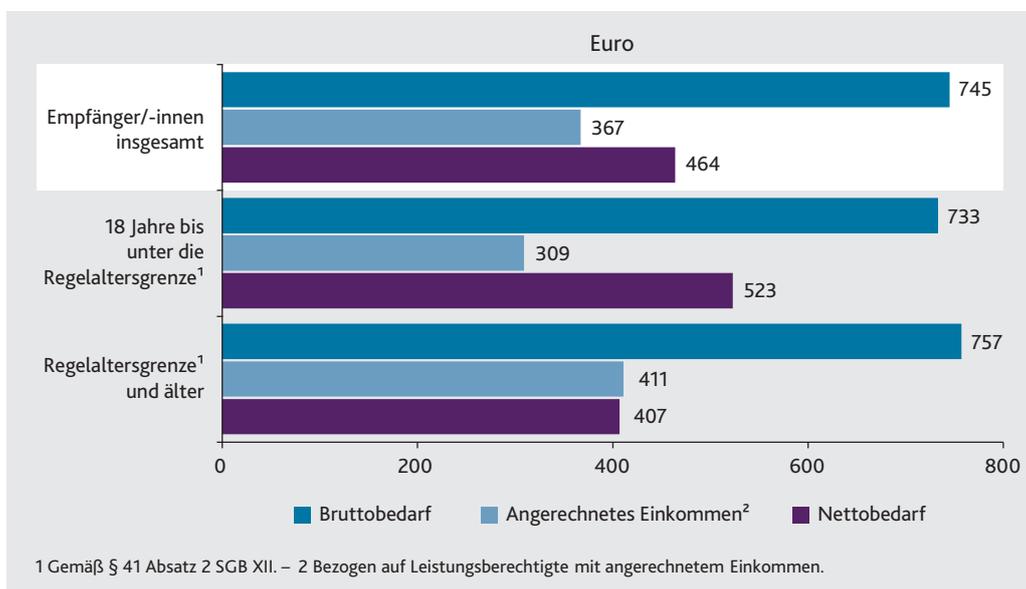
G 3

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2005–2016 nach Staatsangehörigkeit



G 4

Durchschnittliche Bedarfe der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Dezember 2016



fängerinnen und Empfänger unterhalb der Altersgrenze mit 523 Euro im Schnitt einen deutlich höheren Nettobedarf hatten als die Leistungsberechtigten, die die Altersgrenze bereits erreicht hatten (407 Euro).

Regionale Unterschiede besonders im Alter ausgeprägt

Innerhalb des Bundeslandes Rheinland-Pfalz zeigt sich, dass in kreisfreien Städten – relativ betrachtet – häufiger Grundsicherung bezo-

Große regionale Unterschiede

T 2

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Dezember 2016 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt	Empfänger/-innen					
	Insgesamt	je 1 000 Einwohner/-innen ab 18 Jahren	voll erwerbsgemindert unter der Regelaltersgrenze		Regelaltersgrenze und älter	
			zusammen	je 1 000 Einwohner/-innen im Alter ab 18 Jahren bis unter der Regelaltersgrenze	zusammen	je 1 000 Einwohner/-innen ab der Regelaltersgrenze
Anzahl						
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	537	13,3	204	6,9	333	31,1
Kaiserslautern	2 078	24,4	832	12,7	1 246	64,0
Koblenz	2 013	20,7	678	9,3	1 335	56,0
Landau i. d. Pfalz	469	12,0	248	8,1	221	25,8
Ludwigshafen a. Rh.	2 746	20,1	1 273	12,1	1 473	46,9
Mainz	2 813	15,4	1 192	8,2	1 621	44,3
Neustadt a. d. Weinstr.	570	12,7	307	9,4	263	21,3
Pirmasens	786	22,9	419	17,2	367	36,6
Speyer	690	16,3	309	9,8	381	35,2
Trier	1 969	20,9	846	11,2	1 123	59,3
Worms	1 249	18,3	574	11,0	675	41,5
Zweibrücken	561	19,3	316	14,7	245	32,2
Landkreise						
Ahrweiler	1 111	10,2	504	6,4	607	20,1
Altenkirchen (Ww.)	1 315	12,2	756	9,4	559	20,5
Alzey-Worms	1 090	10,3	563	6,8	527	22,1
Bad Dürkheim	1 021	9,1	555	6,8	466	15,3
Bad Kreuznach	1 726	13,1	809	8,3	917	26,3
Bernkastel-Wittlich	1 120	11,9	539	7,7	581	24,1
Birkenfeld	1 070	15,6	587	11,8	483	25,7
Cochem-Zell	547	10,4	262	6,9	285	19,9
Donnersbergkreis	738	11,8	428	9,0	310	20,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	849	10,4	479	7,7	370	19,2
Germersheim	1 048	9,8	511	6,2	537	22,5
Kaiserslautern	785	9,0	417	6,3	368	17,0
Kusel	587	9,8	350	7,9	237	14,9
Mainz-Bingen	1 617	9,3	837	6,3	780	19,2
Mayen-Koblenz	2 405	13,5	1 267	9,5	1 138	25,8
Neuwied	2 257	15,0	999	8,9	1 258	32,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	801	9,3	411	6,4	390	17,7
Rhein-Lahn-Kreis	1 398	13,5	787	10,4	611	22,3
Rhein-Pfalz-Kreis	841	6,6	465	4,9	376	11,3
Südliche Weinstraße	760	8,1	405	5,8	355	14,7
Südwestpfalz	688	8,4	456	7,6	232	10,3
Trier-Saarburg	1 003	8,2	505	5,4	498	17,4
Vulkaneifel	601	11,7	295	7,9	306	21,9
Westerwaldkreis	1 508	9,0	883	7,0	625	15,5
Rheinland-Pfalz ¹	43 394	12,7	21 277	8,3	22 117	26,3
kreisfreie Städte	16 481	18,4	7 198	10,5	9 283	44,9
Landkreise	26 886	10,7	14 070	7,5	12 816	20,2

¹ Einschließlich Empfänger/-innen, die vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung gemeldet und nicht einzelnen kreisfreien Städten bzw. Landkreisen zugeordnet werden können.

Brutto- und Nettobedarf

Der Bruttobedarf umfasst neben einem bestimmten Betrag (Regelbedarf), welcher in Anlage zu § 28 SGB XII festgelegt ist, Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, Mehrbedarfe (beispielsweise bei Schwangerschaften oder Schwerbehinderung), Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie Beiträge für die Vorsorge.

Von diesem Bruttobedarf wird das angerechnete Einkommen abgezogen, um den

Nettobedarf und somit den tatsächlich auszahlenden Betrag zu erhalten.

Zum angerechneten Einkommen zählen sämtliche bei den Leistungsberechtigten vorkommenden Einkommensarten, die den Anspruch des Leistungsberechtigten tatsächlich mindern. Dabei werden die vom Einkommen abzusetzenden Freibeträge gemäß § 82 SGB XII von den einzelnen Einkommen abgezogen.

gen wird als in den Landkreisen. Im Jahr 2016 lag die Quote der Bezieherinnen und Bezieher in den kreisfreien Städten bei 1,8 Prozent, in den Landkreisen bei 1,1 Prozent. Die höchsten Quoten hatten unter den kreisfreien Städten Kaiserslautern (2,4 Prozent) und Pirmasens (2,3 Prozent) zu verzeichnen, bei den Landkreisen erreichten Birkenfeld (1,6 Prozent) und Neuwied (1,5 Prozent) die höchsten Werte.

Werden nur die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter betrachtet, fallen die regionalen Unterschiede noch größer aus. In den kreisfreien Städten kamen

im Mittel auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner, die die Regelaltersgrenze erreicht oder überschritten hatten, 4,5 Bezieherinnen bzw. Bezieher von Grundsicherung im Alter. Bei den Landkreisen lag die durchschnittliche Quote bei zwei. Die höchsten Werte wurden unter den kreisfreien Städten in Kaiserslautern (6,4) und Trier (5,9) bzw. bei den Landkreisen in Neuwied (3,2) registriert.

Sonja Lehmler absolvierte ein Praktikum beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2016

Ein Vergleich der Lebenssituation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Von Dr. Christina Hasenbusch

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2016 wiesen 22,6 Prozent der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz einen Migrationshintergrund vor. Das sind rund 920 000 Menschen. Die meisten von ihnen (69 Prozent) haben aufgrund ihrer Zuwanderung eine eigene Migrationserfahrung. Diese fehlt den Nachkommen der Zugewanderten, bei denen ebenfalls ein Migrationshintergrund besteht. Die Mehrheit (57 Prozent) der Menschen mit Migrationshintergrund sind deutsche Staatsangehörige. Diejenigen mit Migrationshintergrund, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, kommen überwiegend aus der Türkei, gefolgt von Polen und Italien. Ein Vergleich der Lebenssituation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zeigt, dass erstere u. a. häufiger in Familien leben, häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen sind (insbesondere bei der Gruppe der Akademikerinnen und Akademiker) und häufiger armutsgefährdet sind.

Mikrozensus liefert vielschichtige Daten zur Lebenssituation

Der Mikrozensus ist eine jährliche repräsentative Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik. Das umfangreiche Fragenprogramm des Mikrozensus liefert vielschichtige Informationen zur sozialen und wirtschaftlichen Lebenssituation der Bevölkerung, u. a. zu Lebensformen, Bildung, Erwerbsbeteiligung, Lebensunterhalt und Einkommen.

Im Fokus dieses Beitrags steht die Lebenssituation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Dabei werden folgende Fragen beleuchtet: Wer sind die Menschen mit Migrationshintergrund und welche Besonderheiten prägen ihre soziale und wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund.

Im Mikrozensus haben Personen einen Migrationshintergrund, wenn sie oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen. Demnach umfasst die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowohl Personen mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte), als auch Personen ohne eigene Migrationserfahrung, also die Nachkommen von Zugewanderten.

Unterschiedliche Migrationsanteile in den alten und neuen Bundesländern

Im Jahr 2016 hatten 22,6 Prozent, also rund 920 000 Personen, der knapp über vier Millionen Menschen in rheinland-pfälzischen Privathaushalten einen Migrationshintergrund. Rund jede bzw. jeder Vierte zählte zu diesem Personenkreis.

Einen Migrationshintergrund haben im Mikrozensus Personen mit und ohne eigene Migrationserfahrung

Jede bzw. jeder Vierte hat einen Migrationshintergrund

Der Mikrozensus

Ziel der Statistik

Der Mikrozensus ist eine jährliche repräsentative Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik in Deutschland und Europa. Seit 1991 liefert der Mikrozensus Ergebnisse zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung im wiedervereinigten Deutschland (in den alten Bundesländern bereits seit 1957). Das Kernprogramm des Mikrozensus erfasst vielschichtige soziodemografische und erwerbsstatistische Merkmale, beispielsweise zu der Bevölkerungsstruktur, Familien- und Lebensformen, Schul- und Berufsbildung, Einkommen sowie Erwerbsbeteiligung. Jährlich wechselnde Zusatzprogramme erfassen Merkmale zu Gesundheit, Wohnsituation, dem Krankenversicherungsschutz sowie dem Pendlerverhalten der Bevölkerung. In den Mikrozensus ist auch die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union (EU Labour Force Survey) integriert. Das umfangreiche Informationsspektrum macht den Mikrozensus zu einer wichtigen Datenquelle für Politik, Wissenschaft und die breite Öffentlichkeit.

Erhebungsumfang

Im Mikrozensus werden jährlich etwa ein Prozent der Bevölkerung als zufällig ausgewählte Stichprobe befragt. In Rheinland-Pfalz sind das rund 42 000 Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften. Die Befragungsergebnisse werden auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet.

Vergleichbarkeit

Die zeitliche Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse ist aufgrund der folgenden methodischen Änderungen ab den Berichtsjahren 2005, 2013 und 2016 zu den jeweiligen Vorjahren eingeschränkt:

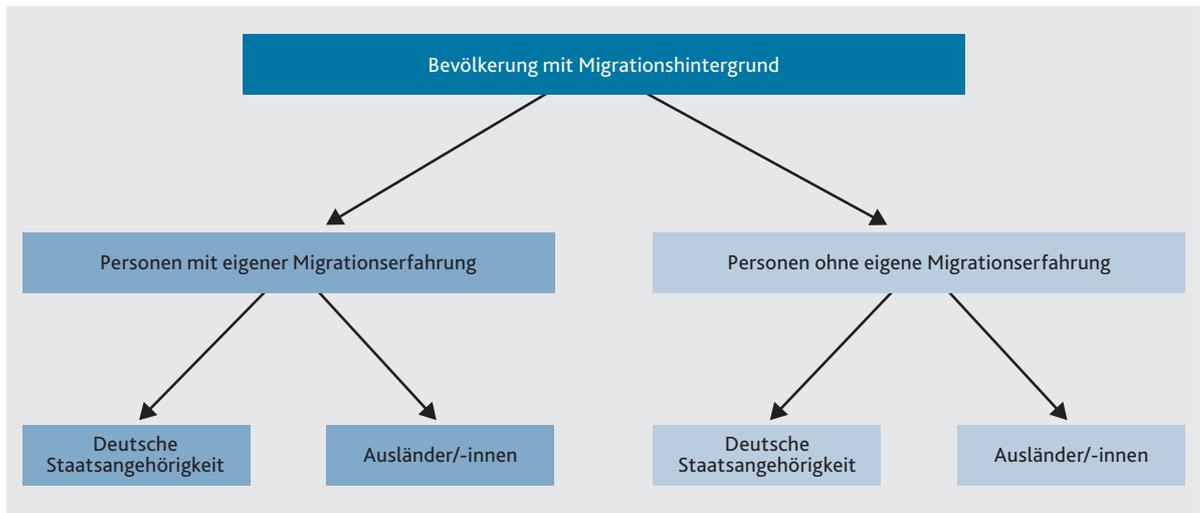
- Unterjährige Erhebung ab dem Berichtsjahr 2005: Seit dem Mikrozensus 2005 beziehen sich die Befragungen der Bevölkerung auf unterschiedliche (kontinuierlich gleitende) Wochen im jeweiligen Berichtsjahr; bis 2004 dagegen auf eine feste Woche.
- Hochrechnung auf Basis des Zensus 2011 ab dem Berichtsjahr 2013: Seit dem Mikrozensus 2013 werden die Stichprobenergebnisse mit Hilfe der fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011 auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet; bis 2012 dagegen mit Hilfe der Fortschreibungen der Volkszählung 1987 (für die alten Bundesländer) und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (für die neuen Bundesländer).
- Stichprobe auf Basis des Zensus 2011 ab dem Berichtsjahr 2016: Seit dem Mikrozensus 2016 basiert die Auswahl der Stichprobe auf den fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011; bis 2015 dagegen auf den Fortschreibungen der Volkszählung 1987 und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (respektive für die alten und neuen Bundesländer).

Migrationsanteil nahe beim Bundesdurchschnitt

Der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz glich 2016 etwa dem Bundesdurchschnitt (22,5 Prozent). Bremen und Hessen wiesen mit 30,4 bzw. 30,2 Prozent die höchsten

Anteile auf. Thüringen hatte mit sechs Prozent den niedrigsten Anteil.

In Deutschland unterscheidet sich der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund stark zwischen den alten und



Unterdurchschnittlicher Migrationsanteil in den neuen Bundesländern

neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern (einschließlich Berlin) lag der durchschnittliche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund 2016 bei 26 Prozent; in den neuen Bundesländern bei 6,4 Prozent. Ein möglicher Grund für die geringeren Anteile in den neuen Bundesländern ist die geringere Ausgangszahl von zugezogenen Ausländerinnen und Ausländern in die ehemalige DDR.

Nach der deutschen Wiedervereinigung änderte sich dies nicht, da nur relativ wenige Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Bundesländern sesshaft wurden. So erhöhte sich der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern zwischen 2011 und 2016 lediglich um 2,4 Prozentpunkte; in den alten Bundesländern um 4,2 Prozentpunkte.

Türkei, Polen und Italien sind die wichtigsten Herkunftsländer

Im Jahr 2016 hatten von den rund 920 000 Menschen mit Migrationshintergrund in Rhein-

land-Pfalz rund 522 400 die deutsche Staatsangehörigkeit (57 Prozent).

Die wichtigsten Herkunftsländer der rund 397 600 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit waren die Türkei (rund 15 Prozent), Polen (9,1 Prozent), Italien (7,6 Prozent), Syrien (6,5 Prozent) und Rumänien (6,1 Prozent).

Große Zuwanderung in den 90er-Jahren

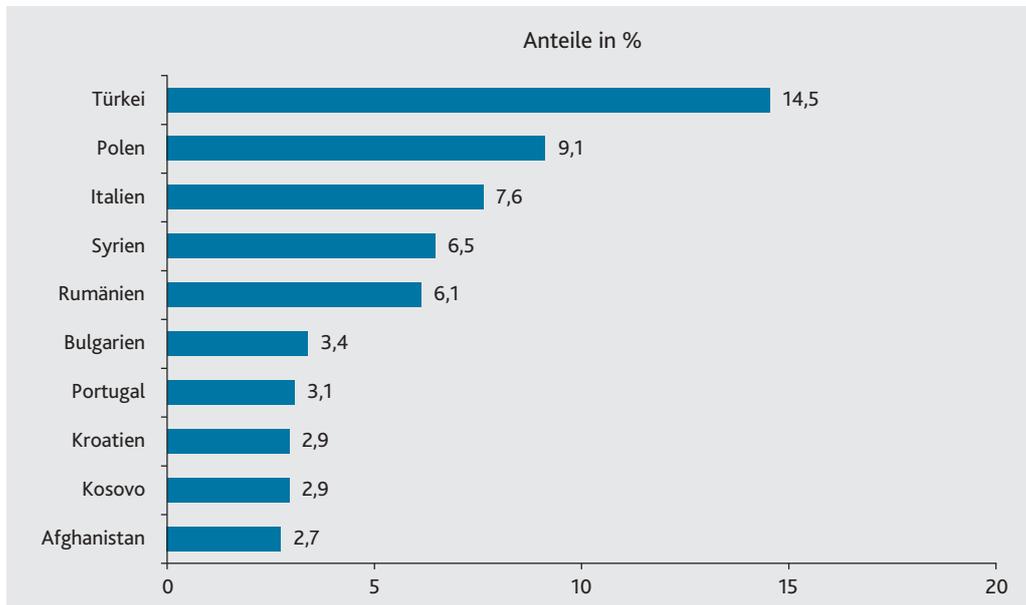
Von den Menschen mit Migrationshintergrund hatten 69 Prozent eine eigene Migrationserfahrung. Somit lebten 2016 in Rheinland-Pfalz rund 630 400 Menschen, die in der Vergangenheit selbst aus dem Ausland nach Deutschland zugewandert waren.

Das Jahrzehnt mit den meisten Zuwanderungen seit 1950 waren die 90er-Jahre. In dieser Zeit wanderten 31 Prozent der 2016 in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen mit eigener Migrationserfahrung nach Deutschland zu. Dieser Anteil reduzierte sich in den 2000er-Jahren auf 17 Prozent. Zwischen 2010 und 2016 erhöhte sich der Anteil bereits auf 26 Prozent.

Großteil der Menschen mit Migrationshintergrund sind Zugewanderte

G 1

Die wichtigsten Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2016



Menschen mit Migrationshintergrund leben überwiegend in Familien

Die Familie ist die häufigste Lebensform der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund. Im Jahr 2016 lebten 67 Prozent in einer Familie. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren es lediglich 46 Prozent.¹

Die Familie umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften. Das sind Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt.²

Familien mit zwei und mehr Kindern sind bei Menschen mit Migrationshintergrund

häufiger vertreten als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2016 lebten 28 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in einer Familie mit zwei Kindern, 17 Prozent in einer Familie mit drei und mehr Kindern. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren es 19 bzw. 5,8 Prozent.

Ehepaare mit Kindern waren die überwiegende Familienform: 56 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund lebten 2016 in dieser Familienform. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren es 35 Prozent.

Insbesondere Akademikerinnen und Akademiker mit Migrationshintergrund sind seltener erwerbstätig

Von den gut vier Millionen Menschen, die 2016 in Rheinland-Pfalz wohnten, zählten 2,13 Millionen – also etwas mehr als die Hälfte – zu den Erwerbspersonen. Davon waren nach den

45 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund leben in einer Familie mit zwei und mehr Kindern

¹ Die Ergebnisse zu Familien beziehen sich auf die Bevölkerung in Familien/Lebensformen, welche Teil der verschiedenen Bevölkerungskonzepte des Mikrozensus ist. Im Jahr 2016 zählten zu dieser Bevölkerungsgruppe knapp 4 023 500 Menschen.

² Kinder umfassen im Mikrozensus leibliche Kinder, Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung.

Ergebnissen des Mikrozensus rund 2,06 Millionen erwerbstätig und rund 76 800 erwerbslos. Im Mikrozensus wird die Erwerbsbeteiligung nach dem sogenannten Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) erfasst (siehe Textkasten).

Überdurchschnittlich hoher Erwerbslosenanteil bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Beteiligung am Erwerbsleben unterscheidet sich stark zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Menschen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren waren 2016 häufiger erwerbslos als Menschen ohne Migrationshintergrund gleichen Alters. Sechs Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund, die dem Arbeitsmarkt als Erwerbspersonen zur Verfügung standen (Erwerbstätige und Erwerbslose), haben eine Tätigkeit gesucht, aber keine gefunden. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren es 3,1 Prozent.³

³ Die Erwerbslosenquote prozentuiert an allen Personen zwischen 15 und unter 65 Jahren betrug für Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund 4,2 bzw. 2,4 Prozent.

Auch der Anteil der Nichterwerbspersonen war bei den 15- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund deutlich höher (30 Prozent) als bei der Bevölkerung gleichen Alters, die keinen Migrationshintergrund hat (21 Prozent).

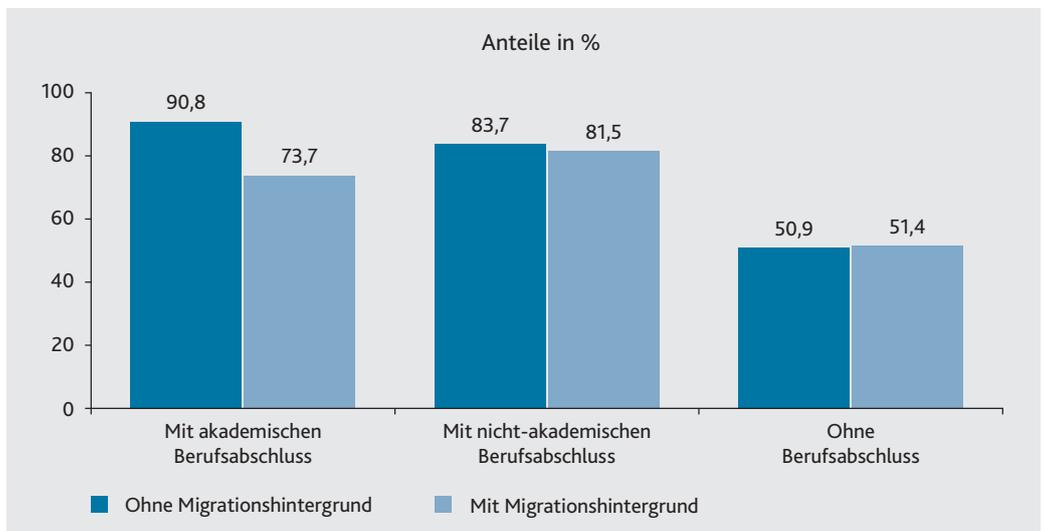
Die Erwerbstätigenquote der Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren lag 2016 deutlich niedriger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund gleichen Alters (65 bzw. 77 Prozent).

Der Zugang zur Erwerbstätigkeit scheint insbesondere für diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund erschwert, die einen akademischen Berufsabschluss vorweisen können.⁴ Bei der Gruppe der Personen mit akademischem Berufsabschluss lag die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 74 Prozent weit unter dem entsprechenden Wert der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (91 Prozent).

Deutliche Unterschiede bei den Erwerbstätigenquoten von Akademikerinnen und Akademikern

⁴ Diplom, Bachelor, Master, Promotion.

G 2 Erwerbstätigenquote der Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahre 2016 nach Migrationshintergrund und beruflichem Bildungsabschluss



Erfassung der Erwerbsbeteiligung nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

Nach dem im Mikrozensus und der darin integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Labour Force Survey – LFS) angewandten Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation – ILO) gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldatinnen und Soldaten) oder selbstständig sind oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Darüber hinaus gelten auch Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. (Sonder-)Urlaub hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Eine Person, die sich im (Sonder-)Urlaub, in Elternzeit oder im Erziehungsurlaub befindet, der länger als drei Monate dauert, wird nur dann den Erwerbstätigen zugeordnet, wenn die Person in dieser Zeit Lohn, Gehalt oder eine soziale Unterstützung von mindestens der Hälfte des vorherigen Gehalts oder Lohns bezieht. Auch unbezahlt mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen Wehrdienst und Personen im Bundesfreiwilligendienst (auch Soziales Jahr) werden als Erwerbstätige erfasst.

Erwerbslose

Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und innerhalb von zwei Wochen für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Bei zeitlichen Vergleichen ist zu beachten, dass das Verfügbarkeitskriterium erst ab dem Mikrozensus 2005 angewendet wird.

Nichterwerbspersonen

Nach der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation – ILO) stellen Nichterwerbspersonen neben den Erwerbspersonen den Rest der Bevölkerung dar, sind also nicht erwerbstätig oder erwerbslos. Nichterwerbspersonen werden aber im Mikrozensus untergliedert in arbeitssuchende sowie nicht aktive Nichterwerbspersonen.

- Arbeitssuchende Nichterwerbspersonen sind Personen, die eine Arbeit suchen, jedoch nicht innerhalb der letzten vier Wochen aktiv nach einer Arbeit gesucht haben, nicht innerhalb der nächsten zwei Wochen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen oder die die Arbeitsuche erfolgreich abgeschlossen haben, die Tätigkeit aber erst nach mehr als drei Monaten aufnehmen.
- Nicht aktive Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine Erwerbstätigkeit suchen, jünger als 15 Jahre oder 75 Jahre oder älter sind.

Bei den Personen mit nicht-akademischem Berufsabschluss oder ohne beruflichen Abschluss gab es dagegen nur geringe Unter-

schiede zwischen den Erwerbstätigenquoten der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.

T 1

Bevölkerung¹ 2016 nach überwiegendem Lebensunterhalt und Migrationshintergrund

Überwiegender Lebensunterhalt	Bevölkerung insgesamt				Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahre			
	Ohne Migrationshintergrund		Mit Migrationshintergrund		Ohne Migrationshintergrund		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufstätigkeit	1 464 239	46,6	375 106	40,8	1 446 829	70,5	372 613	59,1
Rente, Pension	783 050	24,9	90 743	9,9	120 294	5,9	18 497	2,9
Unterstützung durch Angehörige	722 745	23,0	335 294	36,4	335 303	16,3	140 532	22,3
Arbeitslosengeld (ALG I/II)	77 073	2,5	52 078	5,7	74 452	3,6	48 261	7,7
Sonstige staatliche Unterstützung	66 289	2,1	63 380	6,9	56 268	2,7	48 177	7,6
Vermögen, Vermietung, Zinsen	30 622	1,0	/	/	18 477	0,9	/	/
Insgesamt	3 144 018	100	920 014	100	2 051 622	100	630 737	100

¹ Bevölkerung am Hauptwohnsitz.

Eigene Erwerbstätigkeit ist die bedeutendste Quelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts

Die eigene Erwerbstätigkeit war 2016 die wichtigste Quelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts – sowohl für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2016 finanzierten 41 bzw. 47 Prozent ihren Lebensunterhalt überwiegend durch die eigene Berufstätigkeit.

Die zweitwichtigste Quelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts bestand bei Menschen mit Migrationshintergrund in der Unterstützung durch Angehörige (36 Prozent); für Menschen ohne Migrationshintergrund in den Renten- bzw. Pensionsleistungen (25 Prozent).

Die relativ hohe Bedeutung der Rente zur Unterhaltssicherung für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund kann allerdings auch das vergleichsweise hohe Durchschnittsalter dieser Bevölkerungsgruppe widerspiegeln. So betrug 2016 das Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 47 Jahre, bei den Menschen mit Migrationshintergrund waren es 35 Jahre. Auch der Anteil der 65-Jährigen und Älteren war bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 24 Prozent deutlich höher als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (9,4 Prozent).

Begrenzt man die Betrachtung auf Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), finanzierten 2016 nur noch 5,9 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Rente. Damit liegt die Rente aber immer noch auf Platz drei der wichtigsten Quellen des Lebensunterhalts, hinter der eigenen Berufstätigkeit und der Unterstützung durch Angehörige.

Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter belegt die Rente mit 2,9 Prozent nur Platz 6. Dagegen kommen Arbeitslosengeld und andere staatliche Unterstützungsleistungen zusammen auf 15,3 Prozent.

Menschen mit Migrationshintergrund sind in niedrigeren Einkommensklassen überrepräsentiert

Starke Unterschiede in den Lebensbedingungen der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund existieren auch bei der Höhe des persönlichen monatlichen Nettoeinkommens. Im Mikrozensus umfasst das persönliche monatliche Nettoeinkommen die Summe aller Einkunftsarten – ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.⁵

⁵ Die Angaben beruhen auf einer Selbsteinstufung der Befragten in vorgegebene Einkommensklassen. Bei selbstständigen Landwirten wird das Nettoeinkommen nicht erfragt.

Unterschiedliche Bedeutung von Rente bzw. Pension bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Menschen mit Migrationshintergrund sind, im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil von 22,6 Prozent, in den unteren Einkommensklassen von unter 500 Euro bzw. 500 bis 900 Euro mit 28 bzw. 25 Prozent überrepräsentiert.

In höheren Einkommensklassen nehmen die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund stetig ab. Schon in den Einkommensklassen ab 900 Euro ist dieser Personenkreis im Vergleich zu seinem Bevölkerungsanteil unterrepräsentiert. So beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Einkommensklasse von 900 bis 1 300 Euro rund 21 Prozent und sinkt stetig bis auf 9,3 Prozent in der Klasse von 3 200 und mehr Euro.

Hohe Armutsgefährdung bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Menschen mit Migrationshintergrund weisen häufig auch ein höheres Armutsrisiko auf.⁶ Die Armutsgefährdungsquote liegt

6 Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt.

mit 28 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund (zwölf Prozent). Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung betrug 16 Prozent.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund waren deutlich häufiger armutsgefährdet als Erwerbstätige ohne diesen Hintergrund. Die Armutsgefährdungsquote von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund war 2016 mit 16 Prozent deutlich höher als bei den übrigen Erwerbstätigen mit 6,1 Prozent.

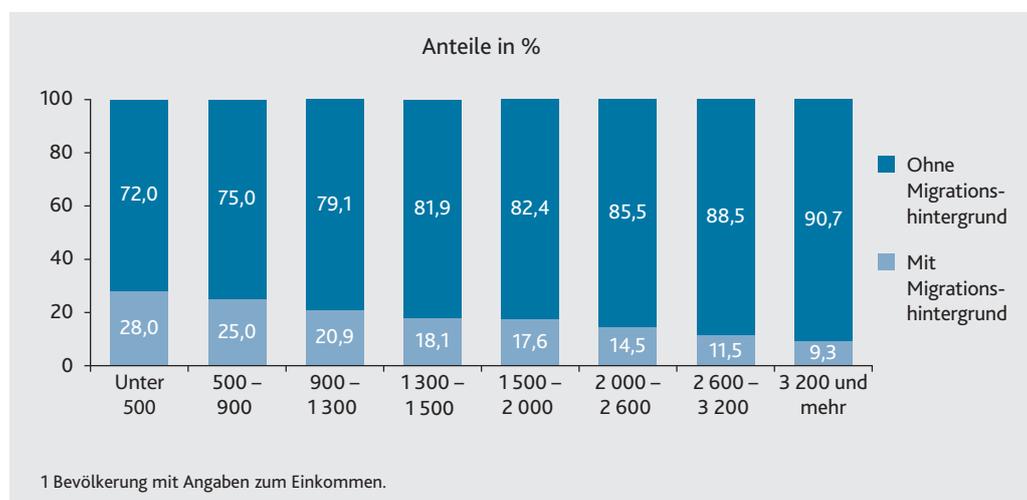
Von den Nichterwerbspersonen mit Migrationshintergrund galt 2016 sogar etwa jede bzw. jeder Dritte als armutsgefährdet (38 Prozent). Von den Nichterwerbspersonen ohne Migrationshintergrund traf dies hingegen nur auf jede bzw. jeden Sechsten zu (17 Prozent).

Besonders armutsgefährdet waren Erwerbslose, unabhängig davon, ob es sich um Erwerbslose mit oder ohne Migrationshintergrund handelt. Hier betrug die Armutsgefährdung für die Gesamtbevölkerung 56 Prozent.

Auch Erwerbstätige mit Migrationshintergrund sind relativ häufig armutsgefährdet

G 3

Bevölkerung¹ mit und ohne Migrationshintergrund 2016 nach persönlichem monatlichem Nettoeinkommen



Fazit

Die Lebenssituation der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheidet sich in vielen Bereichen. So scheint der Zugang zur Erwerbstätigkeit für Menschen mit Migrationshintergrund erschwert, insbesondere für Akademikerinnen und Akademiker. Dennoch ist die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Quelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts – sowohl für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Betrachtung des persönlichen monatlichen Nettoeinkommens zeigt jedoch, dass Menschen mit Migrationshintergrund in den

unteren Einkommensklassen über- und in den höheren Einkommensklassen unterrepräsentiert sind. Dies wirkt sich vermutlich auch auf die Armutsgefährdung aus. Die Armutsgefährdungsquote ist für Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher als für die übrige Bevölkerung – selbst dann, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Dr. Christina Hasenbusch leitete das Referat „Auswertungen, Analysen“ in der Abteilung „Bevölkerung, Gesellschaft, Recht, Verwaltung“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in a dark font on a light-colored background. The values are arranged in a grid-like pattern, with some numbers appearing to be part of a larger dataset. The numbers are: 20, 752, 6 058, 134 628, 157 811, 113 466, 87 007, 65 282, 78 320, 95 409, 129 151, 134 121, 126 824, 134 545, 157 827, 113 035, 84 980, 64 829, 78 146, 94 429, 125 677, 130 953, 128 093, 133 450, 157 284, 111 776, 80 756, 63 568, 77 648, 92 396, 125 873, 103 80, 127 842, 128 432, 110 138, 77 082, 61, 69.

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ^{1,2}	4 059 ^{1,2}	4 067	4 068	4 069
darunter Ausländer ³	1 000	383 ^{1,2}	397 ^{1,2}	407	410	412

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 695	1 768	2 439	1 663	1 065
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 912	3 126	3 354	3 191	2 836
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,7	9,2	10,0	9,2	8,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 898	3 819	3 418	3 884	3 693
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,3	10,2	11,2	11,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10	11	7	8	6
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,5	3,4	2,1	2,5	2,1
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-986	-693	-64	-693	-857
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,9	-2,1	-0,2	-2,0	-2,6

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	14 039	13 487	14 212	14 731	10 429
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	8 106	7 137	7 094	6 478	5 080
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 695	11 595	12 449	12 330	9 397
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 637	5 399	4 625	3 947	4 195
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	4 344	1 892	1 763	2 401	1 032
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	15 659	16 131	14 990	15 379	13 774

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2014	2015	2016			2017			
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 322	1 345	1 353	1 354	1 365	1 388	1 377	1 379	1 389
* Frauen	1 000	611	626	634	634	637	648	646	646	648

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1,2,3}

	Einheit	2014	2015		2016			2017		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Ausländer/-innen	1 000	106	117	117	121	128	131	127	134	141
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	353	373	378	380	386	390	391	394	400
* darunter Frauen	1 000	295	309	313	314	318	321	323	324	328
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	11	12	13	14	11	13	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	422	423	422	424	431	426	427	430
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	285	294	296	295	299	304	302	301	304
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	206	213	213	213	216	219	217	218	221
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	396	403	411	412	413	420	421	420	420

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose	Anzahl	111 436	106 299	118 496	117 804	112 775	98 716	107 665	107 534	103 267
* Frauen	Anzahl	50 458	48 166	51 655	51 175	49 825	44 881	47 702	47 286	46 098
* Männer	Anzahl	60 978	58 132	66 840	66 628	62 949	53 835	59 963	60 248	57 168
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 185	42 178	49 954	49 845	45 623	38 960	46 087	46 045	42 787
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 250	64 121	68 542	67 959	67 152	59 756	61 578	61 489	60 480
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,1	4,8	5,4	5,4	5,1	4,5	4,9	4,9	4,7
* Frauen	%	4,9	4,7	5,0	5,0	4,8	4,3	4,6	4,6	4,5
* Männer	%	5,3	5,0	5,8	5,7	5,4	4,6	5,1	5,2	4,9
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,7	4,6	5,0	5,1	4,8	3,8	4,2	4,4	4,2
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,4	3,2	3,4	3,4	3,1	2,7	2,8	2,8	2,6
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,1	4,7	5,2	5,2	5,0	4,5	4,8	4,8	4,6
* Ältere von 55–65 Jahren	%	5,6	5,2	5,7	5,7	5,5	4,9	5,3	5,3	5,1
* Ausländer/-innen	%	13,4	13,4	15,8	15,8	15,2	12,2	13,5	13,5	13,0
* Deutsche	%	4,3	4,0	4,4	4,4	4,2	3,7	4,0	4,0	3,8
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 357	...	18 241	12 830	9 547
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	32 997	37 936	33 012	34 934	35 920	39 438	37 571	38 594	39 913

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹¹

	Einheit	2015	2016		2017			2018		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	231 358	235 916	239 904	242 710	246 396	246 560	245 502	245 026	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 667	117 850	118 703	119 827	121 439	121 619	120 897	120 762	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	157 260	160 493	163 454	165 254	167 934	166 627	165 531	165 196	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	60 383	61 917	64 027	65 065	66 510	68 447	67 949	67 705	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	58 286	59 870	62 032	63 051	64 462	66 454	65 966	65 729	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2015	2016		2017				2018		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	547	587	460	526	455	499	458	510	456
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	520	397	455	403	443	401	464	390
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	1	1	2	7	4	3	3
Unternehmen	Anzahl	64	92	53	92	78	77	51	66	60
private Haushalte	Anzahl	479	491	406	433	375	415	403	441	393
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	1 231	1 155	1 001	860	1 074	928	943	1 034
* Umbauter Raum	1 000 m ³	652	760	679	621	532	660	570	621	639
* Wohnfläche	1 000 m ²	121	141	126	117	98	121	109	113	117
Wohnräume	Anzahl	4 881	5 635	4 942	4 709	3 862	4 927	4 279	4 537	4 542
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	195	231	207	190	164	297	187	197	198

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	125	138	144	145	120	133	137	106	119
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	12	13	23	19	11	17	10	12
Unternehmen	Anzahl	94	82	86	89	69	101	89	75	73
private Haushalte	Anzahl	21	42	45	33	32	21	31	21	34
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	25	9	27	5	16	11	9	5
* Umbauter Raum	1 000 m ³	941	764	644	961	538	788	619	663	803
* Nutzfläche	1 000 m ²	111	110	95	134	87	106	91	92	125
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	81	104	101	132	74	81	109	87	117

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 221	1 447	1 355	1 205	1 064	1 191	1 150	1 133	1 186
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 674	6 395	5 649	5 465	4 590	5 502	5 039	5 288	5 169

Landwirtschaft

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 523	11 564	12 470	11 978	10 943	11 853	12 888	10 948	12 603
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 983	1 945	2 530	2 062	1 861	1 946	2 551	1 885	1 971
darunter										
* Kälber	t	7	7	9	15	3	10	12	19	11
* Jungrinder	t	10	8	20	16	13	5	15	11	18
* Schweine	t	9 491	9 570	9 888	9 856	9 046	9 855	10 280	8 996	10 588
* Eierzeugung ²	1 000	15 747	16 571	13 623	16 152	17 346	15 119	17 554	18 220	18 254

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 000	1 002	1 002	1 002	988	1 020	1 021	1 020	1 014
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	253 193	253 227	253 781	253 160	251 645	257 972	258 040	257 296	256 497
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 274	32 292	33 717	29 562	33 161	31 541	34 216	29 248	34 177
* Entgelte	Mill. EUR	1 065	1 078	1 410	1 064	990	1 035	1 455	1 062	1 059
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 221	7 223	7 386	6 946	7 025	7 730	8 207	7 264	7 899
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 900	3 813	3 925	3 379	4 076	4 203	4 434	3 668	4 472
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 028	2 098	2 170	2 212	1 677	2 094	2 341	2 259	1 979
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	87	101	109	102	82	88	90	86	83
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 206	1 211	1 182	1 253	1 190	1 344	1 342	1 252	1 365
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 269	2 140	2 144	1 906	2 412	2 340	2 465	2 138	2 594
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 037	1 086	1 158	1 144	720	1 050	1 188	1 131	860
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 047	4 003	4 036	3 760	3 999	4 294	4 518	3 993	4 524
Exportquote ⁶	%	56,0	55,4	54,6	54,1	56,9	55,6	55,1	55,0	57,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	107,8	110,6	114,0	113,1	120,6	119,2	125,3	113,8	140,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	96,9	99,7	98,8	92,0	110,0	108,8	114,7	102,6	120,4
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	119,6	120,9	133,8	137,7	126,6	132,5	144,0	133,1	153,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

**noch: Produzierendes
Gewerbe**

**Verarbeitendes Gewerbe
sowie Bergbau und Ge-
winnung von Steinen und
Erden¹**

Einheit	2015	2016		2017				2018		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	56,2	73,3	63,1	66,4	145,0	78,6	43,0	55,1	50,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	126,4	133,5	123,6	134,6	149,4	128,0	120,3	105,7	209,4
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	96,1	97,7	92,1	88,4	108,7	109,8	112,0	102,3	119,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	121,6	120,9	133,5	141,0	108,9	128,6	134,0	125,3	144,6

**Energie- und Wasserver-
sorgung, Abwasser- und
Abfallentsorgung, Beseiti-
gung von Umweltver-
schmutzungen²**

* Betriebe ³	Anzahl	180	179	176	174	173	172	172	172	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 509	9 376	9 423	9 397	9 399	9 681	9 662	9 655	9 758
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 166	1 146	1 223	1 065	1 212	1 116	1 200	1 054	1 232
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	42	57	39	39	46	63	41	39
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	343	434	260	489	276	335	325	253
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	330	420	246	469	263	321	310	239

**Baugewerbe
Bauhauptgewerbe⁶**

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 579	19 046	19 316	19 171	19 301	20 284	20 203	19 968	20 119
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 906	1 945	2 156	1 616	1 028	2 165	2 287	1 505	1 464
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	310	320	350	273	214	359	367	261	305
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	649	633	688	549	397	671	727	529	545
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	974	992	1 117	794	417	1 135	1 192	715	615
darunter Straßenbau	1 000 h	500	531	612	422	199	640	680	382	302
* Entgelte	Mill. EUR	59	61	78	62	51	68	84	64	60

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2015	2016		2017				2018
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	247	256	325	340	128	318	374	343	162
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	39	45	57	57	28	56	63	64	37
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	88	87	105	111	48	101	124	105	59
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	119	124	163	172	52	161	188	174	66
darunter Straßenbau	Mill. EUR	60	64	89	95	24	89	104	85	31

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit	2015	2016			2017			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Betriebe ⁴	Anzahl	425	421	423	420	419	440	438	437	436
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 006	16 051	15 920	16 231	16 152	16 637	16 619	17 084	16 958
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 020	5 007	5 036	5 116	5 020	5 125	5 185	5 314	5 214
* Entgelte	Mill. EUR	126	128	127	127	138	130	136	137	149
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	440	457	428	451	593	378	484	478	600

Handel⁵Großhandel⁶

Einheit	2015	2016		2017				2018
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

* Beschäftigte	2010=100	108,6	109,0	108,8	108,1	106,9	110,6	110,8	109,8	111,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	122,2	119,4	117,4	117,5	116,4	117,6	118,3	117,2	118,4
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	93,6	91,4	93,5	90,5	80,8	90,3	96,9	86,5	89,3
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,7	85,3	87,0	83,7	74,5	82,6	88,5	79,1	80,9

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	100,0	101,4	103,2	103,5	102,0	103,2	103,6	103,9	102,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	100,0	101,7	103,7	104,3	101,8	102,7	103,8	104,4	103,1
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	100,0	102,5	104,7	119,7	94,1	105,2	109,9	119,6	97,5
* Umsatz real ⁷	2015=100	100,0	102,1	103,4	118,0	92,9	102,2	106,5	115,9	94,8

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{P,2}

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Beschäftigte	2010=100	105,5	107,8	109,9	109,3	108,7	111,5	111,4	110,6	110,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	121,1	124,7	125,9	125,4	125,5	129,3	130,5	129,4	129,9
* Umsatz nominal ³	2010=100	106,1	111,1	120,3	105,6	94,4	122,1	128,5	108,4	104,6
* Umsatz real ³	2010=100	102,3	106,2	114,5	100,5	89,8	114,8	121,0	102,1	98,3

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	103,4	104,7	104,5	100,9	97,5	108,1	104,2	102,0	97,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,4	109,1	107,7	103,5	101,9	112,3	109,3	106,9	100,5
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,9	85,0	74,9	80,4	65,2	102,4	80,4	82,8	67,3
* Umsatz real ³	2010=100	73,0	75,1	65,8	70,7	57,2	88,0	69,3	71,2	57,8

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	708	722	537	464	364	906	559	493	383
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	89	86	62	160	92	92	63
* Gästeübernachtungen	1 000	1 813	1 824	1 213	1 122	912	2 282	1 296	1 185	954
* darunter von Auslandsgästen	1 000	447	441	223	219	158	423	230	231	156

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 772	1 820	2 024	1 867	1 750	1 958	1 991	1 678	1 789
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 135	1 266	1 364	1 235	1 100	1 346	1 316	1 100	1 019
* Getötete Personen	Anzahl	16	13	16	14	17	26	13	12	13
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	10	10	11	14	7	5	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	1	3	-	6	4	2	-
Radfahrer	Anzahl	3	1	1	-	3	2	1	1	1
Fußgänger	Anzahl	1	2	3	1	2	2	1	4	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 460	1 638	1 826	1 603	1 499	1 756	1 716	1 393	1 372

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	274	301	312	289	235	325	336	243	222
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	126	135	167	166	168	146	158	36	147
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	70	74	64	40	14	87	95	129	13
Radfahrer	Anzahl	41	48	48	19	11	51	36	24	22
Fußgänger	Anzahl	25	30	19	47	29	27	33	47	34

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 896	13 160	12 487	12 450	10 861	12 316	13 111	11 197	12 358
darunter										
Krafträder	Anzahl	680	755	297	811	103	389	203	164	262
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 853	10 944	10 692	10 242	9 433	10 540	11 327	9 327	10 634
* Lastkraftwagen	Anzahl	924	1 024	1 101	986	939	995	1 108	1 029	1 107
Zugmaschinen	Anzahl	345	343	300	273	277	336	362	586	276

Personenbeförderung

	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 397	59 894	61 933	50 936	65 441	71 078	68 304	69 098	73 192
Personenkilometer ³	Mill.	494	621	646	543	665	709	684	740	734

Binnenschifffahrt

	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gütereingang	1 000 t	1 007	1 024	784	867	775	861	1 011	1 114	986
* Güterversand	1 000 t	777	776	638	781	606	802	823	890	735

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 277	4 368	4 208	4 388	3 962	4 636	4 637	4 760	4 228
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	311	322	310	332	290	304	329	308	260
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 910	3 988	3 836	3 991	3 618	4 240	4 208	4 334	3 845

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2015	2016			2017					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Rohstoffe	Mill. EUR	22	23	24	21	20	26	26	23	21
* Halbwaren	Mill. EUR	151	144	141	141	122	156	161	155	142
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 738	3 821	3 671	3 829	3 475	4 058	4 021	4 156	3 682
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	947	951	929	957	820	1 024	1 058	1 096	876
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 790	2 871	2 741	2 872	2 655	3 034	2 963	3 060	2 806
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 932	3 065	2 983	3 056	2 606	3 344	3 346	3 291	2 986
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 610	2 749	2 678	2 718	2 335	3 003	3 000	2 928	2 714
Belgien	Mill. EUR	199	198	208	202	166	207	206	220	194
Luxemburg	Mill. EUR	54	54	56	57	52	60	63	55	52
Dänemark	Mill. EUR	39	45	46	47	37	53	51	51	42
Finnland	Mill. EUR	33	30	31	28	29	34	34	35	27
Frankreich	Mill. EUR	424	446	423	447	386	437	462	448	366
Griechenland	Mill. EUR	27	29	21	38	24	41	27	37	19
Großbritannien	Mill. EUR	287	302	294	304	250	302	314	288	285
Irland	Mill. EUR	20	19	19	20	18	114	53	33	267
Italien	Mill. EUR	247	265	257	256	209	317	273	295	223
Niederlande	Mill. EUR	303	314	282	282	261	326	381	351	325
Österreich	Mill. EUR	163	165	158	162	132	183	182	174	158
Schweden	Mill. EUR	74	79	81	79	67	81	87	79	70
Spanien	Mill. EUR	206	216	214	232	213	239	242	218	205
Portugal	Mill. EUR	31	41	39	47	36	37	45	48	28
* Afrika	Mill. EUR	127	117	103	150	124	118	120	127	106
* Amerika	Mill. EUR	584	551	515	545	588	516	532	607	542
darunter nach USA	Mill. EUR	414	380	340	367	415	335	367	439	395
* Asien	Mill. EUR	601	596	564	601	608	611	591	679	550
darunter nach China	Mill. EUR	148	142	126	129	143	172	160	182	144
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	39	43	35	36	47	47	55	44

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 851	2 877	2 864	3 023	3 042	3 358	3 442	3 576	3 546
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	277	240	227	253	236	292	265	287	285
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 436	2 483	2 471	2 599	2 638	2 850	2 949	3 041	2 997
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	39	36	37	42	33	40	39	36	29
* Halbwaren	Mill. EUR	255	217	235	230	214	283	356	296	320
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 142	2 230	2 199	2 326	2 390	2 526	2 554	2 710	2 648

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2015	2016			2017					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	558	517	492	522	461	624	588	618	867
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 585	1 714	1 708	1 804	1 929	1 902	1 966	2 092	1 781
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 087	2 155	2 134	2 290	2 345	2 578	2 643	2 776	2 806
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 867	1 964	1 931	2 072	2 151	2 364	2 446	2 550	2 604
Belgien	Mill. EUR	271	253	261	258	234	279	295	289	273
Luxemburg	Mill. EUR	47	52	48	56	52	58	56	57	54
Dänemark	Mill. EUR	22	21	20	18	21	33	31	36	69
Finnland	Mill. EUR	12	12	13	14	12	15	18	14	15
Frankreich	Mill. EUR	243	242	246	254	231	245	281	384	327
Griechenland	Mill. EUR	7	8	8	9	8	8	8	8	7
Großbritannien	Mill. EUR	105	100	93	109	92	127	134	127	119
Irland	Mill. EUR	99	137	115	129	200	186	96	109	220
Italien	Mill. EUR	166	175	180	187	175	192	215	228	383
Niederlande	Mill. EUR	296	299	310	324	286	335	359	374	323
Österreich	Mill. EUR	103	118	127	138	114	100	111	116	107
Schweden	Mill. EUR	48	52	39	64	49	73	75	76	69
Spanien	Mill. EUR	104	129	99	120	353	250	253	255	228
Portugal	Mill. EUR	16	18	17	19	18	23	25	23	16
* Afrika	Mill. EUR	41	47	46	55	53	43	65	43	50
* Amerika	Mill. EUR	313	254	249	263	263	295	287	314	226
darunter aus USA	Mill. EUR	239	198	198	203	217	231	229	251	176
* Asien	Mill. EUR	405	415	430	409	374	438	441	437	460
darunter aus China	Mill. EUR	182	183	178	172	185	210	213	212	194
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	5	6	5	3	6	5	3

Gewerbeanzeigen³

Einheit	2015	2016		2017				2018		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	2 915	2 760	2 441	2 512	3 267	2 485	2 595	2 349	3 315
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	468	376	438	523	384	451	420	514
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 900	1 774	1 525	1 484	2 066	1 693	1 684	1 406	2 142
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 881	2 788	2 590	3 884	3 312	2 414	3 097	3 743	3 533
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	421	402	347	518	492	386	426	540	587
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 973	1 895	1 762	2 792	2 146	1 625	2 181	2 655	2 220

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Insgesamt	Anzahl	477	462	467	476	426	381	501	396	427
davon										
* Unternehmen	Anzahl	75	65	69	76	48	53	54	59	62
* Verbraucher	Anzahl	282	276	278	276	253	221	285	240	262
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	102	106	110	105	93	143	83	88
* sonstige natürliche Personen, ¹ Nachlässe	Anzahl	17	19	14	14	20	14	19	14	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	88	66	65	120	63	44	68	40	52

Handwerk²

	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,6	98,8	98,1	100,5	99,0	98,3	98,3	100,5	99,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	103,8	107,4	109,8	110,8	119,1	94,0	111,0	114,1	121,9

Preise

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,6	109,3	108,4	109,0	108,9	110,6	109,9	110,2	110,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	107,6	109,1	108,5	108,5	108,6	109,7	110,0	110,0	110,3

Verdienste⁷

	Einheit	2016	2017	2016			2017			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 996	3 999	3 640	3 669	3 704	3 619	3 668	3 688	3 703
* Frauen	EUR	3 469	3 483	3 198	3 222	3 247	3 202	3 237	3 254	3 257
* Männer	EUR	4 207	4 215	3 816	3 849	3 889	3 793	3 848	3 870	3 891
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 483	7 557	6 572	6 646	6 733	6 627	6 711	6 782	6 750
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 580	4 610	4 199	4 232	4 266	4 182	4 233	4 291	4 297
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 390	3 439	3 115	3 139	3 167	3 126	3 174	3 188	3 220
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 815	2 773	2 609	2 643	2 654	2 562	2 611	2 593	2 614
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 277	2 307	2 146	2 159	2 156	2 131	2 183	2 196	2 196

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2016	2017	2016			2017			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 300	4 336	3 820	3 854	3 894	3 792	3 875	3 901	3 933
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 031	3 910	(3 590)	3 662	3 672	3 497	3 515	3 603	3 663
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 485	4 512	3 958	3 966	4 021	3 923	4 001	4 005	4 062
* Energieversorgung	EUR	5 154	5 296	4 492	4 598	4 592	4 632	4 679	4 729	4 742
* Wasserversorgung ²	EUR	3 467	3 411	3 223	3 261	3 262	3 179	3 190	3 200	3 231
* Baugewerbe	EUR	3 316	3 465	3 079	3 230	3 198	3 118	3 260	3 342	3 285
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 800	3 523	3 549	3 582	3 516	3 546	3 563	3 569
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 601	3 621	3 287	3 293	3 367	3 300	3 342	3 320	3 363
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 024	3 017	2 826	2 845	2 849	2 808	2 827	2 833	2 875
* Gastgewerbe	EUR	2 277	2 367	2 155	2 147	2 161	2 241	2 238	2 229	2 303
* Information und Kommunikation	EUR	5 276	5 175	4 852	4 892	4 894	4 755	4 792	4 780	4 806
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 272	4 353	4 469	4 465	4 399	4 416	4 450	4 437
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 963)	/	/	(3 622)	(3 601)	(3 566)	(3 595)	(3 701)	(3 782)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 172	5 008	4 574	4 522	4 576	4 374	4 425	4 431	4 390
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 482	2 539	2 367	2 368	2 364	2 381	2 446	2 405	2 434
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 730	3 832	3 591	3 644	3 677	3 670	3 706	3 782	3 724
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 304	4 212	4 209	4 239	4 222	4 036	4 059	4 187	4 103
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 804	3 916	3 560	3 606	3 620	3 638	3 683	3 697	3 728
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 846	3 842	3 543	3 577	3 615	3 698	3 539	3 495	3 553
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 385	3 486	3 147	3 152	3 220	3 257	3 276	3 274	3 293

Geld und Kredit³

	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	122 284	125 291	125 677	124 745	125 831	125 740	122 870	123 794	124 344
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 371	10 512	10 770	10 468	10 363	10 808	10 271	10 433	10 357

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2015	2016			2017			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 456	11 874	12 104	11 693	11 548	11 288	11 036	10 570	10 811
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	100 457	102 905	102 803	102 584	103 920	103 644	101 563	102 791	103 176
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	116 191	119 667	119 966	119 131	120 240	120 253	118 551	119 374	119 627
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	105 382	108 875	109 077	108 336	109 595	109 823	109 064	110 068	110 574
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 809	10 799	10 889	10 795	10 675	10 430	9 487	9 306	9 053
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 093	5 624	5 711	5 614	5 591	5 487	4 319	4 420	4 717

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	115 850	117 277	117 935	115 669	119 059	117 784	116 127	117 956	121 458
Sichteinlagen	Mill. EUR	60 249	65 568	64 562	66 064	69 254	69 127	70 771	72 496	75 495
Termineinlagen	Mill. EUR	23 065	20 740	22 413	18 880	18 863	18 182	14 874	15 283	15 906
Sparbriefe	Mill. EUR	5 078	3 658	3 737	3 589	3 415	3 154	3 037	2 910	2 821
Spareinlagen	Mill. EUR	27 460	27 311	27 223	27 136	27 527	27 321	27 445	27 267	27 236
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	113 579	115 318	115 636	114 000	117 372	116 084	114 419	116 267	119 780
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	110 920	112 677	113 059	111 446	114 321	113 626	111 982	113 653	116 689
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 659	2 640	2 577	2 554	3 051	2 485	2 437	2 614	3 091
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 271	1 960	2 299	1 669	1 687	1 700	1 708	1 689	1 678

Steuern

Einheit	2015	2016		2017			2018	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 941	4 051	5 411	3 683	4 495	4 153	5 960	3 718	4 692
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 167	1 250	2 240	816	1 170	1 075	2 655	995	1 125
Lohnsteuer	Mill. EUR	835	853	1 052	734	1 121	1 176	1 045	821	1 257
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	165	169	-	-	478	523	-	-	574
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	164	147	687	30	49	-64	611	77	38
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	90	98	108	72	51	58	58	52	28

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2015	2016		2017				2018	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	28	20	5	30	54	41	7	26	68
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	13	-	-	46	34	-	-	58
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	48	131	388	-50	-104	-136	935	19	-268
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-12	-1	-	-	-90	-116	-	-	-298
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 774	2 801	3 170	2 867	3 325	3 078	3 305	2 723	3 568
Umsatzsteuer	Mill. EUR	536	480	595	608	749	596	661	487	748
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 238	2 321	2 575	2 259	2 576	2 482	2 644	2 236	2 820

Zölle	Mill. EUR	225	219	208	200	243	209	220	185	249
--------------	-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern	Mill. EUR	77	84	189	59	46	61	199	58	52
----------------------	-----------	----	----	-----	----	----	----	-----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	29	67	19	8	31	56	12	12
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	55	121	40	37	31	142	47	40

Landessteuern	Mill. EUR	77	77	87	74	73	76	80	87	76
----------------------	-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	20	21	14	16	17	18	22	18
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	36	38	44	42	41	43	40	48	40
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	14	17	14	13	12	17	13	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	1	2	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	2	2	2	3	2

Einheit	2015	2016			2017			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	648	700	737	666	760	689	754	706	723
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	135	137	140	151	127	132	144	155	130
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	488	535	567	485	609	530	580	518	566
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	20	23	26	24	20	22	26	27	23

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeindeverbände**

Einheit	2015	2016				2017				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Mill. EUR	1 022	1 039	1 114	1 041	1 391	727	1 159	1 080	1 509	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	400	443	481	384	442	502	486	416	393
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	414	382	415	379	700	64	441	415	832
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	48	49	48	48	98	2	58	61	127

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2015	2016		2017				2018		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Mill. EUR	914	999	2 225	914	1 068	940	1 420	899	979	
Landessteuern	Mill. EUR	77	77	87	74	73	76	80	87	76
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	442	483	863	346	431	394	1 076	425	399
Lohnsteuer	Mill. EUR	293	299	326	312	418	444	322	348	474
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	70	63	292	13	21	-27	259	33	16
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	43	46	48	33	21	26	24	23	13
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	9	2	13	24	18	3	11	30
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	24	66	194	-25	-52	-68	467	9	-134
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	372	416	1 213	483	552	471	191	393	498
Umsatzsteuer	Mill. EUR	271	300	876	378	465	371	77	273	420
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	101	116	336	105	87	100	114	120	79
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	17	3	3	0	20	-2	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	1	1	0	6	-1	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	13	33	6	7	0	39	-3	3
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	7	1	1	0	8	-1	1
Mill. EUR	2 010	2 028	2 767	1 728	2 060	1 939	2 946	1 778	2 189	
Bundessteuern	Mill. EUR	77	84	189	59	46	61	199	58	52
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	506	548	995	348	493	451	1 200	429	460
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 421	1 389	1 567	1 317	1 518	1 427	1 527	1 292	1 675
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	17	3	3	0	20	-2	1

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im März 2018

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016
Kennziffer: A1083 201600

Periodensterbetafel 2014/16
Kennziffer: A2033 201600

Diagnosedaten der in Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen behandelten Patientinnen und Patienten 2016 (Diagnose- und DRG-Statistik)
Kennziffer: A4043 201600

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2017/18 – Teil I: Schülerinnen und Schüler, Schulabgängerinnen und Schulabgänger
Kennziffer: B1013 201700

Mainzer Studienstufe im Schuljahr 2017/18
Kennziffer: B1083 201700

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau und Ernte von Gemüse und Erdbeeren 2017
Kennziffer: C1053 201700

Bestockte Rebflächen 2017
Kennziffer: C1073 201700

Weinmosternte 2017
Kennziffer: C2053 201700

Schweinebestände und Schweinehaltungen am 3. November 2017
Kennziffer: C3083 201722

Schafbestände und Schafhaltungen am 3. November 2017
Kennziffer: C3093 201700

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2017
Kennziffer: D1013 201700

Gewerbeanzeigen im Januar 2018
Kennziffer: D1023 201801

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Januar 2018 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201801

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Januar 2018
Kennziffer: E1033 201801

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2017 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1043 201700

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2018
Kennziffer: E1113 201801

Bauhauptgewerbe 2017 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 201700

Bauhauptgewerbe im Dezember 2017 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201712

Ausbaugewerbe 2017 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (vierteljährliche Erhebung)
Kennziffer: E3013 201700

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2017 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)
Kennziffer: E3023 201744

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2017
Kennziffer: E4013 201700

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2017
Kennziffer: E5013 201700

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 4. Vierteljahr 2017
Kennziffer: E5023 201744

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen 2017
Kennziffer: F2023 201700

Baugenehmigungen im Dezember 2017
Kennziffer: F2033 201712

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe 2017
Kennziffer: G1013 201700

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Dezember 2017
Kennziffer: G1023 201712

Aus- und Einfuhr im Dezember 2017
Kennziffer: G3023 201712

Aus- und Einfuhr 2017 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: G3033 201700

Gäste und Übernachtungen im Tourismus 2017
Kennziffer: G4013 201700

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Januar 2018
Kennziffer: G4023 201801

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Januar 2018
Kennziffer: H1023 201801

Binnenschiffahrt im November 2017
Kennziffer: H2023 201711

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2017
Kennziffer: J1033 201744

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 4. Vierteljahr 2017 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201744

Realsteuervergleich 2016
Kennziffer: L2073 201600

Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 2016
Kennziffer: L2083 201600

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2016 – Voranmeldungen
Kennziffer: L4013 201600

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2013 – Veranlagungen
Kennziffer: L4023 201300

Das lohn- und einkommensteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 2013
Kennziffer: L4043 201300

Die steuerpflichtigen Einkünfte der Personengesellschaften und Gemeinschaften 2013
Kennziffer: L4073 201300

Gewerbsteuer 2013
Kennziffer: L4133 201300

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Februar 2018
Kennziffer: M1013 201802

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 4. Vierteljahr 2017
Kennziffer: N1013 201744

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2017
Kennziffer: Z1013 201712

Sonstige Veröffentlichungen

Faltblatt: Frauen in Rheinland-Pfalz 2018

Faltblatt: Verbraucherpreisindex 2018

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017
(Statistische Analysen N° 46)

Kennziffer: Z2048 201700

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017
– Tabellenanhang –

Kennziffer: Z2048 201700

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe März 2018

Kennziffer: Z2201 201803

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 1991 bis 2017 – Reihe 1, Band 1
(Berechnungsstand: Februar 2018)

Kennziffer: A6215 201700

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 2000 bis 2017 – Reihe 1 Länderergeb-
nisse, Band 2 (Berechnungsstand: Februar 2018)

Kennziffer: A6225 201700

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 2008 bis 4. Vierteljahr 2017 – Reihe 1
Länderergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand:

Februar 2018)

Kennziffer: A6235 201744

Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeinde-
verbände – Anteilige Modellrechnung für den
interkommunalen Vergleich (Tabellenteil) –

Stand: 31.12.2016

Kennziffer: L3015E 201600

Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeinde-
verbände – Anteilige Modellrechnung für den inter-
kommunalen Vergleich (Textteil) – Stand: 31.12.2016

Kennziffer: L3015 201600

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Ulrich Pfeuffer / Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte